

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3.00 Mk. monatlich 1.10 Mk.
Wochenblatt 25 Pf. frei ins Haus.
Einzeln 5 Pf. Sonntag-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Postabonnent: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
eine oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
gedruckte) Wort 20 Pf. jedes weitere
Wort 10 Pf. Stellengedruckte und Schloß-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Insertions für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 17. Oktober 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Sparfamkeit
und Heeresverfassung.

Von allen Seiten wird dem deutschen Michel seit Wochen
und Monaten in die Ohren geschrien, daß es seine „nationale
Ehrenpflicht“ sei, willig die schwersten Steuererhöhungen auf sich
zu nehmen, weil es sich bei der sogenannten Reform der
Finanzen „einfach um die Vorbedingung für den Fortbestand
des Deutschen Reichs“ handelt. Wiederholt haben wir darauf
hingewiesen, daß dann doch erst recht gerade die Kreise tief
in die Tasche greifen müßten, die ihren Patriotismus immer
im Munde führen. Und wenn neuerdings eines dieser
Patriotenblätter, die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, zorn-
entbrannt ausruft, „daß es jeden patriotisch empfindenden
Deutschen mit Scham erfüllen muß, daß der noch nie da-
gewesene allgemeine wirtschaftliche Auf-
schwung sich die größte finanzielle Notlage des Reichs zur
Begleiterin erlor,“ so sehen wir darin lediglich ein Ein-
geständnis, daß die besitzenden Klassen, diese großen Patrioten,
ganz gut zahlen könnten, wenn sie nur wollten;
denn die Arbeiterklasse verspürt gerade gegenwärtig nichts von
einem „noch nie dagewesenen allgemeinen wirtschaftlichen Auf-
schwung“. Im Gegenteil, ihre Lage ist wieder eine sehr
gedrückte.

Im übrigen ist das ganze Gerede von dem Fortbestand
des Deutschen Reichs nur heuchlerisches Geschwätz. Das
Deutsche Reich kann auch ohne die neuen Steuern ganz gut
fortbestehen, wenn seine hochlöbliche Regierung und Verwaltung
sich nach der Dede streckt und entsprechend weniger ausgibt.
Das geht aber freilich nur — wie wir ebenfalls wiederholt
nachgewiesen haben — wenn man die Militärausgaben er-
heblich einschränkt, und diese wesentlich einzuschränken würde
nur bei einem Systemwechsel möglich sein. Anderer-
seits können ohne Systemwechsel auch die neuen
Steuern den „Fortbestand des Deutschen Reichs“ nicht
sichern; denn wenn die gegenwärtige Wirtschaft weiter
geht, so wird die jetzt geforderte halbe Milliarde ebenso schnell
verpulvert sein, wie die vielen Milliarden vor ihr, und in
wenigen Jahren wird man genau auf demselben Fleck stehen
wie heute, und wieder verkünden, daß ohne neue Steuern der
„Fortbestand des Reichs gefährdet“ sei.

Diese Ansicht ist bisher von uns Sozialdemokraten allein
vertreten worden. Ja die bürgerliche Presse hat geflissentlich
nicht einmal Notiz davon genommen. Sie hat im Gegenteil
die Beibehaltung des gegenwärtigen Heersystems als ein
Dogma, als etwas ganz Selbstverständliches behandelt. Sehr
natürlich, denn dieses Heer ist, wenn auch nicht das beste
Mittel zur Landesverteidigung, so doch eine wichtige Stütze
der bürgerlichen Klassenherrschaft. Und so begreift sich die Furcht,
daß ohne die neuen Steuern der „Fortbestand des Reichs“ ge-
fährdet sei — die Herren verstehen darunter den Fortbestand
ihrer Klassenherrschaft im Reich, und sie fühlen instinktiv,
daß die allerdings gefährdet sein mag, wenn die Aus-
gaben für das Heer in seiner jetzigen Gestalt nicht mehr ge-
leistet werden können. In diesem instinktiven Gefühl beieilen
sich neuerdings sogar die Linksliberalen, ihre „Opferwilligkeit“
zu beteuern — das heißt natürlich, ihre Bereitwilligkeit,
Steuern zu bewilligen, die andere Leute zahlen sollen. Am
12. Oktober schrieb das „Berliner Tageblatt“, das sich be-
kanntlich zu den „linksfesten“ Liberalen zählt, unter anderem:
„Das nationale Bewußtsein ist dem Deutschen so tief in
Fleisch und Blut übergegangen, daß er nicht gern davon sprechen
hört. Ueber Selbstverständlichkeiten debattiert man nicht. Wir sind
auch in Steuerfragen realpolitisch geworden; was sein muß, das
muß sein. Wenn das Reich Geld braucht, dann be-
kommt es auch Geld.“

Diese Ueberzeugung ist so sehr zum Allgemeingut des deutschen
Volkes geworden, daß nicht bloß die freisinnigen Parteien ein
sehr lebhaftes Interesse an der Sanierung der Reichsfinanzen
haben, sondern daß selbst die Sozialdemokratie, obgleich sie eben
in Nürnberg die Budgetverweigerung zum Prinzip erhoben hat,
heißfroh wäre, wenn sie zu einzelnen Steuern ja sagen könnte. Ein
solches die Steuerverweigerung populär; heute sind
es die Steuerbewilliger. Wenn es wirklich, was wir
für ausgeschlossen halten, wegen der Reichsfinanzreform eine
Reichstagsauslösung mit nachfolgenden Neuwahlen geben sollte,
dann würde sich die Volkstimmung gegen die Männer mit den
„zugeknöpften Taschen“ richten.“

Bezüglich des Unsinns, den das „V. L.“ über die Sozial-
demokraten zusammenphantasiziert, lohnt es sich nicht, ein
Wort zu verlieren. Die Aeußerung ist nur zu verzeichnen als
ein Symptom dafür, daß auch bei den Linksliberalen die
Steuerbewilliger heute populärer sind als die Steuer-
verweigerer.

Wenn sich so die gesamte Bourgeoisie von ihrem rechten
bis zu ihrem äußersten linken Flügel instinktiv aufbäumt
gegen den Gedanken, an unserer Heeresverfassung etwas zu
ändern und dadurch Ersparnisse zu erzielen, so ist es um so
interessanter, daß trotzdem die Einsicht in diese Notwendigkeit
sich durch ihre unerlöbliche Logik allmählich auch bürgerlichen
Kreisen aufzwingt. Die Erkenntnis, daß an der Armee ge-
spart werden kann und muß, ist freilich nicht neu im
Liberalismus. Im Gegenteil, die ganze Opposition Eugen
Nichters beruhte darauf. Aber sobald die Herren zu über-

legen anfangen, was und wie gespart werden soll, kommen
so lächerlich geringe Summen heraus, daß wenigstens die
Ahnung von der Notwendigkeit einer Systemänderung sich nicht
mehr ganz umgehen läßt. So sind z. B. die schon genannten
„Leipz. N. N.“ — ebenfalls ein liberales Blatt — am
13. Oktober zu der Einsicht gekommen, daß andere Sparfam-
keit als bei der Armee recht wenig am Platze sein dürfte;
„wenn die Gebrechen der Zeit dadurch geheilt werden sollen,
daß man die Zahl der Briefbestellungen einschränkt oder die
Eisenbahnzüge „weniger luxuriös“ beleuchtet, daß man die
Passagiere in den Coupés enger zusammenpfercht oder beim
Ausrangieren abgenutzter Waggons nach italienischem Muster
die äußerste Zurückhaltung übt, so sucht man nur dem riesen
Defizit mit Zwirnspindeln die Glieder einzuschnüren.“

Sehr schön. Aber was kann und soll nun nach Ansicht
des Leipziger liberalen Blattes bei der Armee gespart
werden? Da soll der übertriebene Luxus der Kasinobauten
eingeschränkt werden; da wird getadelt, daß beispielsweise für
einen General in Berlin nicht weniger als 47 000 Mark als
Mietentschädigung (!) gezahlt werden; da wird auf das
übermäßige Anschwellen des Pensionsfonds hingewiesen; da
wird der Gegenjah hervorgehoben zwischen der „altpreussischen
Sparfamkeit“ und dem heutigen Gang zu Glanz und Prunk,
der sich in zahlreichen kostspieligen Festen, in luxuriösen
Bauten, in ewigen Paraden, Schiffstausen, Denkmals-
enthüllungen, Jubiläen und Weihen äußert. — Das ist alles!
Sicherlich lauter ganz vernünftige Anregungen, denen man
nur bestimmen kann. Uebrigens, nebenbei bemerkt: warum
nähert und stützt denn gerade die liberale Presse diesen schäd-
lichen Gang zu Festen usw., indem sie regelmäßig durch
spaltenlange Berichte sich bemüht, jedes solche Fest zu einer
Haupt- und Staatsaktion aufzubauen?

Wenn man nun aber zusammenaddiert, wieviel denn
eigentlich durch strengste Befolgung all dieser Anregungen er-
spart würde, so läme noch nicht der zwanzigste oder dreißigste
Teil der Millionen heraus, die das Reich braucht. Das wäre
ein Tropfen auf den heißen Stein.

Zwischen hat nun im „Berl. Tageblatt“ als Sach-
verständiger der bekannte Oberst Gädle das Wort ergriffen.
Auch er, als staatsverhaltender Mann, beeilt sich zu versichern,
daß „die Furcht von unserer starken Waffen noch immer die
beste Versicherungsprämie für den Frieden“ ist. Aber er
erkennt rund und nett an, daß sich wesentliche Ersparnisse
beim Militär nur durch eine „grundsätzlich neue
Ordnung der Dinge“ erreichen lassen. Er schreibt
nämlich:

„Ich behaupte nun, daß eine Verringerung der Friedens-
präsenzstärke undurchführbar ist, so lange wir an der
zweijährigen und bei der Reiterei dreijährigen Dienstzeit fest-
halten. Und zwar, weil sie unter diesen Umständen nicht durch
die RichtEinstellung zahlreicher brauchbarer Jünglinge zu be-
wirken wäre, die dann als unausgebildet dem Heere auch im
Kriegsfall verloren gingen. Zugleich aber würde eine schwere
Ungechtigkeit entstehen, wenn zum Beispiel 25 000 bis 50 000
dienstfähige junge Männer nur darum nicht eingestellt würden,
weil sie überzählig wären. Ich glaube sogar, daß wir nicht
umhin können werden, mit dem stetigen Wachstum der Bevölke-
rung auch den Rahmen des Heeres allmählich zu
erweitern. Immer, wie ich nochmals betone, vorausgesetzt,
daß wir an der Länge der Dienstzeit grundsätzlich nichts
ändern können — oder wollen! Was in diesem Falle
gleichbedeutend ist, so lange der Reichstag auf den Willen der
Militärverwaltung nur eine ganz unzulängliche Einwirkung hat.“

Daran muß ich auch festhalten, daß jeder körperlich und
geistig geeignete junge Mann in irgendeiner Form militärisch
ausgebildet werde. . . .

Darons folgt, daß solche Ersparnisse, die den Heeres- und
Flottenetat von 1/2 Milliarden Mark entscheidend beeinflussen
oder die Notwendigkeit einiger hundert Millionen neuer
Steuern beseitigen könnten, vorläufig nicht zu machen sind. Nur
eine grundsätzlich neue Ordnung, das heißt Verringerung der
Wehrpflicht, würde dies Kunststück zustande bringen.“

Und Herr Gädle meint weiter, daß ohne solche grundsätz-
liche Aenderung dem Militärbudget nur „einige Zehner
von Millionen“ durch sparsamere Wirtschaft abgehandelt
werden können. Das heißt mit anderen Worten: an wirk-
liche Sparfamkeit ist nicht zu denken, im Gegenteil, die Aus-
gaben werden mit der wachsenden Bevölkerung noch zu-
nehmen, wenn nicht endlich unser Heersystem auf eine
gänzlich neue Grundlage gestellt wird. Das
ist ganz die Meinung, die wir, von jeher vertreten haben.
Und deshalb bleibt alles Gerede von Sparfamkeit eitel
Schaumbläserei, solange man nicht die Grundlagen unseres
Heersystems ändern will.

Die Balkankrise.

Das englische Auswärtige Amt hat über den
Inhalt der englisch-russischen Verhandlungen eine Note aus-
gegeben, die folgenden Wortlaut hat:

Der Austausch der Ansichten zwischen den Ministern Jöwolski
und Sir Edward Grey hat zu einer völligen Einigung
über die angesichts der durch die jüngsten Ereignisse im Orient
geschaffenen Lage zu ergreifenden Maßnahmen geführt. Man ist
sich darüber einig geworden, daß hierzu die Einberufung
einer Konferenz notwendig ist. Damit aber der beabsichtigte
Zweck, die Wiederherstellung der Achtung vor dem Völkerrecht und

die Schaffung von Gemüthung für die durch den Bruch inter-
nationaler Verträge Geschädigten, erreicht wird, muß eine solche
Konferenz genau umgrenzt werden. Sie soll sich nur mit
Fragen beschäftigen, die aus der jüngsten Verletzung des Berliner
Vertrages entstanden sind. Was die Veratungsgegenstände der
Konferenz anbetrifft, so muß die erste Sorge eine Ent-
schädigung der Türkei sein, und über diesen Punkt
scheint ein allgemeines Einvernehmen der
Mächte zu bestehen. Ferner wird für eine wirk-
same Stärkung der jetzigen Verwaltung der
Türkei gefordert werden, welche die beste Sicherheit für Er-
haltung des Friedens bietet. Es besteht auch Hoffnung, daß
Mittel gefunden werden, um den Wünschen der kleineren
Balkanstaaten entgegenzukommen, mit dem Vorbehalt, daß
dies nicht auf Kosten der Türkei geschieht, und es ist
guter Grund zu der Annahme, daß die Iretische Frage in
befriedigender Weise behandelt werden wird,
obgleich sie vorläufig vom Konferenzprogramm aus-
geschlossen ist, da es in erster Linie eine Frage ist, die
von den vier Schutzmächten mit der Türkei zu erörtern ist. Es
ist zu hoffen, daß diese Ansichten sich durch ihre Mäßigung, Ver-
nünftigkeit und Uneigennützigkeit der Annahme der Signatur-
mächte des Berliner Vertrages von selbst empfehlen, und es ist
von Bedeutung, daß zwischen diesen ein nicht förmlicher Gedanken-
austausch über den Gegenstand stattfinden soll. Es besteht nicht
die Absicht, die Dardanellenfrage der Konferenz zu
unterbreiten. Diese Frage berührt in erster Linie Rußland
und die Türkei, und Rußland wünscht nicht, diese Frage in
einem der Türkei feindsinnigen Sinne zu erörtern oder eine Kom-
pensationsforderung daraus zu machen, da es als eine der un-
beteiligten Mächte zur Konferenz kommt. Bei Besprechung der
englisch-russischen Konvention, die ebenfalls statt-
gefunden, ist völlige Uebereinstimmung der Anschauungen festge-
setzt worden, so daß ein harmonisches Zusammengehen beider Regie-
rungen bei Erledigung der Zentralasien betreffenden
Fragen auch weiter gesichert erscheint.

Die englische Mitteilung, die Bezeichnerweise auch das
Einvernehmen mit Rußland in Zentralasien — die persischen
Revolutionäre werden da wohl die Geldtragenden sein —
hervorhebt, wird durch Pariser offiziöse Meldungen er-
gänzt. Danach wäre das Konferenzprogramm für die Türkei
noch ungenügender. Sie erhielt danach nur das Selbst-
verständliche, nämlich finanzielle Entschädigungen von Bul-
garien für den ostrumelischen Tribut und vielleicht
auch für die Orientbahnen. Auch sollen die Be-
stimmungen über die Konfulargerichtsbarkeit und die fremden
Postämter aufgehoben werden. Dagegen aber soll die Konferenz
nicht nur, wie ja nicht anders zu erwarten, die Anerkennung
der Unabhängigkeit Bulgariens und der Annexion Bosniens
bringen, sondern auch Kompensationen für Serbien
und Montenegro. Nun erklärt zwar die englische Note,
daß die Iretische Frage vorläufig ausscheidet, aber daß die
vier Schutzmächte etwas anderes tun werden, als die Ver-
einigung mit Griechenland gutzuheißen, ist kaum wahrschein-
lich. Von der Verwirklichung der Wünsche der kleineren
Balkanstaaten aber spricht auch die englische An-
kündigung, und daß diese anders als auf Kosten
der Türkei möglich wäre, ist vorläufig nicht recht
anzusehen. Es ist daher erklärlich, daß die Konferenz-
vorschlüge in der Türkei einen sehr schlechten Eindruck
machen. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß, als der
englische Botschafter dem Großwesir das Programm mitgeteilt
habe, dieser sehr bestürzt gewesen sei, und zwei Abgeordnete
des jungtürkischen Komitees, Oberstleutnant Djemal und
Dr. Nazim, haben in Paris erklärt, daß ihrer Meinung
nach die Jungtürken dieses Programm, welches nicht nur in
schwerer Weise das Ansehen der verfassungsmäßigen Türkei,
sondern auch ihre Integrität verlegt, niemals an-
nehmen werden.

Und gleichzeitig kommen aus Konstantinopel Meldungen,
die besagen, daß die Rüstungen jetzt in großem
Maßstabe aufgenommen werden. Fünf anatolische
Rekursionsdivisionen erhalten Befehl zur Mobilisierung.
Außerdem verhandelt die Hofe mit der Ottomandank über
die sofortige Aufnahme einer Anleihe von 1 200 000 Pfund
unabhängig von der 4 Millionen Pfund-Anleihe.

Nimmt man dazu, daß in Serbien und
Montenegro die Kriegsheere sich nur immer mehr ver-
mehren, daß, nachdem der Plan eines Vandenkrieses in
Bosnien offenbar in seiner Unausführbarkeit eingesehen
worden ist, die Absicht aufsteht, ihn im Sanhschal Nouibasar
zu beginnen, so gelangt man zu dem Urteil, daß das Werk
der Diplomatie die Spannung am Balkan keineswegs ver-
mindert hat.

Erregung in der Türkei.

Konstantinopel, 16. Oktober. Die Mitteilungen des englischen
Botschafters über das Konferenzprogramm haben in Regierungsk-
reisen große Erregung hervorgerufen. Die Regierungsblätter
erklären, anstatt einer Konferenz würde nunmehr die türkische
Armee die Antwort auf die Tagesfragen geben. Da De-
monstrationen für den Krieg stattfinden, wurden die
Sicherheitsmaßregeln durch Truppen ergänzt.

Konstantinopel, 16. Oktober. (Meldung des Wiener L. L. Telegr.-
Korresp.-Bureaus.) Das Organ des Großwesirs „Jeni Gazette“
sagt, daß die Türkei das Konferenzprogramm, welches auf
die bosnischen und bulgarischen Fragen zu beschränken sei, selbst
festlegen müsse. Das Komiteeorgan „Schnur Unmed“ ist derselben
Anschauung und fügt hinzu, anderenfalls würde die Türkei an
der Konferenz nicht teilnehmen, da ein erweitertes Programm die
Teilung der Türkei bedeuten würde. Für die Annexion Bosniens
müsse Oesterreich-Ungarn auf die Postämter und einige



Kapitulationsrechte verzichten und von der türkischen Staatsmacht einen Anteil für Bosnien übernehmen. Angesichts dieser Stimmung hat die Pariser Depesche über das Programm einen bestärkenden Eindruck gemacht.

### Serbische Kundgebungen.

Belgrad, 15. Oktober. Heute abend versammelten die Schüler der Hochschule sowie eine überaus große Volksmenge vor dem Ministerium des Innern eine Kundgebung, um gegen die in Sabac vorgenommenen Verhaftungen wegen Verbrennung der österreichischen Fahne zu protestieren. Als mitgeteilt wurde, daß die Verhafteten wieder in Freiheit gesetzt worden, brach die Menge in Hochrufe auf die Regierung aus und zog vor das Palais des Kronprinzen, wo stürmische Ovationen erfolgten. Der Kronprinz hielt eine mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede, in welcher er erklärte, die Begeisterung sei ein Beweis für die Fähigkeit der Serben, ihre Rechte mit Gewalt zu verteidigen, wenn es auf andere Weise nicht möglich sei.

### Der Rüstungskredit.

Belgrad, 16. Oktober. Die Stupskina hat heute den Kredit von 10 Millionen für militärische Rüstungen bewilligt. Dagegen stimmte bloß der sozialdemokratische Deputierte Karlovic.

### Der Boykott gegen Oesterreich.

Port Said, 16. Oktober. Der Dampfer „Achilles“ des Oesterreichischen Lloyd ist hier angekommen und berichtet, daß der aufgebrauchte Vorrat von Beirut die Mannschaft mit Revolvern und Messern bedrohte, um die Ladung der Ladung und die Landung der österreichischen Post zu verhindern. Der „Achilles“ geht heute nacht nach Alexandria, um die Ladung und die österreichische Post für Syrien einem anderen Schiff zu übergeben.

## Junkerammer und Volksinteressen.

Das Abgeordnetenhaus, das am Dienstagmorgen 2 Uhr zusammentritt, sieht sich vor eine eigenartige Geschäftslage gestellt. Eine Tagesordnung ist den Mitgliedern nicht zugegangen, sondern auf der Einladung zur ersten Plenarsitzung befindet sich eine Fußnote (!) folgenden Inhalts: „Unmittelbar nach der vorläufigen Konstituierung wird die königliche Staatsregierung mehrere Vorlagen einbringen.“ Welche Vorlagen das sein werden, ist nicht bekannt. Man kann wohl annehmen, daß es sich um die Beamtengehaltsvorlage, um die Regelung der Lehrgelöhler, um das Gesetz der Regelung der Bezüge der Geistlichen beider Konfessionen handelt. Es verläutet auch, daß der Finanzminister, Freiherr v. Rheinbaben, diese Vorlage in einer größeren Rede begründen wird; jedoch ist auch hierüber offiziell nichts bekannt geworden. Die Herren „Volksvertreter“ tapen vollständig im dunkeln!

Es ist daher ganz unmöglich, daß das Haus in die Beratungen eintreten kann. Es müßte sofort wieder vertagt werden, um den Mitgliedern Zeit zu lassen, die Vorlagen zu studieren beziehungsweise in den Fraktionen durchzubearbeiten. Im Laufe der kommenden Woche würde daher das Plenum gar nicht mehr zusammentreten; wahrscheinlich dürfte dies erst zu Anfang der darauf folgenden Woche geschehen. Aber auch dann müßte es sehr bald wieder zur Vertagung kommen, da nach Erledigung der ersten Besetzung Zeit für die Arbeiten der Kommission gelassen werden muß, in die die Gehaltsvorlagen sicher gesandt werden.

Ob sich die Parteien eine solche Vertagung gefallen lassen werden, wird sich zeigen. Beratungsstoff gibt es in Hülle und Fülle. Jedenfalls werden unsere Genossen dafür sorgen, daß es nicht an Arbeit gebricht. Die Parteien, die angeblich auf dem Boden einer Wahlrechtsänderung stehen, haben es in der Hand, in der Wahlrechtsfrage eine eingehende Auseinandersetzung mit der Regierung in der Wahlrechtsfrage vorzunehmen, eine Auseinandersetzung, die ja doch nicht zu vermeiden ist, und für die wahrscheinlich sobald nicht wieder eine so günstige Geschäftslage zu finden ist! Schon deshalb ist es für diese Parteien ein Gebot der Notwendigkeit, die Beratung der Wahlrechtsfrage zu erzwingen, weil sonst die Regierung die Verschleppung noch weiter fortsetzen und sich dann auch noch auf die Parteien berufen kann, die ja keinen Ernst gezeigt hätten, die Frage zur Beratung zu bringen, obwohl Zeit dazu vorhanden war!

Allerdings ist ein gewichtiger Umstand vorhanden, der die Durchberatung erheblich in Frage stellt: das ist die Jagd, die jetzt in vollem Gange ist! Auch unter den Liberalen giebt es eine ganze Menge Herren, denen die Wahlrechtsfrage nicht der Schatz Pulver wert ist, den sie veräutern könnten! Aber die Herren werden es nicht mehr so leicht haben, zum Schaden des genarrten Volkes ihren Passionen fröhnen zu können!

## Der sächsische Wahlrechtschacher perfekt!

In der Sitzung der Wahlrechtsdeputation am Freitagmittag ist es zu einer entscheidenden Wendung im sächsischen Wahlrechtsgesetz gekommen. Nachdem schon am Abend zuvor vier Stunden über den neuen Wahlrechtsvorschlag der Regierung beraten worden war, wobei die Nationalliberalen eine ablehnende Erklärung abgaben, die der Minister als scharf bezeichnete und mit „kleinstem Bedauern“ aufnahm, kam es am Freitag zu einer entscheidenden Wendung, die mit Sicherheit zutage treten ließ, daß die neuen sächsischen Vorschläge mit Hilfe der konservativen Mehrheit zu einem Wahlgesetz zusammen bearbeitet und so durchgedrückt werden sollen.

Die Regierung ließ in dieser entscheidenden Sitzung zunächst durch den Geheimrat Henik erklären, daß bei ihrem Vorschlag die numerisch schwachen Abteilungen der Wähler, die aber für das Staatsleben von besonderem und großem Wert seien, stärken und privilegiert werden, während die in großer Masse auftretenden Wähler eines besonderen Privilegs nicht bedürften. Sie beharrte infolgedessen unbedingt auf ihrem Vorschlag, der auch die Nichtstimmung gegenüber dem Kompromißvorschlag nicht vermehren, sondern abschwächen werde, da mit dem Kompromißvorschlag jeder unzufrieden sei, der nicht die höchste Stimmzahl erreiche, vor allen Dingen deshalb, weil innerhalb der Kategorien der Wähler, die privilegiert werden, keine Differenzierung stattfindet.

Darauffin gab im Namen der konservativen Fraktion, die über die erdrückende Mehrheit in der Zweiten Kammer verfügt, folgende Erklärung durch den Abg. v. Duerfurth ab:

„Die konservative Fraktion vermag ihre ernstesten Bedenken gegen die von der Regierung geforderte Häufung der gesamten drei Kurialstimmen schon beim Vorhandensein nur eines der zum Erhalt von Zusatzstimmen berechtigenden Merkmale, nicht

zu unterbreiten. Nach der Erklärung der Regierung indessen, die dahingehet, daß ohne solche Häufung der gesamten drei Kurialstimmen der von der Wahlrechtsdeputation vorgelegte Wahlgesetzentwurf die Billigung der Regierung nicht finden werde, hat sich die konservative Fraktion, wenn auch schweren Herzens, entschlossen, ihre Zustimmung zu dieser Regierungsforderung zu geben, um die ganze von dem König, der Regierung, den Ständen und dem gesamten Volk so dringend verlangte Wahlrechtsreform nicht scheitern zu lassen.“

Dieser Erklärung fügte Abg. v. Duerfurth hinzu, daß die gesamte Verantwortung für ein so zustandekommes Gesetz demgemäß auf die Regierung fallen müsse.

Alsdann wurden die einzelnen Sätze des neuen sächsischen Entwurfes gegen die Stimmen der Nationalliberalen, die zum Teil die Sitzung verlassen hatten, angenommen. Den zweijährigen Wohnsitz ließ man nach dem Wunsche der Regierung fallen, ebenso der 30-Mark-Zensus für die Wählbarkeit. Dagegen wurde der sächsischen Vorlage entsprechend für die privilegierte Klasse das Vierstimmigen-Kurialwahlrecht beschlossen und die Verhältniswahl für die fünf Großstädte des Landes.

Der privilegierten Klasse werden angehören:

1. Alle Wähler mit mehr als 2200 M. Jahreseinkommen.
2. Die Grundbesitzer, die ein Anwesen besitzen, auf dem mindestens 100 Einheiten haften.
3. Alle Gewerbetreibenden, die das Recht haben, an den Wahlen der Gewerkekammer teilnehmen zu können.
4. Diejenigen Wähler, die das Einjährig-Freiwilligen-zeugnis besitzen.
5. Alle Staats-, Kirchen-, Schul- und Gemeindebeamten, die wenigstens 1800 M. Einkommen haben, natürlich nur soweit sie Wähler sind.

Mit diesen Beschlüssen der Wahlrechtsdeputation ist der sächsische Wahlrechtschacher zum Abschluß gebracht worden. Es ist jetzt sicher, daß mit Hilfe der konservativen Mehrheit die neue sächsischen Vorlage durchgedrückt werden wird. Sachsen wird dann eine wahre Wahlrechtskarikatur haben, für die Regierung und Konservative die Verantwortung übernehmen müssen. — Eine Klippe droht noch, die Abstimmung über die Wahlkreiserteilung, hierfür ist eine Zweidrittelmehrheit nötig, die die Konservativen selbst nicht stellen können; aber ein Drittel der Nationalliberalen ist bereit, in diesem Punkte mit den Konservativen zu gehen. Es würde dann die Zweidrittelmehrheit zustande kommen. Sollte das aber nicht der Fall sein, würde man bei der alten Wahlkreiserteilung bleiben. Also nochmals, der sächsische Wahlrechtschacher ist so gut wie abgeschlossen. Aus den großen und langen Zimmerlärmen ist eine geradezu abschauliche Mißgeburt zutage getreten. Die Konservativen sind deshalb für die neue sächsischen Vorlage, weil dadurch die Nationalliberalen ins Hintertreffen kommen und ihre Mehrheit so gut wie gesichert erscheint.

Der Streit um die Sonderinteressen ist zugunsten der Konservativen entschieden, daher sind sie entschlossen, der sächsischen Wahlrechtskarikatur durchzuhelfen.

## Korfanty als Sozialistenfresser.

Der obererschlesische Reichstags- und Landtagsabgeordnete von Wojewitz Korfanty bekämpft die Sozialdemokraten in ebenso niederträchtiger Weise wie der Reichstagsabgeordnete. Ueber den Parteitag in Nürnberg schrieb er in „seiner“ Zeitung „Kurjer Slaski“ Nr. 219 vom 22. September: „Die sozialistische Kultur hat sich wiederum in ihrer ganzen Größe auf dem Parteitag der Roten in Nürnberg offenbart. Die Revisionisten und die Marxisten kämpften miteinander in so wilder Wut und Hitzköpfigkeit, wie sie nie ihre politischen Gegner bekämpften. Am brutalsten, rücksichtslosesten und schnapshundartigsten verhielten sich die Preußen, und in erster Linie die Berliner. Der brutale Preuße sagt nämlich auch in dem roten „Genossen“. Keinem Preußen gelang es bisher, die preußische Haut loszuwerden. Zeitweise warfen sich die Marxisten wuschämend und mit geballten Fäusten auf die Revisionisten. Ihre „Mitbrüder“ bewarfen sie mit Prädikaten wie: Niederträchtiger, nichtwürdiger Verleumder! Bewußter Lügner! Heumer! Lump! Niederträchtiger Verräter!“ Uebrigens, was sollen wir das alles wiederhören. Wir kennen doch das ganze sozialdemokratische Schimpflegikon aus der „Gazeta Robotnicza“. (?) In Nürnberg war nur der Unterschied, daß dort alle rote Größen versammelt waren, dementsprechend waren auch die Beschimpfungen potenziert. Jetzt haben wir wiederum ein Bild mehr der Kultur, Bildung und Anschauung der roten Brüder.“

Wir bitten alle unsere Parteiangehörigen und Freunde, daß sie überall, wo die roten Brüder sitzen und Leute in ihre Netze einfangen wollen, davon erzählen, was auf dem Parteitag der Roten in Nürnberg vor sich gegangen ist, und von der Schändlichkeit der preußischen Marxisten, welche alle sozialistischen Agitatoren in Schlesien und in der Fremde ernähren, und auf ihre Kosten die „Gazeta Robotnicza“ erhalten.“

So „informiert“ das „radikalste“ Mitglied der polnischen Reichs- und Landtagsfraktion seine Leser. Damit die Genossen in Deutschland auch wissen, welche Kultur der Herr Korfanty verbreitet, wollen wir aus seiner Zeitung Nr. 215 vom 12. September 1908 einen Satz zitieren: „Aus Nächstenliebe raten wir ihnen (den polnischen Sozialdemokraten) ab, eine Versammlung einzuberufen, denn sie würden nicht soviel Sätze aufstreifen, als zum Ausflauben der zerbrochenen sozialistischen Knochen nötig wären.“ Dieser „Kulturmenschen“ glaubte nämlich, daß die Sozialdemokraten zum Zweck der Besprechung der plötzlichen Verhaftung des schwerreichen Pfarrers Neumann in Jarze wegen sittlicher Vergehen an Waisenmädchen — eine Verammlung einberufen werden. Daran hat nämlich gar keiner von den polnischen Roten gedacht, aber schon der Gedanke, daß es geschehen könnte, hat den „Kulturträger“ so im Harnisch gebracht. Was ein so „arter Wein“ für die Leute in Oberschlesien bedeutet, kann man erst ermessen, wenn man erfährt, daß nirgends in Deutschland Messerstechereien so oft zu verzeichnen sind wie hier in Oberschlesien.

Stämmig und langsam ist es bisher in Oberschlesien mit der Arbeiterbewegung vortwärtsgewand. Aber auch dem Dünmsten gehen jetzt die Augen auf. Je mehr Siege die polnisch-nationale Phrase zu verzeichnen hat, desto größer wird die politische und nationale Unterdrückung; je heftiger der Kampf der Demagogen und Phrasenhelden gegen die Sozialdemokratie, desto größer die kapitalistische Ausbeutung. Das hält das Volk auf die Dauer nicht aus. Es wird auch das polnische Proletariat zum Bewußtsein erwachen und wird der kapitalistischen Ausbeutung ein Ziel setzen, die Phrasenhelden beseitigen und wird sich vereint mit dem deutschen Proletariat seine politischen, ökonomischen und nationalen Rechte erkämpfen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Oktober 1908.

### Eine Revanche für die Spitzelkennung.

Eine vermutlich polizeilich inspirierte Notiz folgenden Inhalts, die auch von der „Nordd. Allg. Ztg.“ übernommen wird, geht durch die Scharfmacherpresse:

„Demonstrationszüge der Sozialdemokraten sind, wie wir aus bester Quelle erfahren, für Dienstag, 20. Oktober, am Tage der Wiedereröffnung des Landtages geplant. Die Oberleitung liegt in den Händen des in letzter Zeit so viel genannten Eugen Ernst. Man hat mit Absicht nur sechs Versammlungen anberaumt; wie wir feststellen haben, sind folgende Lokale gemietet: Berliner Brauerei, Friedrichshain, Gewerkschaftshaus, Arbeiter-Gesellschaftshaus, Germaniastraße und Wallstraße. Natürlich können diese sechs Versammlungsorte nur einen recht kleinen Teil der organisierten „Genossen“ fassen; das liegt natürlich in der Absicht der Versammlungsleiter; man will eben Massensammlungen auf der Straße haben, um so leichter die Demonstrationen zu veranlassen zu können. Als Referenten für diese Versammlungen sind in Aussicht genommen die Landtagsabgeordneten Ströbel, Hoffmann, Hirsch, Borgmann, Heimann und Leinert. Wie weiter bekannt wird, sollen am Tage des beschriebenen Demonstrationsumzuges die „Genossen“ die Bürger in ihren Wohnungen aufsuchen und sie unter Ueberreichung einer Agitationsnummer des „Vorwärts“ zum Besuch der Versammlungen auffordern. Nach der Verbreitung der Agitationsnummer sollen sich die „Genossen“ in ihren Wohnstellen versammeln und geschlossen und demonstrierend nach den Versammlungsorten marschieren, während die „Obergenossen“ mit Eugen Ernst an der Spitze in irgend einem Lokale in Dedung sitzen. Die Versammlungsorte sind weit auseinandergelegt gewählt, damit der Anmarsch der Genossen sich sehr ausdehne.“

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ mißt dieser Notiz — trotz oder vielleicht gerade wegen ihrer Herkunft — keine Glaubwürdigkeit bei. Das offiziöse Organ dagegen bemerkt stürmisch: „Die sozialdemokratische Presse wird sich hierzu zu äußern haben.“ Offenbar befürchtet die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß die 10000 Revolver, die den entlarvten Polizeispitzel Radack so lebhaft interessierten, bei diesen „Demonstrationsumzügen“ eine Rolle spielen könnten!

Die innersten Herzenswünsche schöner Scharfmacherseelen enthüllt folgender, der Notiz angehängte Küpelerguß:

„Das Charakteristische dieses Demonstrationsplanes ist, daß er mit der Straßenagitation wieder die Hausagitation verbindet. Diese neue Art sozialdemokratischer Hege ist in Leipzig zuerst versucht worden. Dort hat man alsu eifrigen Genossen gelegentlich in recht schmerzhafter Form die Tür gewiesen. Dasselbe wird hoffentlich in Berlin geschehen. Werden die roten Agitatoren hier so begrüßt, wie sie es nach ihrem geradezu unerschöpflichen Gebaren verdienen, dann werden sie nicht sobald wiederkommen. Diese Erfahrung hat man auch bei der Land agitation in zahlreichen Kreisen gemacht, vor denen die Genossen tatsächlich eine heilige Scheu haben.“

Ob die Kronsbene selbst die Courage haben würden, nach diesem Rezept zu verfahren? —

### Die Unruhen auf den Karolinen.

Die Lage auf der Insel Ponape (Karolinen) scheint doch weit ernster zu sein, als die ersten offiziellen Mitteilungen erkennen lassen, denn, wie das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ meldet, ist das Kanonenboot „Jaguar“ aus Anlaß der ausgebrochenen Unruhen am 16. Oktober von Schanghai nach Ponape in See gegangen. Weihnachtspakete für die Angehörigen seiner Besatzung werden daher auch nicht nach Ostasien, sondern mit dem am 21. Oktober mit dem Abblühungstransport für S. M. S. „Komet“ Bremerhaven verlassenden Dampfer „Wilow“ befördert. Die Pakete müssen porto- und briefgebefrei bis spätestens 10. Oktober mittags bei der Expeditionsfirma Matthias Rohde u. Jürgens in Bremen eintreffen. —

### Gehaltsaufbesserung der Lehrer.

Das neue Lehrerbefolgungsgesetz sieht, wie jetzt aus guter Quelle verlautet, für ganz Preußen ein Grundgehalt von 1850 M. vor. In Städten über 100 000 Einwohnern ist eine Erhöhung bis zu 1900 M. gestattet. Die Alterszulagen sind auf 200 M. festgesetzt und sollen in größeren Städten bis zu 250 M. betragen dürfen.

### Die Lehrfreiheit der Blockäre!

Professor Dr. Walter Schädling, Warburg, der Bruder des hiesigen Bürgermeisters Schädling, gibt heute im „Berliner Tageblatt“ selbst eine ausführliche Darstellung seiner Erfahrungen über die akademische Lehrfreiheit und die Bewegungsfreiheit eines deutschen Professors in der glorreichen Ära der „Liberalen“ Blockpolitik!

Verreits im Jahre 1902 wurde dem damaligen Extraordinarius in Breslau von dem damaligen Ministerialdirektor Kargemaach, was man in Preußen unter „Lehrfreiheit“ versteht. Professor Schädling hatte damals in einer rein wissenschaftlichen Studie die Frage behandelt, ob durch ein Staatsgesetz die Thronfolge geregelt werden kann, und dabei das Gottesgnadentum als unjuristischen Gesichtspunkt abgelehnt. Nach einer Demunziation durch die „Kreuzzeitung“ verwarnte der damalige Ministerialdirektor Schädling mit der famosen Bemerkung: er könne lehren, was er wolle, seine Lehrfreiheit solle nicht im mindesten angetastet werden, aber er müsse immer mit der Möglichkeit rechnen, daß man eines Tages von seiner Lehrtätigkeit keinen Gebrauch mehr machen könne!

Das geschah im Jahre 1902. Nach Inaugurierung der Blockäre machte der inzwischen zum ordentlichen Professor avancierte Staatsrechtslehrer noch ganz andere Erfahrungen. Als einem jüdischen Rechtskandidaten von fünf Oberlandesgerichtspräsidenten ohne jeden triftigen Grund die Anstellung als Referendar verweigert wurde, machte Schädling, der den Betroffenen selbst geprüft hatte, im eigenen Namen eine Eingabe an den Justizminister. Daraufhin erfolgte nun zwar die Anstellung des jüdischen Rechtskandidaten, allein das Eintreten Schädlings für den jüdischen Juristen sollte bitter gerachen werden! Professor Schädling erzählt darüber im „Berliner Tageblatt“:

„Als ich nun im Frühjahr 1907, mittlerweile längst Ordinarius und damals gerade Dekan, aus politischem Anlaß in Berlin weilte, ging ich nichtahnend in das Ministerium, ließ mich bei dem Universitätsreferenten Herrn Geheimen Oberbaurat Dr. Elster melden und begann ihm vorzutragen, daß meine persönlichen Bemühungen, in Warburg das öffentliche Recht zu pflegen, an den in dieser Beziehung kläglichen Zuständen unserer Seminarbibliothek scheitern müßten. Wir hätten nur eine Auflage von Labands Staatsrecht von 1882 (!), und einen Kommentar zur Reichsgewerbeordnung hätten wir überhaupt nicht. Kaum hatte ich zwei Sätze gesprochen, als Herr Elster mich in scharfer Weise unterbrach: „Was soll das Ganze, was versprechen Sie sich von dieser Unterredung?“ Ich wurde auf den Weg der schriftlichen Eingabe durch den Kurator verwiesen, es wurde mir aber gleichzeitig eröffnet, daß auf einen Erfolg dieser Eingabe kaum zu rechnen sei, da kaum für irgend eine Seminarbibliothek so viel geschehen sei wie für die unsrige. Tatsächlich habe ich dann auch auf diese Eingabe verzichtet. Dann aber kam Elster sehr bald auf die Angelegenheit meines jüdischen Schülers zu sprechen, überhäufte mich mit Vorwürfen, wie ich es wagen könne, mich an den Justizminister zu wenden, und sagte dabei wörtlich: „Was geht Sie überhaupt dieser Rechtskandidat an, mischen Sie sich nicht in Angelegenheiten, die Sie nichts angehen! Die Sache schwebt noch, und Sie werden dafür noch eine diskretionäre Bestrafung erhalten.“



Diese dem Univeritätslehrer im Unteroffizierskone angefüg-  
te Disziplinarische Bestrafung erfolgte dann wirklich. Aller-  
dings noch aus einem anderen Anlaß, nämlich weil sich Schädigung  
in einer politischen Rede gegen die Ständelose Enteignungsvorlage  
gemeldet hatte. Sie erfolgte, obgleich Schädigung selbst dem  
Kurator der Marburger Universtität gegenüber seinen heftigen  
Ton bedauert und erklärt hatte, daß er sich künftig einer  
gemäßigeren Tonart befleißigen werde. Und man begnügte  
sich nicht damit, durch diese disziplinarische Strafverfügung dem  
Professor „verehende Agitation“ und „Verletzung des einfachsten  
Pflichts“ und „Anstandsgefühls“ vorzuwerfen, sondern man eröffnete  
ihm kurz darauf amlich, daß er auf Veranlassung des Kultus-  
ministers nicht mehr zur juristischen Prüfung in Kassel heran-  
gekommen werde! Außerdem aber wurde dem Gemahrgelerten ver-  
sichert, daß der Kurator vom Ministerium mit Erhebungen dar-  
über beauftragt sei, ob er in seine Vorlesungen politische Aus-  
führungen einlege, in Vorlesungen, deren Gegenstand  
allgemeine Staatslehre und ähnliche politische  
Fächer bilden!

Das ist die Zensurfreiheit in der liberalen Modera!

### Ein Vertreter der christlichen Nächstenliebe.

Ein katholischer Kaplan in Schwiebus hat es mit seinen  
Befugnissen und den Lehren seiner Kirche für vereinbar ge-  
halten, einem Genossen folgenden Schreibebrief zuzufenden:

Schwiebus, 13. 10. 08.

Auf Ihr Schreiben vom 12. d. Mts. gebe ich Ihnen zu  
wissen:

1. Sobald Sie Ihre Kinder noch etwa einen Monat lang  
vom Kirchenbesuch abhalten, beantrage ich bei der Königl. Re-  
gierung Fürsorgeerziehung für Ihre Kinder wegen religiöser Ver-  
wahrlosung.

2. Sobald Ihre Kinder mir auf die Frage, ob sie die Kirche  
besucht haben, die Antwort verweigern, übergebe ich Sie dem  
Staatsanwalt wegen systematischer Aufhetzung und Aufreizung gegen  
die Schulautorität.

Gömla

als Religionslehrer.

Der Herr Kaplan ist offenbar ein paar Jahrhunderte zu  
spät geboren. Er hätte sicherlich die Qualitäten beisein, als  
Streiter der ecclesia militans solch verruchte Reize — natür-  
lich nur aus fanatischer Sorge um ihr und ihrer Nächsten  
Seelenheil — auf den Scheiterhaufen zu schicken.

Heute wird er seinen Glaubenseifer schon ein wenig  
zügeln müssen. Denn es sei ihm hiermit klargemacht, was  
er eigentlich selbst wissen sollte, daß die Kirche keinerlei Recht  
hat, die Kinder zum Kirchenbesuch zu zwingen. Den Eltern  
steht vielmehr das Recht zu, über die Religionsangehörigkeit  
ihrer Kinder selbst zu bestimmen. Wir würden dem Vater  
sogar raten, das dem eisernden Geistlichen dadurch eindringlich  
zu Gemüte zu führen, daß er den Austritt der Kinder aus  
der Landeskirche bewerkstelligt!

Vollends ein blinder Schreckschuß ist die Drohung des  
Kaplans mit der Denunziation bei der Staatsanwaltschaft.  
Vielmehr würde es dem Staatsanwalt gar nicht sonderlich  
schwer fallen, den Spieß umzukehren und gegen den Kaplan  
wegen seiner Drohung ein Verfahren einzuleiten!

### Im Zeichen der Sparsamkeit.

Wie bestimmt verlautet, soll im nächstjährigen Militäretat ein  
Ersatzschiff für die „Hohenzollern“ gefordert werden. Bei den  
letzten Kaiserreisen soll sich herausgestellt haben, daß die alte  
„Hohenzollern“ nicht mehr allen Ansprüchen, insbesondere auf  
Schnelligkeit, genüge. Die jetzige „Hohenzollern“ ist einem kleinen  
Kreuzer ähnlich gebaut und wäre im Ernstfälle als Hilfskreuzer  
verwendet worden. Der Neubau soll mehr Luxusgeschiff werden und  
bei seinem Bau soll mehr als auf der „Hohenzollern“ auf We-  
quemlichkeit und Komfort Rücksicht genommen werden.  
Nach dem bereits angefertigten Modell ist das Schiff so gestaltet,  
daß es für den Krieg wegen seiner hinteren hohen Aufbauten nicht  
Verwendung finden kann. Es soll jedoch eine Geschwindigkeit von  
24 Seemeilen erhalten, so daß es als Dampfschiff oder noch besser  
als Dampfschiff für die Front sehr gut geeignet wäre. Das  
Schiff soll Wilhelm II. zu seinen Reisen dienen.

Es ist ein starkes Stück, in einer Zeit der Finanzklemme aus  
den Taschen der Steuerzahler den Bau eines Luxusgeschiffes be-  
streiten zu wollen, das lediglich den persönlichen Zwecken des  
Kaisers dient. Wo bleibt denn die Sparsamkeit?

### Köller geht.

Staatssekretär von Köller tritt zurück. Er ist am  
15. Oktober von seinem Urlaub zurückgekehrt und hat sofort sein  
Abschiedsgesuch eingereicht. Man glaubt in eingeweihten Kreisen,  
daß er am 15. oder 16. November seine amtlichen Befugnisse an  
seinen Nachfolger übergeben wird. Sein Nachfolger soll Freiherr  
von Eulach werden.

### Der „würdige“ Landwehr-Unteroffizier und Streiter gegen die Sozialdemokratie.

Als Bekämpfer der Sozialdemokratie stellte sich am Mittwoch  
dem Kriegsgericht der 33. Division in Erfurt der Unter-  
offizier der Landwehr i. Aufgebots, jetzige Schneidemüller  
Albert Wilmann aus Wolfis bei Chrusdorf vor. Er hat von 1899  
bis 1901 in Weimingen gedient. Es war gegen Wilmann ein Ver-  
fahren auf Degradation eingeleitet worden, weil er wegen verur-  
teilter Exzesse auf acht Tagen Gefängnis verurteilt worden ist. Die  
gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Kriegsgericht ver-  
worfen. Die Verurteilung wegen verurteilter Exzesse ist erfolgt,  
weil Wilmann an einen Jungen, der in einem Zivilprozeß gegen  
ihn ausgesagt, einen Brief geschrieben hat, in dem er ihm Reueid  
vorwarf, er wolle den Jungen aber nicht deswegen anzeigen, wenn  
dieser ihm seine Zeugnisse abgibt im Betrage von 10 M. abliesere.  
Wilmann war in dem betreffenden Zivilbeleidigungsprozeß zu  
einer geringen Geldstrafe verurteilt worden, hatte aber etwa  
150 M. Kosten zu zahlen. Der Vertreter der Anklagebehörde  
— Kriegsgerichtsrat Seim — beantragte, die Degradation  
auszusprechen im Interesse der Disziplin und des Ansehens  
des Unteroffiziersstandes.

Der Angeklagte Wilmann wies zu seiner Verteidigung darauf  
hin, daß er bisher in Wolfis tüchtig gegen die So-  
zialdemokratie gearbeitet habe, er sei schon  
6 Jahre beim Kriegerverein, für den er tüchtig  
tätig. Seine Bemühungen um Abwendung der Degradation hatten  
Erfolg. Das Kriegsgericht erkannte dahin, daß die be-  
antragte Degradation abzulehnen sei. Kriegsgerichtsrat Rotermund  
führte aus, daß das Kriegsgericht im vorliegenden Falle die De-  
gradation wohl aussprechen könne, aber nicht müsse. Es sei  
srafmildernd in Betracht zu ziehen, daß nur der Versuch einer  
Exzesse gemacht wurde.

### Frauen als Verteidiger im Strafprozeß.

Durch bayerische Ministerialverordnung wird angeordnet, daß  
künftig im Strafverfahren gegen Jugendliche Frauen als Ver-  
teidiger zugelassen werden, um die Gefahren einer Hauptverhand-  
lung von den Jugendlichen abzuwenden. Nach der Strafprozeß-  
ordnung können übrigens schon jetzt Frauen vor Gericht als Ver-  
teidiger zugelassen werden. Anders steht es mit der Zulassung  
der Frauen zur Rechtsanwaltschaft überhaupt. Diese scheitert bei  
dem gegenwärtigen Rechtszustande schon am § 1 der Rechts-  
anwaltsordnung. Nur an Männer ist dort gedacht. Bei der  
Fassung: „Zur Rechtsanwaltschaft kann nur zugelassen werden,

wer die Fähigkeit zum Richteramt erlangt hat“, ist dies unzulässig.  
Da nur Männer ins Richteramt berufen werden, ist die  
Frau von der Rechtsanwaltschaft ausgeschlossen. — Im Auslande  
ist man bekanntlich auch hierin Deutschland weit voraus.

### Der Kampf um die rote Kranzschleife.

Auf Juche „Schürhan“ bei Asperbeck (Bezirk Dortmund)  
haben vor einigen Tagen drei weitere Genossen ihr Leben lassen  
müssen. Bei der Verurteilung, an der sich wohl an 5000 Personen  
beteiligten, verursachte die Polizei einen Kerngenuss erzeugenden  
Zwischenfall. Auf dem Wege zum Friedhofe ließ sie plötzlich den  
Trauerzug halten und forderte die Entfernung der roten Schleife  
von dem von der Partei gewidmeten Stränge. Da aber das Dort-  
munder Gericht wiederholt erkannt hat, daß eine rote Kranz-  
schleife zulässig ist und nur anormal veranlagte Personen daran  
Anstoß nehmen können, leisteten unsere Genossen der polizeilichen  
Aufforderung keine Folge. Darauf verurteilte die Polizei sich der  
Schleife mit Gewalt zu bemächtigen. Ein Polizist trat hinzu und  
riß die Schleife vom Stränge. Unsere Genossen reklamierten aber  
ihre Eigentum und es gelang ihnen auch, die Hälfte der Schleife,  
auf welcher die Widmung angebracht war, dem Beamten wieder  
zu entreißen. Das Ausstreifen der Polizei rief bei den Leid-  
tragenden einen Sturm der Entrüstung hervor. Rechtswürdige-  
weise ließ es nachher die Polizei ruhig geschehen, daß der wieder  
zurückgekehrte Teil der roten Schleife auf dem Grabe niedergelegt  
wurde. War die Wohlthätigkeit nun zur besseren Erkenntnis ge-  
kommen?

### Zum Moltke-Garden-Prozeß.

Die „Blätter für Rechtspflege“ veröffentlichen ein am 14. Juli  
dieses Jahres gefälltes Urteil des zweiten Strafsenats des Kammer-  
gerichts über eine im Moltke-Garden-Prozeß viel erörterte juristische  
Streitfrage. Der Senat traf in einem dem Gardenprozeß rückstän-  
dig der Rechtslage analoge Fall seine Entscheidung dahin: „Falls  
in einem Privatklageverfahren die Staatsanwaltschaft die Straf-  
verfolgung im öffentlichen Interesse übernimmt, so erfolgt  
nicht eine Einstellung des Privatklageverfahrens; vielmehr hat die  
Staatsanwaltschaft das schwebende Verfahren lediglich fortzusetzen.“

Die ausführlichen Erkenntnisgründe kommen zu dem von uns  
bereits bei Austausch der Streitfrage verfochtenen Standpunkt, daß  
Wortlaut und Zweck der §§ 417 und 438 Str.-P.-O. der im Garden-  
prozeß betätigten entgegengelegten Anschauung der Staatsanwaltschaft  
klar entgegenstehen. Das Reichsgericht gelangte in früheren Ent-  
scheidungen zu der Ansicht, der Staatsanwalt könne das gesamte  
vorausgegangene Verfahren annullieren durch die durch keinerlei recht-  
sgeschäftlichen Kenntnisse getriebene Empfindung, die vom Staatsanwalt  
in die Hand genommenen Verfahren bedeuteten etwas völlig anderes  
wie die von den Verletzten durch direkte Anrufung des Gerichts ein-  
geleiteten Strafsachen. Im Prozeß Moltke-Garden selbst dürfte Ein-  
stellung des Verfahrens wegen Verjährung des langen Prozesses  
Ende sein. Noch jetzt ist Beschwerde gegen die auch nach Ansicht des  
Kammergerichts ungelegte Einstellung des Privatklageverfahrens zu-  
läufig. Da sie Erfolg, so wäre über die Berufung vor einem Drei-  
männerkollegium zu verhandeln. Der erneuten Verhandlung stände  
aber die Verjährung hindernd im Wege. Aus zwei Gründen. Nach  
zutreffender, freilich auch wieder bestrittener Ansicht — welche  
juristische Frage gibt es, für die nicht auch falsche Entscheide  
konstruiert werden können? — kann die Handlung eines nicht zu-  
ständigen Richters die Verjährung nicht unterbrechen. Land-  
gerichtsdirektor Lehmann und seine Kammer war aber nach dem oben  
Dargelegten nicht zuständig. Kommt als zweiter Grund hinzu, daß  
auch der in einigen Zeitungen angeblich auf Grund eigener An-  
gaben des Direktors Lehmann aufgestellten Behauptung, der neue  
Termin in dem Bewußtsein, daß es in ihm zur Verhandlung nicht  
kommen könne, lediglich zwecks Verjährungsunterbrechung anberaumt  
sei. Trifft das zu, so liegt nur eine Scheinhandlung des Richters  
vor. Eine solche ist nicht geeignet, einen Rechtsseffekt hervorzu-  
bringen.

### Oesterreich.

#### Ministerkrise?

Infolge der gestrigen Sturmzeiten ist der böhmische  
Landtag von der Regierung vertagt worden. Dies ist  
zunächst ein Erfolg der deutschen Obstruktion. Die Versuche  
der Regierung, eine Einigung zwischen Deutschen und  
Tschechen herbeizuführen, sind gescheitert. Aus Wien wird  
bereits gemeldet, daß der tschechische Handelsminister Dr.  
Fiedler und der tschechische Landmannminister Praschek  
infolge der Vertagung des böhmischen Landtags ihre  
Demission gegeben haben. Bestätigt sich diese Meldung,  
so wäre auch die Stellung des Gesamtkabinetts unhaltbar.  
Denn das Ministerium Beck ist ein Koalitionsministerium,  
in dem alle nationalen Parteien vertreten sind. Der Austritt  
der Tschechen müßte daher die Demission des Ge-  
samtkabinetts nach sich ziehen.

Die Vertagung des Landtags besiegelt wohl auch das  
Schicksal der Wahlforschungsvorlage. Es ist ein Zeichen  
der frivolen Politik, die die bürgerlichen Chauvinisten treiben,  
daß sie den Landtag gerade in dem Moment aus den  
nichtigsten Ursachen sprengen, in dem endlich auch die Ar-  
beiterklasse in dem größten Landtag der Monarchie eine, wenn  
auch unzureichende Vertretung erhalten sollte. —

### England.

#### Gresham.

London, 16. Oktober. Unterhaus. Die Beratung des  
Schankstättengesetzes wurde wieder aufgenommen. Nachdem die  
Beratung bereits vier Stunden gedauert hatte, betrat Gresham  
das Haus, um dagegen zu protestieren, daß anstatt der Be-  
ratung der Frage der Beschäftigungslosigkeit diejenige des  
Schankstättengesetzes vorgenommen worden. Er weigerte sich,  
von seinem Protokolle abzulassen und blieb trotz der Befehle des Sprechers  
bei seinem Standpunkte. Premierminister Aquith beantragte  
daher, daß Gresham von seinem Amte als Deputierter  
suspendiert werde. Der Antrag wurde darauf ein-  
stimmig angenommen. Gresham lachte ironisch und fragte:  
Wo ist jetzt die Arbeiterpartei? Hierauf erhielt Gresham den Be-  
fehl, das Haus zu verlassen, und ging mit dem Ausrufe hinaus:  
Ich verlasse das Haus mit Vergnügen.

#### Eine Anklage.

London, 16. Oktober. Gegen den sozialdemo-  
kratischen Abgeordneten Thorne ist das Ver-  
fahren wegen Aufreizung eingeleitet worden, weil  
er vor einigen Tagen in einer Versammlung des sozial-  
demokratischen Arbeitervereins gesagt haben soll, sie möchten  
doch lieber die Päderluden fürmen, als  
hungern. —

### Rußland.

#### Der Studentenstreik.

Wie bereits erwähnt, besitzen die „Schwarzen  
Gundek“ auch eine Studentenorganisation, die jetzt zu  
Streikbrecherdiensten kommandiert ist. Das von uns gestern  
gemeldete Handgemenge in der Petersburger Studenten-  
versammlung entstand durch einen Ueberfall schtruppischer

Studenten, die, mit Knüppeln und Stöcken bewaffnet, in die  
Versammlung der freihetlichen Studenten eindrangen. Viele  
von diesen wurden schwer verwundet und mußten ärztliche  
Hilfe in Anspruch nehmen. Die Ordnung wurde erst durch  
das Einschreiten der Univeritätsbehörde wiederhergestellt.  
Die Schuldigen sind ermittelt und dem Disziplinargericht  
übergeben worden.

Während einer außerordentlichen Sitzung des Pro-  
fessorenrats erschien eine aus fünfhundert Studenten  
bestehende Deputation, welche die Bitte aussprach, die  
Universtität nicht zu schließen und die Vorlesungen vor Unter-  
brechungen zu schützen. Der Professorenrat beschloß dem-  
gegenüber, den Minister zu ersuchen, die Universtität  
bis zum 22. d. Mts. zu schließen, da eine Wiederholung  
der Zusammenstöße möglich sei.

Kiew, 15. Oktober. Die Vorlesungen an der  
Universtität, die heute fortgesetzt wurden, wurden durch eine  
um 11 Uhr morgens veranstaltete Studentenversammlung  
unterbrochen. Da eine große Erregung und Un-  
ordnung entstand, rüchtete auf Ersuchen des Rektors in das  
Univeritätsgebäude Militär und Polizei ein, welche  
die unruhigen Elemente entfernten und die Ordnung wieder-  
herstellten. Dann wurden die Vorlesungen wieder auf-  
genommen. —

### Die Ermordung Herzensteins.

Biborg, 16. Oktober. Wegen Beteiligung an der Ermordung  
des früheren Dumaabgeordneten Herzenstein wurde der Angeklagte  
Kolonjew vom Schwurgericht zu sechs Jahren Aucht-  
haus verurteilt.

### Der russische Galgen.

Vor einigen Tagen nahm die Session des Saratower  
Kriegsgerichts ein Ende. Im Verlauf der drei Monate, da  
die Session anhält, wurden vierzig Todesurteile gefällt,  
von denen fast alle vollstreckt wurden. Kein einziges Witi-  
gesuch des Gerichts um Milderung der Strafe wurde von den Obez-  
henkern in Petersburg berücksichtigt. —

### Vergiftungen im Gefängnis.

Am 6. Oktober sollten in Kiew drei Personen, Sfenowenko,  
Krawtschenko und die Lehrerin Priffjaschnuk, die vom Kriegsgericht  
zum Tode verurteilt waren, hingerichtet werden. Den Verurteilten  
gelang es, sich Gift zu verschaffen, das sie einige Tage vor der  
Hinrichtung zu sich nahmen. Die Lehrerin Priffjaschnuk starb in-  
folge der Vergiftung, Sfenowenko und Krawtschenko jedoch wurden  
vom Gefängnisarzt nach langer Mühe gerettet — um am folgenden  
Tage „offiziell“ hingerichtet zu werden. Der russischen „Gerechtig-  
keit“ ist nun Genüge getan.

### Türkei.

#### Wahlunruhen.

Konstantinopel, 16. Oktober. Bagdad war gestern  
der Schauplatz von Unruhen. In die dortige Moschamend-  
Moschee hatten sich Muselmanen, Christen und Juden ver-  
sammelt behufs Einigung über ein Programm. Die Moschee  
war früher nie von Andersgläubigen betreten worden. Ehe  
noch die Beratungen beginnen konnten, wurden im Innern  
der Moschee die Christen und Juden ange-  
griffen, wobei zahlreiche Verletzungen vor-  
fielen. Hierauf plünderten Araber einen Teil des  
Geschäftsvermögens. Der Basar in Bagdad ist seit gestern  
gesperrt. —

### Amerika.

#### Die politische Korruption.

Omaha, 16. Oktober. Gouverneur Haskell  
strenge einen Prozeß auf Schadenersatz in Höhe von  
600 000 Dollar gegen Hearst wegen Verleumdung an. Der  
Prozeß ist eine Folge von Hearsts kürzlich veröffentlichten  
Enthüllungen über Hasskells anaebliche Beziehungen  
zur Standard Oil Company. —

## Aus der Partei.

Unsere Toten. Ein alter Parteigenosse ist in Nürnberg in  
dem Verleumdungsprozeß Johann Siebenbürger dahin-  
gegangen. Er trat schon als blutjunger Schaubmacherselle in  
Würzburg in die Bewegung ein und spielte bald eine führende  
Rolle. Ende der siebziger Jahre kam er nach Nürnberg, wo er  
während der Zeit des Ausnahmengesetzes eine eifrige agitatorische  
Tätigkeit sowohl für die Partei als auch für seine Gewerkschaft  
entfaltete. Er kandidierte wiederholt im Reichstagswahlkreise  
Bayreuth. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes machte er mit den  
schon vor längerer Zeit ebenfalls verstorbenen Genossen Eckhart  
und Reltner eine Hausagitationstour durch die schwarze Oberpfalz und  
die westlichen Winkel Oberfrankens, wobei er in wochenlanger  
mühsamer Arbeit, vielfach von der Polizei gehetzt und in der un-  
günstigsten Weise skandalisiert, den schwierigen Boden lockerte für die  
Saat des Sozialismus. Die Rot des Lebens hat Siebenbürger im  
reifeiten Maße kennen gelernt, er fand nirgends Arbeit und mußte  
sich kümmerlich durchs Leben schlagen, bis er zuletzt bei der Ver-  
sicherungsgesellschaft „Victoria“ unterkam. In den letzten zehn  
Jahren konnte er sich wegen seines fränkischen Zustandes nicht mehr  
tätig am öffentlichen Leben beteiligen.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### Nicht alle Leutnants sind so schlecht.

Genosse D. Basselt vom „Volksboten“ zu Stettin  
war wegen Verleumdung sämlicher preussischer  
Leutnants von der Strafkammer Stettin zu drei  
Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der „Volksbote“ hatte den  
Brief eines Leutnants glossiert, worin der Schreiber unter anderem  
sagte, er habe ein nettes Mädchen von 17 Jahren kennen gelernt;  
der Kamerad könne sich gar nicht denken, wieviel Puffen Sekt er  
gebraucht habe, um sie zu verführen. Leider läge er jetzt  
wieder im Ritterschloßchen (der Parade für Geschlechts-  
tränke), doch sei er schon wieder unglücklich verliebt und das  
Mädchen auch in ihn. Vielleicht werde etwas daraus usw. — Der  
Artikel hatte nun die Verworfenheit, die aus dem Briefe spricht,  
charakterisiert und dabei gesagt, der Leutnant sei der Typus einer  
Gattung und der Brief ein „wertvoller Beitrag zur Charakteristik  
des preussischen Leutnants“. Darin wurde eine unzulässige  
Verallgemeinerung der vom Gericht als richtig anerkannten Tat-  
sachen und eine Verleumdung der preussischen Leutnants gefunden.  
— Genosse Basselt hatte Revision gegen das Urteil eingelegt. Das  
Kriegsgericht verwarf sie, nachdem der Reichsanwalt erklärt  
hatte, der Leutnant des Verleumdungsparagrafen 185 sei zwar  
dürftig begründet, das Urteil könne aber nicht beanstandet werden.  
Durch den Artikel seien alle Leutnants auf das Niveau des Brief-  
schreibers, eines Menschen von größtem Tiefstand und größter moralischer Verkommenheit, herab-  
gedrückt worden.

## Aus Industrie und Handel.

#### Zur Lage im Holzgewerbe.

Wenn auch bereinzelt der Beschäftigungsgrad in den ver-  
schiedenen Zweigen des Holzgewerbes eine Belebung zeigt, so bleibt  
doch die Gesamtlage noch immer recht unbefriedigend. Am



**Arbeitsmarkt**, der die Lage zusammenfassend für alle Holz-  
arbeiter schildert, ist der Andrang noch immer sehr stark. Dazu  
kommen noch Betriebsbeschränkungen in zahlreichen Fabriken und  
Werkstätten, die in ihrer Gesamtheit nicht bekannt sind, aber  
den Beschäftigungsgrad gleichfalls nicht unerheblich abschwächen.  
Bei den organisierten Holzarbeitern ist im laufenden Jahre in-  
folge der starken Arbeitslosigkeit die Summe der Unterstü-  
gungen ganz erheblich gewachsen: sie stieg von 61 829 M. im zweiten  
Quartal 1907 auf 219 094 im laufenden Jahre. Dabei dürfte im  
dritten Quartal, über das noch nicht berichtet wurde, noch eine  
weitere Steigerung der Unterstü-  
gungssumme eingetreten sein. Die  
matte Bautätigkeit verfestigt namentlich die kleineren Bauwirtschaften  
in den großen Städten in eine recht prekäre Lage. Die Gehilfen-  
lohn ist in ihnen sehr stark reduziert. Besser zu tun haben die  
Rohmaterialien. In der Waggonindustrie ist Arbeits-  
losigkeit im allgemeinen ausreichend vorhanden: die Be-  
stellungen für Eisenbahnen, Straßenbahnen usw. sind nicht  
geringer als bisher ausgefallen. Dagegen fehlen allerdings  
Aufträge dort, wo Automobil- und Waggonindustrie aufeinander  
angewiesen sind. Nicht ungünstig ist die Lage der Tischerei. Als  
besonders stark wird die Depression im rheinisch-westfälischen Hütten-  
gewerbe bezeichnet. Die vorherrschende Ungunst hängt meist mit den  
geringeren Aufträgen aus dem Brauereigewerbe zusammen. Von  
anderen Branchen, die noch zum Holzgewerbe im weiteren Sinne zu  
rechnen sind, ist auch ein Teil der Spielwarenfabrikation  
zu zählen. Hier ist der Beschäftigungsgrad infolge der Weihnachts-  
saison belebt, aber doch sind die Arbeitskräfte nicht so wie im Vorjahre  
in Anspruch genommen. Die Uhrenindustrie weist auch ein  
freundlicheres Gepräge auf: im Schwarzwald z. B. haben die  
größeren Betriebe befriedigende Aufträge sich zu verschaffen gewußt,  
die auf längere Zeit Arbeitsgelegenheit bringen. Von den ver-  
schiedenen Zweigen der Musikinstrumentenbranche ist der Bau von  
Klavieren am ungünstigsten davon. Der Absatz im Inlande  
wird befriedigend, noch mehr stößt die Auslandstätigkeit. Die  
Holz-Bildhauerei endlich leidet noch andauernd unter einem  
äußerst flauen Geschäftsgang.

### Kohlenabsatz.

Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz des Rheinisch-Westfälischen  
Kohlenbezirks betrug im September 1908 bei 29 (im gleichen  
Monat des Vorjahres 26) Arbeitstagen 5 710 977 (Vorjahr 5 679 333)  
Tonnen oder arbeitsmäßig 219 653 (Vorjahr 227 173) Tonnen. Der  
auf die Beteiligung anzurechnende Kohlenabsatz hat in Köln bei 80  
(Vorjahr 80) Arbeitstagen 790 815 (Vorjahr 1 108 711) Tonnen oder  
arbeitsmäßig 28 344 (Vorjahr 36 780) Tonnen betragen. In Weisheit  
betrug er bei 26 (Vorjahr 25) Arbeitstagen 259 352 (Vorjahr 235 319)  
Tonnen oder arbeitsmäßig 90 775 (Vorjahr 94 113) Tonnen = 90,19 Proz.  
(Vorjahr 100,31) der Beteiligung.  
Demnach ist der Absatz bei Kohlen nicht unwesentlich, bei Köln  
aber sehr bedeutend zurückgegangen.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung, Töpfer!

Laut Versammlungsbeschluss vom 9. Oktober wird vom Mon-  
tag, den 19. Oktober 1908 ab auf den Bauten, welche nicht verglast  
sind und wo somit die Kollegen nicht zugreifen können, die  
Arbeit nicht wieder aufgenommen. Tariflich müssen die Bauten  
schon vom 15. Oktober 1908 ab verglast sein. In Anbetracht der  
schlechten wirtschaftlichen Lage im Berufe, der ungenügenden  
Polizeiverordnung, nach welcher erst vom 1. November ab die  
Bauten verglast sein müssen, was außerdem auch nur auf dem  
Papier steht, und weil die Töpfer in der Fensterfrage fast gänzlich  
isoliert dastehen, weil sie auch von den anderen Bauhandwerkern  
nicht genügend unterstützt werden, ist der Termin bis zum  
19. Oktober hinausgeschoben worden. Wir erwarten nun vom  
bauenden Publikum, daß es dafür sorgt, daß die Bauten bis zum  
19. Oktober verglast werden, damit die Töpfer ihre Arbeit un-  
gestört fortsetzen können. Die Kollegen sind verpflichtet, sich mit  
ihrer Arbeit so einzurichten, daß die Stude am Sonnabend, den  
17. Oktober, fertig sind. Am Montag, den 19. Oktober, darf auf  
den Bauten, welche nicht verglast sind, unter keinen Umständen die  
Arbeit wieder aufgenommen werden. Alle Bauvertrauensmänner  
sind verpflichtet, sofort am 19. Oktober ihre Bauten im Streik-  
bureau, Gewerkschaftshaus, Saal I, in der Zeit von 9-4 Uhr zu  
melden und mitzuteilen: ob der Bau genügend, ungenügend oder  
gar nicht verglast ist und wieviel Kollegen auf dem Bau beschäftigt  
sind. Von den Bauten, welche ungenügend oder gar nicht verglast  
sind, müssen die Kollegen namentlich gemeldet werden und muß  
der Vertrauensmann die Verbandsbücher der Kollegen ein-  
sammeln und dem Streikbureau abgeben. Die Kollegen, welche  
am Sonnabend, den 17. Oktober, mit ihrem Bau fertig sind und  
somit arbeitslos werden, haben sich ebenfalls sofort am 19. Oktober  
unter Vorzeigung ihres Verbandsbuches in die Streiklisten ein-  
tragen zu lassen. Desgleichen die zurzeit arbeitslosen Kollegen.  
Alle Meldungen nach dem 21. Oktober werden in die Streiklisten  
nicht mehr aufgenommen und kommen somit für die Unterstützung  
nicht in Frage. Alle Streikenden haben sich täglich einmal zur  
Kontrolle zu melden, entweder bei ihrem Bauvertrauensmann oder  
im Streikbureau. Der Arbeitsnachweis fällt während des Fenster-  
streiks aus und wird während der Streikkontrollstunden mit er-  
ledigt. Die Verbandsleitung.

#### Die Bewegung in der Edelmetallindustrie.

Die in der Gold- und Silberwarenindustrie beschäftigten Ar-  
beiter und Arbeiterinnen versammelten sich am Donnerstagsabend  
in Kellers „Neue Harmonie“. Die Antwort der Arbeitgeber  
auf die letzten Vorschläge stand zur Beratung. Nach den Verhand-  
lungen konnte man annehmen, daß der Friede in der Edelmetall-  
industrie auf ein weiteres Jahr gesichert sei. In der Kommission  
hatte man sich schon geeinigt. Die Vertreter der Arbeitgeber  
 wollten in ihrem Verbandsbuch eintreten, daß der bisherige Tarif  
 auf ein Jahr verlängert werde, aber mit dem neuen Arbeitgeber-  
 verbande (nicht mit der Innung wie bisher) abzuschließen sei. Die  
 Arbeiter erklärten sich damit einverstanden und waren einig-  
 mäßig übertrifft, als plötzlich eine strikte Ablehnung des in der  
 Kommission günstig aufgenommenen Vorschlages von Seiten des  
 Arbeitgeberverbandes kam. Die „Arbeitszeitung“ schrieb schon  
 davon, daß der Friede gesichert sei und in gleicher Weise äußerte  
 sich die „Deutsche Goldschmiedezitung“. Da kommt plötzlich die  
 Antwort, daß die Arbeitgeber einstimmig beschlossen hätten, an der  
 Resolution ihrer Verbandsversammlung vom 16. September festzu-  
 halten. In dieser Resolution erklärten sie sich gegen jeden Abschluß  
 eines Tarifvertrages mit dem Deutschen Metallarbeiterverband,  
 betonen aber zugleich, daß es nicht in ihrer Absicht liege, die be-  
 stehenden Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Sie sprechen von  
 den „Herrn und Agitatoren“, die Unfrieden stiften und denen  
 man ein Gegengewicht halten müsse. Die zurzeit bestehenden Lohn-  
 und Arbeitsbedingungen sollen in einer Arbeitsordnung niedergelegt wer-  
 den. — Diese Beteuerungen erwecken aber kein Vertrauen unter  
 den Arbeitern, die ihre bestehende Forderung, die Verlängerung  
 des alten Vertrages, aufrechterhalten. Otto Handke, der  
 Referent des Abends, fragte, welche Gründe die Arbeitgeber be-  
 wegen haben mögen, plötzlich wieder eine strikte ablehnende Hal-  
 tung einzunehmen, und er erklärte, daß allem Anschein nach der  
 Beschluß von Pforzheim, der Zentralstelle des Arbeitgeber-  
 verbandes für die Gold- und Silberwarenindustrie Deutschlands,  
 den Berliner Arbeitgebern diktiert worden ist. Von dort aus wird  
 die Taktik bestimmt. So berichtet jüngst eine süddeutsche Zeitung,  
 daß es in Hanau gelungen sei, in der Gold- und Silberwaren-  
 industrie einen Tarifvertrag auf zwei Jahre, bis 1910, abzu-  
 schließen, aber von Pforzheim aus wurde es untersagt, daß die  
 Bezantw. Redakt.: Georg Davidsohn, Berlin. Inzeratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Dienstag 2. Seite u. Unterhaltungsbl.

Arbeitgeber sich darauf festlegen. Dieselben Unternehmer, die sich  
 so straff wie möglich zu organisieren versuchen, wollen verhindern,  
 daß sich die Arbeiter in Verbänden fest zusammenschließen. Die  
 Unternehmer wollen ihre Wünsche um jeden Preis durchsetzen.  
 Verschiedene Bestimmungen im Tarif sind ihnen sehr un bequem  
 geworden, sie wollen keine Beschränkungen in bezug auf die Ueber-  
 stunden, hauptsächlich aber wöden sie von einem Minimallohn nichts  
 mehr wissen. In ihrem Verbandsstatut haben sie Bestimmungen,  
 die weit in die Rechte der Arbeiter, besonders bei Streikfällen, hin-  
 eingreifen. Auf die Berliner Bewegung blickt man gegenwärtig in  
 ganz Deutschland, und jetzt fragt es sich, welche Stellung die Ar-  
 beiter gegenüber der Ablehnung ihrer Vorschläge einnehmen sollen.  
 Der Beschluß der Unternehmer ist nicht bindend für die Arbeiter,  
 solange diese zum Widerstande bereit sind. In der Kommission  
 wie in der Vertrauensmännerkonferenz ist man zu bestimmten  
 Entschlüssen gekommen, deren Ausführung in den nächsten Tagen  
 schon viel Klarheit über die Situation schaffen wird. Man wird  
 erkennen, ob der Arbeitgeberverband in Berlin überhaupt so stark  
 ist, wie er sich den Anschein gibt. Es soll jetzt versucht werden, bei  
 den einzelnen Unternehmern — und viele gehören nicht zum  
 Arbeitgeberverbande — durchzusehen, was der Verband verweigert.  
 Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung der Gold- und Silberarbeiter nimmt  
 Kenntnis von dem Schreiben des Arbeitgeberverbandes, nach  
 welchem derselbe ein Tarifverhältnis mit dem Deutschen Metall-  
 arbeiterverband ablehnt. Mit dieser Ablehnung, die Kündigung  
 des Tarifes zurückzuziehen, hat der Arbeitgeberverband bewiesen,  
 daß er früher oder später eine Verschlechterung der durch den  
 Tarif festgelegten Arbeitsverhältnisse beabsichtigt. Um die Ver-  
 einigung der einzelnen Arbeiter kennen zu lernen, beschließt die  
 Versammlung, daß bei jeder Firma eine Kommission der dort  
 beschäftigten Kollegen die Anerkennung des gegenwärtigen Tarifes  
 auf ein weiteres Jahr fordert. Bei den Firmen, wo die An-  
 erkennung verweigert wird, muß eine Werkstattbesprechung sofort  
 stattfinden und ein den bestehenden Verhältnissen entsprechender  
 Beschluß gefaßt werden. — Die Versammlung erkennt aber auch  
 an, daß nur eine gut organisierte Arbeiterschaft in der Lage ist,  
 dem schädlichen Treiben der Arbeitgeberorganisation erfolg-  
 reichem Widerstand zu leisten und verpflichtet sich deshalb, für  
 die Ausbreitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in jeder  
 Hinsicht Sorge zu tragen.“

Die folgende kurze Erklärung ist den Arbeitgebern zur Unter-  
 schrift schon gestern (Freitag) vorgelegt worden:

„Unterzeichneter Firma erklärt, den im Jahre 1906 zwischen  
 der Juwelier-, Gold- und Silberschmiedezinnung einerseits und  
 dem Deutschen Metallarbeiterverband (Ortsverwaltung Berlin)  
 andererseits abgeschlossenen Tarifvertrag bis zum 1. Oktober  
 1909 anzuerkennen.“

Die Unterschrift wird bis Sonnabend mittag erwartet.

### Dem Bestreben nach einer erweiterten Sonntagsruhe im Photo- graphenberufe.

über das wir wiederholt ausführlich berichtet, dients am Donner-  
 tag wieder eine öffentliche Photographenversammlung. Es war  
 ein Vertreter der Handwerkskammer erschienen.

Vorur in die eigentliche Tagesordnung eingetretene wurde,  
 machte Hänlein einige Mitteilungen über die Arbeitsvermit-  
 lung. Das Bureau der organisierten Photographen ist jetzt, wo sie  
 die Filiale VI des Verbandes der Steinbruder, Lithographen und  
 verwandten Berufe bilden, mit dem Hauptbureau des Verbandes  
 vereinigt. Ein persönlicher Verkehr auf dem Bureau in der Art  
 wie früher sei nicht möglich. Die arbeitslosen Kollegen müßten sich  
 Engländer 15, Zimmer 67/68 melden. Sie würden brieflich benach-  
 richtigigt, wohin sie sich zu bemühen hätten, um Stellung zu be-  
 kommen. Die Stellenvermittlung könne aber nur bei Mithilfe  
 der Kollegen gut funktionieren. Freiwerdende Stellen, von denen  
 die Kollegen erfahren, seien schnellstens brieflich oder telefonisch  
 dem Bureau zu melden. Ebenso schnell sei Meldung zu machen, ob  
 eine Stellung angenommen oder nicht angenommen sei. Die  
 arbeitslosen Mitglieder seien verpflichtet, sich im Zimmer 67/68  
 zur Kontrolle zu melden. Zur Frage der Erweiterung der  
 Sonntagsruhe referierte Genosse H. a. O. Er erinnerte an die  
 Kämpfe im kaufmännischen Berufe, namentlich an die um den  
 früheren Sonntagsruhe. Lauten Beifall löste seine Mitteilung aus,  
 daß der Polizeipräsident den Aktueladenschluß für alle Branchen  
 erklärt habe und daß er am 1. November bereits in Kraft trete.  
 Das müsse für die Photographen ein ganz besonderer Ansporn sein,  
 mit aller Kraft für ihre Forderung einzutreten, für den Zwölfs-  
 uhrgeheimnis. Die vom Verband veranstaltete Umfrage bei  
 den Prinzipalen habe übrigens gezeigt, daß eine größere Anzahl  
 Chefs, besonders auch Inhaber größerer Geschäfte, sich für den  
 Mittagsruhe erklärt hätten, allerdings nicht für den um 12 Uhr,  
 sondern für den um 2 Uhr. Die Gehilfen könnten versichert sein,  
 daß die Arbeiterschaft Groß-Berlins auf ihrer Seite stehe und sie  
 unterstützen würde, wenn es nötig werde. Redner zerpflückte die  
 bekannten Einwände der einsichtlosen Chefs und appellierte an  
 die Versammelten, jeden Weg zu beschreiten, der zum Ziele führe!  
 (Lebhafte Beifall.)

Es sprachen dann noch Hänlein, Barh und Isra-  
 lowicz im Sinne des Referats. Es wurde betont, daß man  
 jetzt bei allen Bestrebungen zur Verbesserung der Lage im Verband  
 der Steinbruder, Lithographen und Berufsgegnossen einen stärkeren  
 Rückhalt habe. Das treffe auch zu auf das Eintreten für den  
 früheren Sonntagsruhe. Wer deswegen gemächert werde, könne  
 auf ausreichende Unterstützung rechnen. Der Verband verlange aber  
 auch ernste Pflichten. Folgende Resolution wurde ein-  
 stimmig angenommen:

„Die versammelten Photographengehilfen verpflichten sich,  
 unmissverständlich für die Erweiterung der Sonntagsruhe einzu-  
 treten. Um auch die noch rüchständigen Arbeitgeber zur Kür-  
 zung der Sonntagsarbeit zu zwingen, verpflichten sie sich, kein  
 geschlechtstunfähiges Mittel anzuwenden zu lassen. Vor allem ver-  
 pflichteten sie sich, für die Organisation der Photographengehilfen  
 im Verband der Lithographen, Steinbruder und verwandten  
 Berufe zu agitieren, um dann, wenn die Erweiterung der Sonntags-  
 ruhe nicht durch die Zweidrittel-Mehrheit der Prinzipale er-  
 reicht wird, sie durch die Organisationshärte zu erreichen. Die  
 Versammelten sprechen die Hoffnung aus, daß die einschüchternen  
 Prinzipale auch weiter die Agitation für die Erweiterung der  
 Sonntagsruhe unterstützen.“

#### Achtung! Herren-Konfektionshändler!

Die Firma Rappolt u. Söhne in Hamburg (Sport-  
 konfektion) hat eine Anzahl Berliner Konfektions-  
 schneider mit dreijährigem Kontrakt engagiert, und zwar zu  
 anderen Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie die mit unserer Orga-  
 nisation vereinbarten, die bis 1. Juli 1910 Gültigkeit haben. Wir  
 ersuchen daher die Kollegen, auf derartige Arbeitsangebote nicht  
 einzugehen.

In Hamburg ist außer bei der Firma Rappolt u. Söhne für  
 Konfektionshändler fast gar keine Arbeitsgelegenheit. Bei der  
 Lösung des Arbeitsverhältnisses in diesem Hause wären unsere  
 Kollegen gezwungen, Hamburg zu verlassen. In Hamburg selbst  
 sind zurzeit genügend Konfektionshändler vorhanden. Die Firma  
 will den Arbeitsmarkt künstlich und höchst überflüssigerweise be-  
 leben. Wenn ihr das glückt, dann haben die Schneider die Kosten  
 in Gestalt von Lohnabzügen zu tragen.

Wir rüchten daher an alle Konfektionshändler die dringende  
 Mahnung, Hamburg zu meiden und sich unter keinen Umständen  
 auf Verträge mit der Firma Rappolt u. Söhne einzulassen. Bei  
 Arbeitsangebot nach Hamburg bitten wir, uns hiervon Mitteilung  
 zu machen.  
 Verband der Schneider. Ortsverwaltung Berlin.

Sum Streit der Fensterputzer bei der Firma Otto Arnheim  
 u. Co. Verschiedenen Anfragen Rechnung tragend, weisen wir  
 darauf hin, daß der Streit mit einem vollen Sieg für die Arbeiter

beendet ist. Folgende Lohnsätze kommen nunmehr in Betracht:  
 Geübte Fensterputzer, welche nachweislich ein Jahr in der Branche  
 tätig sind, erhalten einen Anfangslohn von 23 M. pro Woche,  
 steigend von 6 zu 6 Monaten um 1 M. pro Woche bis zum Höchst-  
 lohn von 26 M. Lehrlinge erhalten im ersten Monat 16 M.,  
 im zweiten Monat 17 M., im dritten Monat 18 M., im vierten  
 Monat 19 M. und im fünften Monat 20 M. pro Woche. Hierauf  
 steigend um 50 Pf. pro Monat und Woche, so daß nach einjähriger  
 Tätigkeit der Anfangslohn für geübte Putzer gezahlt werden muß.  
 Ueberstunden werden mit 60 Pf. und Nacharbeit mit 1 M. pro  
 Stunde bezahlt. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden täglich. Putzer,  
 die zwei Jahre im Betriebe tätig sind, erhalten drei Tage Urlaub  
 ohne Abzug des Lohnes. Der 1. Mai gilt als Feiertag. Dieses  
 sind die Hauptmomente des Tarifes. Der Abschluß desselben ist  
 für Berliner Verhältnisse als besonders günstig zu bezeichnen.  
 Recht einer Lohnerhöhung von 1 M. pro Woche tritt noch eine  
 stufenweise Erhöhung des Lohnes von 1 M. pro 6 Monate ein.  
 Den Arbeitern, welche schon jetzt 23 M. und mehr haben, wird ein  
 sofortiger Lohnaufschlag von 50 Pf. pro Woche gezahlt.

Auf Wunsch bestätigen wir Herrn Jesche, Fichtestraße, daß er  
 Streikarbeit nicht verrichtet hat.  
 Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin.

Achtung, Friseurgehilfen! Für Verbandsmitglieder gesperrt:  
 Rosenthal (Berlinschloßstr. 11), Bremmel (Oberföhrstraße,  
 Friseurstr. 1), Simon (Weißensee, Regstr. 25).  
 Verband der Friseurgehilfen Deutschlands. Zweigverein Berlin.

### Ausland.

#### Die Maßregelung städtischer Beamten in Amsterdam.

Die plötzliche Entlassung der drei Redakteure von „Het  
 Prinzenhof“ aus dem Dienst der Stadt Amsterdam hat selbst-  
 verständlich in der organisierten Arbeiterschaft eine lebhaft  
 Protestbewegung hervorgerufen. Dem Gemeinderat, der sich am  
 Mittwoch mit der Angelegenheit befaßten mußte, lagen Protest-  
 resolutionen von nicht weniger als 67 Organisationen vor, und  
 außerdem hatte eine öffentliche, von Tausenden besuchte Ver-  
 sammlung das brutale Vorgehen des Bürgermeisters und Ra-  
 gistrats aufs schärfste verurteilt. Im Gemeinderat brachte das  
 freisinnig-demokratische Mitglied Keteleaar einen Vorschlag  
 ein, der die Entlassung für ungerechtfertigt erklärte und Bürger-  
 meister wie Raggiatrat aufforderte, sie rückgängig zu machen. In  
 der Debatte war es außer Keteleaar nur unser Parteigenosse  
 W. B. B. der für die Rechte der Gemeindebeamten energisch  
 eintrat. Von der Liberal-liberalen Mehrheit, zu der sich bei der  
 Abstimmung auch ein Freisinnsdemokrat gesellte, nahm überhaupt  
 keiner des Wortes. Man war nur darauf bedacht, die Debatte so  
 schnell wie möglich abzubrechen und überließ die Verteidigung  
 seiner autoritären Maßregel lediglich dem Bürgermeister.  
 Obwohl die Entlassung lediglich mit der Veröffentlichung  
 zweier Artikel im Vereinsorgan begründet worden war, brachte es  
 der Bürgermeister fertig, einem der Entlassenen grobe Vernach-  
 lässigungen seines Dienstes vorzuwerfen. Seine Behauptungen,  
 darunter die, daß unser Parteigenosse Gulden während seiner  
 Dienstreise in Cafés herumgesehen habe, waren aber durchaus  
 wahrheitswidrig. Dieser Entlassene ist seit fünf Jahren Total-  
 abstinenzler und wenn er tagsüber einmal ein Café aufsuchte, so  
 brachte das seine Beschäftigung im Abenddienst des Telephon-  
 wensens mit sich. Ebenso hat derselbe Bürgermeister vor einigen  
 Jahren ebenso leichtfertig und grundlos einen Feuerwehrmann  
 eines Diebstahls beschuldigt, und gleich darauf wurde nachgewiesen,  
 daß dieser Mann nur eine Sache an sich genommen hatte, die sein  
 Eigentum war.

Die Debatte endete damit, daß Ketelears Vorschlag mit 28  
 gegen 10 Stimmen abgelehnt wurde. Danach ist das schändliche  
 Vorgehen der obersten Stadtbehörden von der Gemeinderatsmehr-  
 heit gutgeheißen. Das kann für die Arbeiterschaft natürlich nur  
 ein Ansporn sein, ihre gewerkschaftlichen und politischen Organi-  
 sationen so zu stärken, daß ihre Macht dem Rechte Geltung ver-  
 schafft.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Der Ballon „Blauen“ gerettet.

London, 16. Oktober. (W. T. B.) Der vermifchte Ballon  
 „Blauen“ von der Berliner Ballonkonkurrenz ist heute abend  
 mit seinen beiden Insassen durch den Fischerdampfer „Rudy“  
 in Gull eingebracht worden. Der Ballon wurde am Mittwoch  
 in der Nordsee aufgespist.

### Die kaiserliche Saalburgstraße.

Frankfurt a. M., 16. Oktober. (W. T. B.) Nachdem das  
 Projekt einer Taunus-Automobilfahrt in der bisherigen  
 Form fallen gelassen worden ist, soll nunmehr der Bau einer  
 kurzen, breiten Straße von einer Länge von 25 Kilometer  
 im Taunus geplant werden. Die Kosten dieser Straße stellen  
 sich ganz erheblich niedriger, als die der alten, 50 Kilometer  
 lang projektierten. Die neue Straße soll, laut „Frankfurter  
 Zeitung“, in der Nähe der Saalburg angelegt werden. Ein  
 Komitee aus Mitgliedern des Vereins der deutschen Motor-  
 fahrzeugindustriellen und des Kaiserlichen Automobilklubs  
 soll das neue Projekt ausarbeiten.

### Neue Unruhen in Persien.

Taeris, 16. Oktober. (Melbung der Petersburger Telegr.-  
 Agentur.) Nachdem Ain ed Dauleh mit seinem Detachement un-  
 erwartet gelohsen ist, demolierten die Revolutionäre und der  
 Pöbel das dem Schah gehörige Gebäude, in dem Ain ed Dauleh  
 bis zu seiner Flucht gewohnt hatte.

### Der Herr Graf.

Wien, 16. Oktober. (W. T. B.) Der wegen Verpöpelung seiner  
 eigenen Tochter angeklagte Graf Raxell Weith wurde zu einem  
 Jahr schweren Kerlers verurteilt und seine Frau freigesprochen.

### Schwere Unruhen in Spanien.

Madrid, 16. Oktober. (W. T. B.) Aus verschiedenen Landesteilen  
 kommen Nachrichten von schlimmen Unruhen. Besonders in der  
 Provinz Valencia haben die Fluten großen Schaden angerichtet.  
 Mehrfach sind Menschen in den Fluten sowie durch einstürzende  
 Häuser umgelommen.

### Waldbrände und Bahnkatastrophe.

Detroit, 16. Oktober. (W. T. B.) Hier wüthen fortgesetzt Wald-  
 brände. Ein von Presque Isle nach der Ortschaft Mey gesandter  
 mit Flüchtlingen besetzter Bahnzug entgleiste und verbrannte. Nach  
 den letzten Meldungen fanden dabei 300 Personen den Tod.

Detroit, 16. Oktober. (W. T. B.) Der infolge der Wald-  
 brände in der Nähe von Presque Isle verbrannte Eisenbahnzug  
 war hauptsächlich mit flüchtenden Frauen und Kindern angefüllt.  
 In den Trümmern des Zuges wurden fünfzehn verkohlte Leichen  
 gefunden.

### Eisenbahnzusammenstoß.

Petersburg, 16. Oktober. (W. T. B.) Auf der Station Wome-  
 ranje der Nikolaibahn rammte ein Moskauer Personenzug infolge  
 falscher Weichenstellung auf einen Güterzug auf. Hierbei wurde  
 eine Person getötet; sieben wurden schwer verletzt.



Der Nürnberger Parteitag in den Organisationen.

Die Parteigenossen in Köln haben in drei Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins sich mit dem Bericht über den Nürnberger Parteitag befaßt.

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Köln-Stadt und Köln-Land erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitag in Nürnberg einverstanden.

In zwei Mitglieder-Versammlungen beschäftigte sich der sozialdemokratische Verein in Flensburg eingehend mit dem Bericht vom Parteitag in Nürnberg.

Die Mitglieder-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins in Nürnberg erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitag in Nürnberg einverstanden.

In Lübeck tagten zwei sehr gutbesuchte Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins.

Kleines feuilleton.

Albrecht v. Haller. Am 16. Oktober sind 200 Jahre vergangen — lesen wir im „Globus“ — seitdem Albrecht v. Haller in Bern das Licht der Welt erblickte.

In Bern wird am 16. Oktober ein Haller-Denkmal eingeweiht, in schönen Reden wird derselbe Mann gepriesen, gegen den nach seinem Tode noch eine Anklage wegen Unglaubens erhoben wurde und dessen Grabstätte niemand kennt.

Eine Schule für Weichensteller. Das Leben und die Sicherheit dieser hängt davon ab, daß der Weichensteller seinem Posten in jeder Hinsicht gewachsen sei.

berger Parteitag einverstanden. In der Budgetfrage steht sie auf dem Boden der Vorstandesresolution in dem Bewußtsein, daß dadurch die künftige Situation geklärt und am besten der Klassenkampfstandpunkt gewahrt wird.

In Altona (8. schleswig-holsteinischer Wahlkreis) hat die erste Versammlung, über die wir kurz berichtet haben, noch zwei Fortsetzungen gefunden.

Sodann wurde die schon mitgeteilte Resolution einstimmig angenommen, wonach die Versammelten sich mit sämtlichen Parteitagbeschlüssen, namentlich dem Beschluß in der Budgetfrage, einverstanden erklären und von allen Genossen fordern, diesen Beschlüssen Rechnung zu tragen.

Im 3. Hamburger Wahlkreise, bestehend aus den früheren Vororten und dem Landgebiet, haben bislang 17 Versammlungen zu den Parteitagbeschlüssen Stellung genommen.

Soziales.

Der entführte Lehrling.

Eine seltsame Entführungsgeschichte beschäftigte gestern die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Die Stempelfabrik von Bernhard Kochler klagt gegen den Lehrling S. sowie gegen dessen Vater auf Zahlung einer Vertragsstrafe von 300 M.

teilungen: die Allgemeinbildung und die Berufsbildung. Für die Weichensteller ist der Besuch beider obligatorisch.

Die Baumwollherzeugung der Welt hat im vorigen Jahre einen nicht unerheblichen Rückschritt gegen frühere Jahre zu verzeichnen gehabt.

zur Abweisung beider Klagen. Für die Klage gegen den Vater sei das Kaufmannsgericht gar nicht zuständig.

Gemeindebedienstete und Wahlbewegung.

Eine seltsame Blüte der Gemeindevahlbewegung ist in Nürnberg zu verzeichnen. Die städtischen Beamten und Bediensteten, die bisher eine willfährige Schutztruppe des Rathausfreijünns waren, sind mit diesem in Differenzen geraten.

Aus der Frauenbewegung.

Der Bund deutscher Frauenvereine und die Diensthofenfrage.

Die erste Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine, die vom 6. bis 9. Oktober in Breslau tagte, beschäftigte sich zu Anfang ihrer Beratungen mit den Berichten der verschiedenen Kommissionen.

die Tatsache, daß vor 120 Jahren Bestindien mehr als 1/3 des Weltbedarf lieferte und die Vereinigten Staaten nur 1 Proz.

Die Gassen des weißen Mannes. Die Arbeiter Amerikas haben von jeher schwer unter importierten Krankheiten und Kulturartikeln zu leiden gehabt, worunter das „Feverwaffer“ fast sprichwörtlich geworden ist.

Die Mistel ist unter den einheimischen Schmarotzerpflanzen wohl die bekannteste. Ungemein häufig wächst sie auf den Kiefern in den Wäldern der Umgegend Berlins.

Notizen.

Im Neuen Theater eröffnete am Donnerstag eine zweite sizilianische Truppe ein Gastspiel. Von ihr ist ungefähr dasselbe zu sagen wie von der ersten: viel natürliche schauspielerische Begabung, ein Repertoire von wüsten Schauerbrämen und eine Primadonna Mimì Agglia, die es mit ihrem früheren Kompanion Grassio in allem durchaus aufnimmt.



eindringlich vor Heberspannung der Lohnforderungen, weil den...  
Nun die Geschwindigkeit - einen der wunderbarsten Punkte der  
ganzen Dienstbotenfrage - wußte Herr Dr. Conrad so gut wie  
nichts zu sagen. Ihre Forderungen zur Besserung der Lage der  
Dienstangehörten beschränkten sich auf die konstante Sicherung  
einer bestimmten Ruhezeit, auf die Notwendigkeit der Befreiung  
der gewöhnlichen Stellenermittlung und die Gründung von ne-  
bentüch über das ganze Land ausgebreiteten kleinen Arbeitsnach-  
weisen. Die Anbahnung dieser Reformen sollte durch einen deutschen  
Hausfrauenbund erfolgen, zu dessen Gründung sie aufrief. Im  
übrigen trat sie für gemeinsame Organisation der  
Hausfrauen und Dienstboten ein.

Natürlich erntete dieses Referat lebhaften Beifall und vielfache  
Aufmerksamkeit in der Diskussion, die sich fast ausschließlich in dem  
gleichen alten und ausgefahrenen Gleise bewegte. Nur Fräulein  
Eise Lüders wagte eine Korrektur der allengrabensten Schiefheiten  
und Unrichtigkeiten des Vortrages. Insbesondere wendete sie sich  
scharf gegen das Einkommenverwehren, zu dessen Bekämpfung sie alle  
Hausfrauen aufforderte, ebenso gegen die in der Diskussion ge-  
forderten konfessionellen Vereine. Die Hausfrauen sollten das  
Koalitionsrecht ihrer Angestellten achten und die Dienstboten ihrer  
Gewerkschaftsbewegung nicht entgegen. Dieser lächerliche Vorstoß  
gegen die heiligsten Gefühle der deutschen Hausfrau verdammt sie - wie  
zu erwarten war - nicht wenig. Aus dem Widerstand aber, der  
hier von der Seite der bürgerlichen Frauenwelt Deutschlands den  
modernen Forderungen der Hausangehörigen entgegengesetzt wurde,  
mögen diese ersehen, eines wie jenen, zielbewußten Kampfes es  
noch bedarf, bis ihre gerechten Ansprüche allgemeine Anerkennung  
finden werden.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Nachmittags 4 Uhr:  
Ueber den Brenner nach Venedig.  
Abends 8 Uhr: **Montblanc.**  
Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:  
Von d. einfachsten Formen d. Lebens.

**Theater.**  
Sonabend, 17. Oktober.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Tann.  
Königl. Schauspielhaus. Die  
Habsburgerin.  
Deutsches. Ein Sommernachts-  
traum.  
Kammerspiele. Clavigo. (An-  
fang 8 Uhr.)  
Berliner Operetten-Theater SW.  
Cavanna.  
Löffing. Vater.  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Das  
Fräulein in Schwarz.  
Komische Oper. Tiffland.  
Neues Königl. Opern-Theater.  
Der Dorfparter.  
Friedrich-Wilhelmsstädt. Schan-  
spielhaus. Die zärtlichen Ver-  
wandten.  
Nachmittags 4 Uhr: Dormröschen.  
Berliner. Evvill. Ein Erinnerungs-  
fest.  
Neues. Ralla.  
Reizend. Schumanns die um Amelle.  
Kleines. Lady Frederick.  
Schibel. Nimm de l'enclos.  
Schiller O. (Königl. Theater.)  
Der Familientag.  
Schiller Charlottenburg. Julius  
Cäsar.  
Thalia. Das Ritterschmädchen.  
Friedrich-Wilhelmsstädt. Die Tür ins  
Freie.  
Neues Operetten. Die Dollar-  
prinzessin.  
Trianon. Die Liebe wacht.  
Berthold Hofe. Das Räuber von  
Halsbrunn.  
Nachmittags 4 Uhr: Nostädthchen.  
Luisen. Freiheit.  
Nachmittags 4 Uhr: Max und  
Moritz.  
Bürgerl. Schauspielhaus. Ge-  
schlossen.  
Apolo. Ein Sonntagmorgen in  
Rußland. Sera Violetta. Spe-  
zialitäten.  
Metropol. Donnerwetter - tadel-  
los.  
Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden  
Bindelbands.  
Vollage. Spezialitäten.  
Kasino. Familie August Knoche.  
Spezialitäten.  
Kaufhof Behrens. Keine Cash!  
Ausgezeichnete! Spezialitäten.  
Folies-Caprice. Die Brautjungfer.  
Die lästige Witwe.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Nichtschalten. Berliner Sänger.  
Wahalla. Spezialitäten.  
Urania. Tauentzstraße 18/19.  
Abends 8 Uhr: Der Montblanc.  
Nachmittags 4 Uhr: Ueber den  
Brenner nach Venedig.  
Sternwarte. Invalidenstr. 67/68.

**Neues Theater** 8 Uhr:  
Geschick d. ägyptischen Tragödin  
**Mimi Aguglia.**  
**Malia (Die Behexte).**  
Sonntag: Malia (Die Behexte).  
Montag: La Peccatrice (Die Sän-  
berin).  
Dienstag: Cavalleria rusticana  
(Bauerntanz) und J. Casanova.  
**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**2 mal 2 = 5.**  
Sonntag: 2 mal 2 = 5.  
Montag: 2 mal 2 = 5.  
Dienstag: 2 mal 2 = 5.  
**Residenz-Theater.**  
- Direktion: Richard Alexander. -  
Zum erstenmal:  
„Kümmere Dich um Aurelie.“  
Schwan in drei Akten (vier Bildern)  
von Georges Feydeau.  
Morgen u. Joly. Tage: Kümmere  
Dich um Aurelie.  
Sonntag 3 Uhr: Haben Sie  
nichts zu verkaufen?

In Californien haben die Frauen die Parteien der Republi-  
kaner und Demokraten aufgefordert, eine Erklärung im Partei-  
programm zugunsten des Frauenwahlrechts aufzunehmen. Auf  
dem Parteitag der Republikaner wurde der anwesenden  
Frauendelegation das Anerbieten gemacht, sich mit der Forderung  
eines begrenzten Wahlrechts für Frauen zu begnügen. Das  
wies die Delegation sofort zurück, und für mehr waren die  
Republikaner nicht zu haben. Die Demokraten gingen etwas weiter  
als die Republikaner; sie beschloßen, ihre Kandidaten bei der Wahl  
im November zu verpflichten, für eine - Volksabstimmung ein-  
zutreten, die über die Frage des allgemeinen Frauenwahlrechts  
entschieden solle. Vor etwa acht Jahren fand in Californien eine  
solche Abstimmung statt und das Volk, das heißt die Männer, ent-  
schieden gegen das Frauenwahlrecht. Rückhaltlos tritt nun die  
sozialdemokratische Partei in Californien wie anderwärts für die  
Frauenrechte ein. Im Programm der Sozialisten für die kommen-  
den Staatswahlen heißt es: „Wir bestreiten das allgemeine  
gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen und verpflichten uns  
zu einer eifrigen Propaganda in dieser Richtung.“

**Eingegangene Druckschriften.**  
Moralische Idioten und deutsche Sachverständige von R. Lehmann.  
50 Bf. Verlag E. Klettner in Stralburg.  
Das Brandmal Rom, Roman von Giovanni Succarini. Geb. 3 R.  
geb. 4 R. Verlag E. Klettner in Leipzig.  
Ueber allen Dingen. Gedichte. 241 Seiten. 1,50 R. Ver-  
lag E. Klettner in Leipzig.  
Eisenbahner-Kalender 1909 (Österreich) 1 R. Verlag der „Eisen-  
bahner“. Wien, Yentzstraße 5.  
Zur Festschrift. Enquete der Stadt Zürich 1907/08. 46 Seiten.  
„Wasser-Verkehr“ in Basel (Schweiz).  
Der Kampf, 2. Jahrg. Heft 1. Sozialdemokr. Monatschrift Oster-  
reichs. Einzelh. 50 Heller. Jahrl. 6 R. Verlag Wien, Mariahilferstr. 89.  
Die Gaidinländer. Roman von R. D. Barthe. Geb. 4 R., geb.  
5 R. Verlag L. Seemann in Leipzig.

**Schiller-Theater.**  
O. (Wallner-Theater.)  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Lustspiel in 3 Akten v. Gustav Kadelburg.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der rote Leutnant.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Sonabend, abends 8 Uhr:  
**Julius Cäsar.**  
Trauerspiel in 5 Akten von  
William Shakespeare.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Gütz von Berlichingen.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Julius Cäsar.**  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Julius Cäsar.**

**Zirkus Schumann.**  
Heute Sonabend, 17. Oktober, abends präz. 7 1/2 Uhr:  
V. Grande Soiree High Life - Gala-Programm.  
Sensationelle neue Debuts. U. s.:  
Zum 1. Male der Oeffentlichkeit vorgeführt.  
**John** der mehrfach prämierte  
dressiert und vorgeführt von dem Polizisten Bonel I.  
Größte **Muffa** arabisches Dromedar in der hohen  
Novität: Schule dress. und ger. von **Mr. Florio**.  
Sonntag: 2 Gala-Vorstellungen. Nachm. ein Kind frei.

**Brauerei-Ausstellung**  
der Versuchs- und Lehranstalt für Brauerei in Berlin  
10. bis 18. Oktober  
Institut für Gerüingewerbe, N. Secstr.  
**Brauerei-Maschinen-Ausstellung**  
**Internationale Gersten- u. Hopfen-Ausstellung**  
**Wissenschaftliche Ausstellung**  
Geöffnet 9-5 Uhr Eintritt 3 Mark  
Straßenbahnlinien: Nr. 22, 24, 25, 16, 23, 29, 31, 32, 42, 63.

**Grand-Hotel-Festsäle**  
Am Alexanderplatz. B. Jelmlich.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:  
Wih. Wolffs Hamburger Sänger.  
Anfang Sonntags 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.  
Eintritt 30 Pfennig. 2161b\*  
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

**Berliner Eis-Palast**  
Lutherstraße 22/24. - Ständige Eisbahn.  
Täglich bis 1. Mai 1909 von morgens 10 Uhr bis  
nachts 12 Uhr geöffnet. - Täglich: Großes Konzert.  
Abends 9 und 10 Uhr: Aufstretten erster Kunst-  
läufer und -Künstlerinnen, u. a. 9 1/2; Nadja Franck.  
Montag ab 8 1/2 Uhr: Elite-Abend, Entree 2 Mark.

**Castan's Panoptikum**  
Friedrichstraße 165  
Ohne Extra-Entree!  
**8 Zwerge!**  
Vereinsbillets: Halbe Preise.

**XIV. Saison!**  
**Zirkus Busch.**  
Sonabend, 17. Oktober 1908,  
abends präzise 7 1/2 Uhr:  
Gala-Abend.  
Nur noch kurze Zeit. Um 9 Uhr ca.:  
**Mr. Houdini**  
**Die Uesses!**  
Herrn Ernst Schumanns Reudress.  
Mathilde Konz, Schultzeleiterin.  
Um ca. 10 Uhr:  
**Barbarossa!!**  
Dr. Original-Anstaltungs-Band.  
des Juras Busch in 6 Akten.  
Sonntag: Zwei Gala-Vorst.

Stationen	Stations- nummer	Wohn- station	Wasser- stand	Stations- nummer	Wohn- station	Wasser- stand	
Swinemünde	767 D	3 bedekt	10	Spangenda	771 G	2 Regent	4
Damberg	767 DGD	2 bedekt	9	Getterburg	773 D	1 bedekt	4
Berlin	766 RD	2 bedekt	10	Sciely	759 GD	2 Regent	14
Franke a. M.	764 RD	1 bedekt	10	Übersee	766 SHL	Kabel	10
Potsdam	768 RD	3 bedekt	8	Paris	768 DGD	1 wolkent	9
Wien	763 RD	1 halb bed.	9				

**Wetterprognose für Sonnabend, den 17. Oktober 1908.**  
Ein wenig kühl, ziemlich trübe und neblig bei mäßigen nordöstlichen  
Wind; keine wesentlichen Niederschläge.

**Wasserstands-Nachrichten**  
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom  
Berliner Wetterdienst.

Wasserstand	am 15. 10.	am 16. 10.	Wasserstand	am 15. 10.	am 16. 10.
Remel, Müll	156 cm	-1 cm	Saale, Großh.	70	0
Bregel, Anstetter	-18	+3	Havel, Spandau	55	0
Sehjel, Thom	-	-	Havel, Potsdam	20	-1
Oder, Kallher	95	+1	Spree, Spremberg	-	-
Strofen	60	-3	Bestow	68	0
Frankfurt	89	-1	Deiser, Müden	-100	+6
Wärthe, Schrum	22	-2	Rhein, Rhein-Neudorf	-32	-2
Lamböberg	12	-1	Rhein, Neudorf	370	0
Rege, Berthaus	-3	+2	Rand	154	-4
Elbe, Zeitz	-62	+1	Rhein, Neudorf	138	-3
Dresden	-178	+3	Radar, Heilsbrunn	32	-1
Borsb.	40	+2	Rain, Heilbrunn	103	-4
Ragdeburg	62	+4	Rosel, Zier	23	-1

+) + bedeutet Hoch, - Fall, - ? Unterpegel.

**X u. O-Beine**  
Verdeckt Triumph D. R. M. - Neu! - Keine Polster. Eleganz,  
bequem, Masse unbest. Angabe ob X oder O. Diskreter Versand.  
Prospekt gratis. Preis bei Vorauszahlung Mk. 3.50 portofrei, bei Nach-  
h. Mk. 2.95 portofrei. Adolf Benecke, Berlin W. 30/55, Frankstr. 2.

**Gebrüder Herrnsfeld-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.  
57 Kommandantenstr. 57.  
**Die beiden Bindelbands!!!**  
Komödie in 3 Akten  
von Anton und Donat Herrnsfeld.  
Vorher:  
**Kunstlerpartei. u. a.:**  
Madame D'Ormay's Ballettessen-  
Sextett. Reislers Original-Bavaria-  
Ensemble. Saratoff, Russe-Trio.  
Lena Nansen, Vertrags-Malerin.

**Palast-Theater**  
Burgstr. 24, 2 Min. v. Hpt. Stg.  
Größtes  
Spezialitäten-Theater Berlins  
3000 Personen fassend! 3000!  
Direktion: G. Wilan u. G. Ritter.  
**Antonie Gates.**  
Ycotha & Kapt. Grade  
Ling Ling Comp.  
und 12 Attraktionen.  
Angenehmer und amüsanter Ausen-  
halt für Familienpublikum.  
Entree 2, 1.50, 1 R. 75, 50 Pf.  
Vorzugskarten, halbe Preise, überall  
gratis.

**Wahalla-  
Variete Theater.**  
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal, Tor.  
Abends 8 Uhr:  
Das neue gr. Oktober-Program.  
Im Tunnel: Rognonskapelle u.  
Theaterbesucher das. freien Eintritt.

**Folies-Caprice** Linden-  
str. 132  
Durchschlagender Erfolg!  
**Die lästige Witwe.**  
Die Brautjungfer.  
Neu! Grünecke als Ver-  
teidiger in Strafsachen.  
Vorverk. 10-2 Uhr a. d. Kasse,  
bei Wertheim und Invalidendank.

**Vitascope-Theaters**  
Rixdorf, Röllkrug, Berliner Straße 1.  
Vornehmstes Theater Deutschlands. 500 bequeme, eleg. Sitze, Logen u. Gallerie.  
Hochinteressante Vorführung.  
Am Eröffnungstage erhält jeder Besucher ein Präsent im Werte von  
Drei Mark.  
**Bioscope-Theater-Gesellschaft m. b. H.**  
**Paul Drenke Nachfolger**  
**Otto Berlett**  
Hutfabrik  
Oranienstraße 172  
empfeht sein großes Lager in 35582  
**Hüten, Mützen, Schirmen, Pelzwaren.**  
Sämtliche hervorragenden Erzeugnisse  
des In- und Auslandes stets am Lager.  
Reparaturen schnell, sauber und billig.  
**Berliner Schweiz**  
Schillerwarte - Gosener Berge  
Vorher solte nächsten Sonntag Dampfvergnügen mit Rauch von Rosendel  
Nobiling, Jannowbrücke, für 60 Pf. mit u. zurück. Dort Konzeri u. Tanz-  
Abend herrliche Beleuchtung der Schillerwarte u. der Berge - 10/11 Uhr  
10 Uhr früh u. 2 1/2 Uhr mittags von dem Schulleid- u. Spreepalast.







# Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

Von Sonnabend, den 17. bis Dienstag, den 20. Oktober cr. solange Vorrat:

## Fleischwaren

Rotwurst . . . . . Pfund 45 Pt.  
 Zwiebel-Leberwurst . . . . . Pfund 45 Pt.  
 Berliner Mettwurst . . . . . Pfund 60 Pt.  
 Delikatess-Rotwurst . . . . . Pfund 80 Pt.  
 ff. Leberwurst Hallesche Art . . . . . Pfund 1.00

## Lebensmittel

**Kassler Rippespeer** . . . . . Pfund **80 Pt.**

Eisbein (Spitzbein) . . . . . Pfund 25 Pt.

## Fleischwaren

Holsteiner Schlackwurst . . . . . Pfund 1.10  
 Holsteiner Salami . . . . . Pfund 1.10  
 Lachsschinken . . . . . Pfund 1.50  
 Schinkenspeck . . . . . Pfund 1.00  
 Wiener Würstchen . . . . . 3 Paar 25 Pt.

Rehblätter . . . . . 1.75-2.50

Junge Hühner . . . . . 80 Pt. bis 1.10

Suppenhühner . . . . . 1.80-2.25

Oderbr. Fettgänse Pfd. 63-65 Pt.

Deutscher Kakao garantiert rein . . . . . Pfund **85 Pt. 1.10**

Haushalt-Schokolade in Tafeln und Blocks . . . . . Pfund **68 Pt.**

Anerkannt vorzüglichster Schuhputz.

# Immalin

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.



**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Eigene Betriebswerkstätten im Hause.

## Es liegt

in Ihrem eigenen Interesse, Ihren Bedarf an guter

:: Herren- und Knaben-Bekleidung ::  
 bei der Firma

**Leske & Lehrer, 78 Kottbuserdamm 78**

::: Spezialhaus guter Herren- und Knaben-Bekleidung :::  
 fertig und nach Maß

zu decken. Wir bitten Sie höflich, unsere großen Läger vor Ihren Einkäufen einer gefl. Besichtigung zu unterziehen.

Wir bringen eine unerreichte Auswahl in

Winter-Paletots					
1800	2000	2200	2400	2600	2800
3000	3200	3400	3600	3800	5500

Winter-Ulster				
2200	2400	2800	3200	3600
4000	4200	4400	4600	5000

### Winter-Loden-Joppen

650 800 950 1000 1200 1400 1600 1800 - 3000

Herbst-Anzüge					
1900	2100	2400	2600	2800	3000
3600	3800	4000	4200	4400	5800

Knaben- und Jünglings-Anzüge					
450	600	800	1000	1200	1400
1600	1800	2000	2200	2400	3800

Unerreicht groß sind unsere Läger in Stoffneheiten des In- und Auslandes zur Anfertigung feiner Herrenmoden nach Maß. Sämtliche bei uns bestellten Kleidungsstücke werden unter Leitung erster Meister in eigenen großen Betriebswerkstätten hergestellt. Wir richten die ergebene Bitte an unsere geschätzten Freunde und Gönner, uns Herbstbestellungen rechtzeitig zu übergeben, damit wir in der Lage sind, die uns bestellten Sachen aufs sorgfältigste ausführen zu können. Für tadellosen Sitz, beste Verarbeitung nur guter Stoffe und Zutaten übernehmen wir die weitgehendste Garantie.

### Unsere Grundsätze:

Wir verarbeiten nur gute reelle, ausgeprobte Fabrikate haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz werden stets das Neueste zum Verkauf bringen verkaufen nur zu billigen, aber streng festen Preisen haben auf jeden Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Original-Inserat!  
 Nachdruck verboten!

# Wir Leske & Lehrer

78 Kottbuser Damm 78

::: Spezialhaus eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung :::  
 fertig und nach Maß. Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf.

## Um schnell und vollständig zu räumen

habe ich die Preise bis zur Hälfte herabgesetzt.

Trotz der billigen Preise verfolge ich nach wie vor **Norden-Marken**

Einige Beispiele:

Engl. garnierte Damenbluse Wert bis 2.50 Mk. jetzt	<b>48 Pt.</b>	Wirtschaftsschürzen karierte Stoffe mit Volant, jetzt	<b>38 Pt.</b>
Mohair Kopffleisch farbig unterlegt, jetzt	<b>38 Pt.</b>	Reformschürzen für Damen, gute Qualität jetzt	<b>98 Pt.</b>
Tailentweber kariert, Wert bis 1.75 Mk., jetzt	<b>78 Pt.</b>	Handtücher Dreifach und Gerstenkorn, Wert Dtd. 7.50 jetzt 1/2 Dtd.	<b>2 55</b>
Kinderstrümpfe schwarz und geringelt alle Größen, Wert b. 75 Pt., jetzt	<b>28 Pt.</b>	Weisse Damen-Hemden mit Spitze jetzt	<b>68 Pt.</b>
Plattierte Wolle gute Qualität 1/2 Pfund jetzt	<b>68 Pt.</b>	Weisse Damen-Beinkleider mit breiter Stückerlei jetzt	<b>78 Pt.</b>
Kleiderstoffe glatt und gemustert Neuheit. Wert bis 3.90 Mk., jetzt Meter	<b>98 Pt.</b>	Rolltücher reines Jacquard 150 cm. lang, jetzt	<b>98 Pt.</b>

### Ein grosser Posten Teppiche

Pa. Axminster 8/16 Wert bis 16.- jetzt **6 85**

Pa. Axminster 10/14 Wert bis 22.- jetzt **9 50**

Anderer Qualitäten und Größen enorm billig.

### Ein grosser Posten Damen-Paletots

schwarz und farbig

Damen-Costüme Tuch und engl. Stoffe

zur Neuheit für die Hälfte des Wertes.

Geöffnet von 9-1 und 3-8 1/2 Uhr.

# H. Marcus

Reinickendorferstr. 14. (1096g)

**Dr. Schönemann**  
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.  
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

## Ohne jede Anzahlung

verkaufe ich **Pianos** erstklassiges Fabrikat (9x prämiert Staatsmed.), in allen Holz- u. Stilart, von wunderb. Tonfülle (Flügelton), geg. kleine monatl. Teilzahlung, ohne jed. Preisaufschl. Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftliche Garantie.

**Conrad Krause Nachf., Ansbacher Str. 1**  
 Eck Kurfürstenst. Tel. Ch. 10410  
 Auch Sonntags geöffnet.



### Für 1 Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert das Versandhaus Berliner Herren-Moden (nur Stralauerstr. 28.29, am Wolkenmarkt) Garderobe fertig u. nach Maß ohne Weisbaufähig. Verarbeitung halbbarer Stoffe unter Garantie für tadellosen Sitz. - Reich mit Wäskern jederart. - Wichtigste Wäskengänge, Valetors (Wanngarderobe) werden im Konsumhaus nur Frankfurter Allee 188, Ecke Mühlentor, zu billigen Kammernpreisen gegen Rolle verkauft. 1240



Spezial-Ausschank Berlin  
**Potsdamerstr. 127-128**  
 Ecke Eichhornstraße, nahe Potsdamer Platz

**KÖNIGL. HOFBRÄU**  
 München-Vorzügl. Küche z. klein. Preis.-Diners 1 M.-Vereinszimm.  
 Schenswürdigkeit **NEU!**  
 ersten Ranges!



Partei-Angelegenheiten.

Schifferversammlung.

Sonntag nachmittag 4 1/2 Uhr findet eine Schifferversammlung bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, statt.

Zur Lokalliste. Für die Vereine, speziell die Arbeiterradfahrer, bringen wir nachstehendes in Erinnerung: In Hallsen-Hagen-Seegebiet hat uns der Inhaber des bisher dort einzigen freien Lokals, Herr Schönberg, ohne Angabe von Gründen seine Räume entzogen;

Zur Lokalliste. Für die Vereine, speziell die Arbeiterradfahrer, bringen wir nachstehendes in Erinnerung: In Hallsen-Hagen-Seegebiet hat uns der Inhaber des bisher dort einzigen freien Lokals, Herr Schönberg, ohne Angabe von Gründen seine Räume entzogen;

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt, Abteilung III und IV. Um den Nacharbeitern der vielen im 2. Kreis belegenen Druckereibetriebe die Möglichkeit zu geben, sich mehr wie bisher politisch betätigen zu können, beabsichtigen wir, ihnen auf ihren Wunsch einen besonderen Jahrlabend einzurichten.

Zwecks weiterer Aussprache hierüber, findet morgen, Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 4), eine Zusammenkunft statt, in der Genosse Max Grunwald über „Die Notwendigkeit der politischen Organisation“ referieren wird.

Regen Besuch der Beteiligten erwarten Die Abteilungsführer.

Schüler Wahlkreis. Sonntag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei Volksversammlungen statt und zwar für Moabit im großen Saale der Prachstraße „Nord-West“, Wicelstraße 24.

Charlottenburg. Wir machen die Genossen darauf aufmerksam, daß am Montag in der 5. und 8. Gruppe die Ersatzwahlen für die Stadtverordnetenwahlen stattfinden und bitten, daß sich die Genossen zu der am Sonntag vormittag 8 1/2 Uhr stattfindenden Flugblattverbreitung einfinden, und zwar die Bezirke 1-6 in dem Lokale des Genossen Linde, Eesenheimer Str. 11, die Genossen der 7. und 8. Gruppe bei Gieseler, Reitelbedstr. 11.

Wilmersdorf-Halensee. Heute abend 8 Uhr findet von sämtlichen Bezirkslokals eine Flugblattverbreitung zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl und Volksversammlung statt. Es ist die unabwiesliche Pflicht aller Parteigenossen, sich rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

Nieder-Schönhausen. Am Dienstag, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal „Schwarzer Adler“, Inhaber Ullrich, Planenburgerstraße, eine Volksversammlung statt, in der Genosse Paul Göhre über das Thema „Kirche und Arbeiter“ spricht. Die Geistlichkeit ist hierzu schriftlich eingeladen.

Mahlsdorf. Am Sonntag, den 18. Oktober, früh 8 Uhr, findet für unseren Ort eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen von Mahlsdorf (Ost) treffen sich bei Dräger, Bahnhofstraße 10, Mahlsdorf (Süd) bei Lange, Köpenicker Allee.

Lichtenberg. Am Sonnabendabend 8 Uhr findet im Lokale von Anhold, „Schwarzer Adler“, Lichtenberg, ein Lichtbildvortrag von Herrn Direktor Krüger über die Dreptow statt. Wir ersuchen um zahlreiche Beteiligung.

Berliner Nachrichten.

Das Recht des Krankenhauses-Trankleimers.

Aus dem Krankenhaus Moabit berichteten wir (Vorwärts Nr. 239), daß dort plötzlich einer größeren Anzahl Schauerfrauen gekündigt worden sei. Wir sagten, anscheinend werde beabsichtigt, die bisher beschäftigten Schauerfrauen noch und nach sämtlich zu entlassen. Und wir fügten hinzu, den Schauerfrauen sei von „oben“ zu verstehen gegeben worden, daß man zur Reinigung der Anstaltsräume künftig statt der älteren Frauen nur noch jüngere Mädchen verwenden wolle, weil man sich hiervon Ersparnisse verspreche. Auf diese unsere Mitteilungen ist bisher von Rathaus aus keine Antwort erfolgt. Wir müssen hieraus den Schluß ziehen, daß es mit den Angaben, die uns gemacht worden sind, leider keine Richtigkeit hat. Die Annahme, daß tatsächlich der Wunsch zu sparen den Plan einer Ersetzung der älteren Frauen durch jüngere Mädchen habe reifen lassen, stütze sich darauf, daß junge Mädchen natürlich mehr Arbeit leisten können und sich vielleicht auch mit weniger Lohn abfinden lassen als die alten Frauen, die zum Teil noch für ihre Familie zu sorgen haben. Es ist aber da noch ein anderer Umstand, der es der Verwaltung als zweckmäßig erscheinen lassen könnte, die alten Frauen kurzerhand auf die Straße zu setzen.

Am es geradeheraus zu sagen: der Herr Verwaltungsdirektor Vorchart findet, daß diese Frauen zu viel Essen beanspruchen. Das Krankenhaus gewährt ihnen nämlich außer ihrem Lohn auch eine Verköstigung. Da sie aber nicht in der Anstalt wohnen, sondern ihren eigenen Haushalt führen — meist sind's ja Ehefrauen, die mitverdienen wollen, oder Witwen, die Brot für ihre Kinder heranschaffen müssen — so pflegen sie von der ihnen zukommenden Verköstigung mit nach Hause zu nehmen, was sie nicht in der Anstalt verzehren wollen oder können. Sie sind der Meinung, daß sie nicht nötig haben, der Krankenhauswirtschaft das zu überlassen, was doch einen Teil ihres Lohnes bildet. In der Anstalt würden die Reste ja nur in den Trankleimer wandern, um als Schweinefutter verwendet zu werden. Wer wird es den Schauerfrauen verdenken, daß sie mit den Speisen, die übrig bleiben, lieber daheim ihre Familie ernähren wollen? Der Herr Verwaltungsdirektor Vorchart verdenkt es ihnen. Wenn am Abend die Frauen nach Beendigung ihres Dienstes die Anstalt verlassen, kann's ihnen passieren, daß er auf der Lauer steht, um ihnen die Taschen zu durchsuchen. Immer

wieder erinnert er sie daran, daß die Ansprüche des Trankleimers auf die Speisereste respektiert werden müssen. Besonders verdrückt es ihn, daß auch Reste, die von anderen Angestellten übriggelassen wurden, manchmal von diesen den Schauerfrauen geschenkt werden. Wehe der Schauerfrau, in deren Tasche er mehr Speisen findet, als sie nach dem Quantum der ihr gewährten Verköstigung haben kann! Solche Beeinträchtigung der Rechte des Trankleimers darf nicht geduldet werden. Wenn vollends sogar Speisen, die von Kranken zurückgewiesen oder übrig gelassen wurden, durch Angestellte den Schauerfrauen eingehändigt werden, so betrachtet Herr Vorchart das geradezu als einen Diebstahl am Anstaltsvermögen. In den Trankleimer damit! so hält er's für richtig. Herr Vorchart hat sich die Mühe nicht verdrücken lassen, gelegentlich durch Inspizierung der Trankleimer festzustellen, daß am Montag reichlichere Semmelreste als sonst darin zu finden seien, weil am vorhergehenden Tage — dem Sonntag, an dem ja nicht geschauert wird — den Schauerfrauen die Möglichkeit gefehlt habe, die Reste an sich zu nehmen. All' dieser Verdruß bleibt dem Herrn Verwaltungsdirektor eripart, wenn die Frauen auf die Straße gesetzt und dafür junge Mädchen eingestellt werden. Die jungen Mädchen können nämlich in der Anstalt wohnen, während das bei Ehefrauen und Witwen nicht gut möglich ist. Wenn aber die Mädchen Wohnung in der Anstalt haben, fällt natürlich Anlaß und Gelegenheit weg, Reste hinauszutragen, und der Trankleimer kommt naturgemäß zu seinem Recht.

Den Schauerfrauen fehlt freilich das rechte Verständnis für den Herrn Verwaltungsdirektors Sorge um den Trankleimer, und sie machen sich über den Grund dieser Sorge allerlei Gedanken. Wir wollen hier öffentlich feststellen, daß der Trankleimer nicht etwa verschwendet wird. Er ist regelrecht an einen Unternehmer verpachtet, der ihn zur Schweinemastung verwendet und selbstverständlich ihn sich nicht schmälern lassen will. Im Augenblick wissen wir nicht, wieviel der Pächter — von dem übrigens die Schauerfrauen meinen, daß er zufällig ein naher Verwandter des Herrn Verwaltungsdirektors sei — für den Trank bezahlt. Aber sicher ist, daß die Stadt, je voller die Trankleimer werden, desto mehr Pacht fordern darf. Selingt es dem Herrn Verwaltungsdirektor, alle übrig bleibenden Speisen für den Trankleimer zu retten, so wird das dazu beitragen, daß bei einer Neuverpachtung mehr Pacht herausgedrückt werden kann. Das ist gewiß auch die Absicht des Herrn Direktors. Man ersieht hieraus, daß die Erziehung der bisherigen Schauerfrauen durch junge Mädchen auch vom Standpunkt des Trankleimers aus betrachtet manches für sich hat und Vorteil verspricht.

Mit Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit beschäftigte sich die zu diesem Zweck eingesetzte gemischte Deputation, der unsere Genossen Dupont und Glöde angehörten. In der ersten Sitzung am Mittwoch dieser Woche wurde zunächst zur Kenntnis genommen, daß erneut Verfügungen seitens der Dezerenten der einzelnen städtischen Verwaltungen behufs Inangriffnahme bezw. Beschleunigung aller bereits etablierten Arbeiten für die bevorstehenden Wintermonate erlassen werden sollen, um so weit als möglich Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Diesem soll noch besonders dadurch Nachdruck gegeben werden, daß der Magistrat für die Durchführung dieser Maßnahmen besonders Sorge trägt. Ein dahingehender Beschluß wurde einstimmig gefaßt, nachdem besonders von unseren Genossen auf den wenig durchgreifenden Erfolg solcher Verfügungen im vorigen Winter hingewiesen wurde.

Dem ausdrücklichen Verlangen unserer Genossen, Entlassungen in städtischen Betrieben, wie es in der Parkverwaltung bereits geschehen, nicht vorzunehmen, wurde dadurch entsprochen, daß versichert wurde, es sollten nicht nur nicht weitere Entlassungen erfolgen, sondern durch die Inangriffnahme des Schillerparks weitere Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Weitere sogenannte Notstandsarbeiten seien nicht in Aussicht genommen und, soweit es sich um unwirtschaftliche Unternehmungen handele, auch nicht gut möglich.

Der Begründung des der Deputation überwiesenen sozialdemokratischen Antrages auf durchgreifende Verkürzung der Arbeitszeit in allen städtischen Betrieben, um dadurch weitere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und der Arbeitslosigkeit zu steuern, wurde Wesentliches nicht entgegengelehrt, doch begnügte man sich mit der Erklärung des Oberbürgermeisters, daß die Sache „in der Schwebe“ sei und die Beratungen innerhalb des Magistrats doch erst zum Abschluß kommen müßten. In die Beratung der Punkte „kommunale Arbeitslosenversicherung nach dem Center System“ wurde nicht mehr eingetreten, sondern aufgegeben, zunächst mal eine durcgearbeitete und begründete Vorlage bezw. entsprechende Anträge innerhalb vier Wochen dem Magistrat einzureichen, die dann vervielfältigt und allen Mitgliedern der Deputation zugestellt werden. Dann sollen weitere Sitzungen folgen, die sich eingehend mit dieser Frage befassen.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ ist schon im voraus informiert über die geringe Aussicht, „daß in absehbarer Zeit mit positiven Vorschlägen an den Magistrat herantreten werde“. Das ist ein Trugschluß. Wie unsere Genossen in allen Fällen das einmal Begonnene, soweit es an ihnen liegt, durchzuführen bestrebt sind, so auch in diesem Falle. Es sind sofort alle Vorbereitungen getroffen worden, nachdem Klarheit geschaffen, daß von Seiten des Magistrats auch in dieser Sache eine Initiative nicht zu erwarten ist. Der begründete Antrag auf Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung wird also durch Einreichung einer wohl ausgearbeiteten Vorlage gestellt werden; wie die Stellung der Vertreter des Magistrats und der Bürgerlichen in der gemischten Deputation ist, wird sich ja dann zeigen. Durch Mehrheitsbeschluß der Stadtverordnetenversammlung ist diese Deputation aber dazu verpflichtet worden, auf das ernsteste die Möglichkeit einer solchen Versicherung zu prüfen.

Die Organisation des Ersten Berliner Rettungsheims für Trinkerfinder, von dessen vor vier Jahren in aller Stille erfolgten Gründung an dieser Stelle im vorigen Sommer berichtet wurde, hat inzwischen infolge des Bedruckes der Presse aller Parteirichtungen überraschend erfreuliche Fortschritte gemacht. Dieses schnelle Aufblühen eines aus den kleinsten Anfängen heraus zu den größten Erfolgen berufenen Instituts beweist, daß die Idee, die Kinder von Gewohnheitstrinkern aus dem Sumpfe ihres unglücklichen Familienlebens herauszunehmen, aber dem Haber der Alkoholpartei ein steht. Bisher war das Institut, das zu gleicher Zeit schon bis dreißig Trinkerfinder beherbergte, einzig auf die immerhin schwachen Kräfte seiner Gründerin, der Frau Oberin Anna Zeller, angewiesen. Nunmehr ist mit Hilfe vieler Freunde der Sache ein großzügiges Organisationsstadium geschaffen worden. In Berlin selbst und rings um Berlin sind zahlreiche Stützpunkte eingerichtet worden, von denen aus die Verhältnisse in Trinkerfamilien wachsam Auge beobachtet werden und der Alarm, daß Trinkerfinder in höchster Gefahr sind, an die Zentralkasse weitergegeben wird. Die Zentralkasse leitet dann auf dem schnellsten Wege die erforderliche Schritte ein. Für besonders eilige Notfälle haben verschiedene Leiter der Hilfsstationen sich bereit erklärt, Trinkerfinder in kurzfristige sichere Obhut zu nehmen, bis die Zentrale, die

ihre vorzüglich geleiteten Heime in Berlin, Luisenpark 121, und in Halensee, Joachim-Friedrich-Straße 7, unterhält, weitere Verfügung treffen kann.

Ein unredlicher Straßenbahnbeamter, der Bahnhofsvorsteher Mährke, ist kürzlich seines Dienstes im Betriebe der Großen Berliner Straßenbahn plötzlich enthoben worden. Mährke waltete seines Amtes als Vorsteher des Bahnhofes 20 in Treptow. Er ließ den Mitgliedern des direktionsfreundlichen Vereins, den Geldern, alle nur möglichen Vergünstigungen zukommen und zog dadurch eine Schar von Feindern und Spießgläsern heran. Diejenigen, die nicht zu den Günstlingen Mährkes gehörten, mußten dagegen die Lasten des Dienstes in ihrer ganzen Schwere fühlen. Mährke war, was sein Regiment über die Angestellten betrifft, so recht ein Mann nach dem Wunsche des Unternehmertums, eine hervorragende Stütze des herrschenden Systems. Jetzt ist diese Stütze in sich zusammengebrochen. Das kam so: Mährke hatte von den ihm unterstellten Leuten, die in Häusern der bei der Großen Berliner bestehenden Wagenwerkstatt wohnten, die Mieten einzuziehen. Anfang dieses Monats wurde die Entdeckung gemacht, daß Mährke die fälligen Mieten zwar eingezogen, aber nicht bei der Kasse abgeliefert hatte. Nach dieser Feststellung wurde Mährke sofort seines Dienstes enthoben. Als diese Tatsache unter dem Personal des Bahnhofes bekannt wurde, stellten sich noch andere Unredlichkeiten Mährkes heraus. Durch die Angabe eines Wagenwäschers kam man dahinter, daß Mährke eine Anzahl Wagenwäschers eingestellt und jedem 100 M. als Kaution abgenommen hatte, obgleich Wagenwäschers überhaupt keine Kaution zu stellen haben. Natürlich hat Mährke diese „Kautionsgelder“, im ganzen 2200 M. von 22 Wagenwäschern, für sich behalten. Aber noch auf andere Weise verstand es Mährke, Geld von seinen Untergebenen zu erlangen. Unter dem Vorgeben, er wolle das Geld sicher und vorteilhaft anlegen, hat Mährke verschiedene Fahrer und Schaffner veranlaßt, ihm ihre Ersparnisse, Beträge von 500 bis 3000 M. anzuvertrauen. Die Verträge taten das um so bereitwilliger, als sie von ihrem Vorgesetzten außer den in Aussicht gestellten Zinsen noch sonstige Vergünstigungen erwarteten. Wie viele Leute auf diese Weise hinter List gefahrt worden sind, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Einen Teil dieser „Anleihen“ sowie die erschwundenen „Kautionen“ soll Mährke bereits zurückgezahlt haben. Wie es heißt, ist er durch wohlhabende Verwandte mit den erforderlichen Mitteln versehen worden.

Nachdem Mährke nunmehr gestürzt ist, wird in den Kreisen der Straßenbahnangestellten noch mancherlei über ihn erzählt. So wird behauptet, daß einige der von ihm besonders begünstigten Gelben mehr Ueberstunden angefahren als sie wirklich gemacht haben. Mährke soll diese falschen Notierungen als richtig bezeichnet haben, so daß die Betroffenen mehr Lohn bekamen, als ihnen zustand. Ferner wird vermutet, daß Mährke bei den Wahlen zum Betriebsausschuß das Wahlschild der Gelben korrigiert habe, denn nur so kann man es sich erklären, daß die Wahlen, so lange Mährke Vorsteher des Bahnhofes 20 war, ganz andere Resultate hatten, als man nach dem Zahlenverhältnis der beiden Parteien der Angestellten erwarten mußte.

Als Ordnungsstütze angefangen und als Schwindler geendet. Das ist bitter.

Bersholzene Ballons.

Noch immer fehlen Nachrichten von den Ballons „Hergesell“ und „Plauen“.

Ein Telegramm aus Grimsby berichtet, daß der Dampfer „Winolia“ eingetroffen sei mit den Ueberresten eines Ballons an Bord, auf welchem in verschiedenen Sprachen ein Schriftstück angeheftet war, wonach die Auffindung des Ballons sofort bekannt gegeben werden möchte; leider aber konnte der Name des Ballons nicht eruiert werden.

Nach einer anderen Nachricht soll es sich um den in der Nordsee aufgefundenen Ballon „St. Louis“ handeln.

Aus Oster-Wanna (Provinz Hannover) ist gestern vormittag ein aus dem Ballon „Hergesell“ herabgeworfenes Telegramm eingegangen, das folgenden Wortlaut hat: „Hergesell“ 9 Uhr vormittag. Höhe 2100. Richtung und Ort unbestimmt; anschließend in Nähe der Küste. Pörrisch.

Das Telegramm stammt wahrscheinlich vom Dienstag. Sein Wert scheint sich deshalb darauf zu beschränken, daß es ein Lebenszeichen vom „Hergesell“ ist und den Ort andeutet, an dem der Ballon das Meer erreicht hat.

Aus Wilhelmshaven wird telegraphiert: Das Suchen nach den vermißten Ballons „Plauen“ und „Hergesell“ durch die abgeanderten Torpedoboote war durch Rebel sehrerquickend und bisher ohne Erfolg. Heute wird die jütlandische und die ostfriesische Küste abgesehen werden.

Dem Amsterdamer „Handelsblad“ wird aus Nieuwediep depechiert: Der Lotsendampfer „Amsterdam“ kehrte aus der Nordsee zurück, ohne eine Spur von den vermißten Ballons gefunden zu haben. Er fuhr wieder in die Nordsee zurück. Der Rangier „Wiet Hein“ und die Torpedoboote werden ihre Forschungen bis Freitag abend fortsetzen.

Ueber recht sonderbare Praktiken beim Programmverkauf im Zirkus Schumann

wurde uns dieser Tage aus unserem Leserkreise berichtet. Es wurde uns mitgeteilt, daß an das Publikum auf dem zweiten Platz und der Galerie alte Programme verkauft wurden, die mit dem an dem betreffenden Abend aufgeführten Programm in keinen Einklang zu bringen waren. Teils gingen die einzelnen Nummern durcheinander, teils fehlten einige, während an der Stelle der fehlenden andere Nummern gegeben wurden. Uns sind solche Programme vorgelegt worden und wir haben uns durch Augenblicke von der Tatsache überzeugt, daß diese Programme, die anfänglich auf den 12. September lauteten, mit Stempeln versehen wurden, die verschiedene Daten trugen. Der Käufer eines Programms ist natürlich der Meinung, für seine zehn Pfennige ein Programm zu erhalten, das für den betreffenden Abend gilt. Es ist sogar beobachtet worden, daß Programmverkäufer fortgeworfene Programme aufhoben in der offenkundigen Absicht des Wiederverkaufs. Ein solches Verfahren ist entschieden zu verurteilen. In ein recht krasses Licht wird diese wenig faire Geschäftshandhabung gerückt, wenn man erfährt, daß an die Besucher des ersten Platzes, der Sperrsitze und der Logen andere Programme verkauft werden, und zwar solche, die in der Tat auf den betreffenden Abend lauteten. Wir waren anfänglich geneigt, zu glauben, die Direktion des bekannten Instituts sei von dieser durchaus nicht zu billigen geschäftlichen Handhabung nicht unterrichtet und auch nicht damit einverstanden. Wir haben uns deshalb an die Direktion um Auskunft gewandt. Die Direktion ist uns aber eine Antwort schuldig geblieben und wir müssen daher annehmen, daß sie Kenntnis von diesem in ihren Räumen geübten, oben dargelegten Verfahren hat und dasselbe auch billigt. Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, öffentlich festzustellen, daß sich viele Personen durch den Verkauf alter Programme betrogen fühlen; sie erheben entschiedene Protest gegen Geschäftsmaximen, die zweifellos gegen Treu und Glauben verstoßen.

Eine gemeingefährliche Schwindlerin.

Die Kartenlegerin Klause aus der Sprengelstraße hatte sich Donnerstag wegen Betruges vor der 108. Strafkammer Berlin-Wedding zu verantworten. Das Opfer ist ein junges Dienstmädchen, der die Angeklagte in kurzer Zeit 180 M. abgeschwindelt hat. Das Mädchen suchte einen Bräutigam, hierzu erklärte sich die Angeklagte bereit, behilflich zu sein. Das Mädchen wollte gern 10 M. zahlen und willigte ein. Die Angeklagte legte ihr nun die Karten, beschrieb ihr verschiedene Mittel, u. a. Kräuter, die besonders zubereitet werden müßten; schrieb Briefe des „angebliehen



**Bedürftig, die stets die Anrede trugen:** „Siehe Wally!“ und worin ihr Betruer wurde, daß er sich bald vorstellen und einfinden werde. Für alle die Dienstleistungen hatte das Dienstmädchen 4—18 M. zahlen müssen. Als nun alles nichts half, machte das Mädchen die Entdeckung, daß sie einer Schwindlerin in die Hände gefallen sei, und stellte nun Strafantrag. Die Angeklagte erklärte auf Befragen, daß sie das Handweil von einem Schäfer gelernt und man ihr gesagt habe, sie könne damit viel Geld verdienen. Sie bespreche die „Rose“ und habe bei Kranken auch „Sympathie“-Erfolge zu verzeichnen. Daß bei dem Mädchen kein Erfolg zu verzeichnen ist, sei nicht ihre Schuld. Der Amtsanwalt beantragte drei Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof schloß sich dem an; daß auf keine höhere Strafe erkannt wurde, hatte die Angeklagte nur ihrer bisherigen Unbedachtlichkeit zu verdanken.

**Ein schweres Brandunglück** ereignete sich gestern mittag in dem Hause Grenadierstr. 2. Im Vorderhause des dritten Stockes wohnt der Kleiner Max Kaufhaus mit Frau und vier Kindern. Während der Mann seiner Arbeit nachging, besuchte Frau L. die Markthalle und mußte drei noch nicht schulpflichtige Kinder allein in der Wohnung zurücklassen. Bald erscholl aus der Wohnung ein Jammergeschrei und als Hausbewohner zu Hilfe eilten, schlugen ihnen bereits helle Flammen entgegen. Die Feuerwehr war bald zur Stelle und brachte den auf Fensterbrett gesetterten vierjährigen Karl L. in Sicherheit. Das kleinste noch im Kinderwagen liegende Kind war verbrannt und wurde gänzlich verkohlt unter den verbrannten Gegenständen herabgezogen. Der vierjährige Karl und seine Schwester hatten Rauchvergiftung erlitten, erholten sich aber bald.

**Ein Verdeckungsunfall**, bei dem ein Monteur lebensgefährlich verletzt wurde, hat sich gestern nachmittag im Café Astoria in der Potsdamer Straße zugetragen. In einem Privatzimmer sollten elektrische Leitungsarbeiten geleitet werden, und zu diesem Zweck hatte die Firma Gebr. John, Adalbertstraße, zwei Monteur angeordnet. Als die beiden Leute bei der Arbeit waren, stürzte plötzlich über ihnen die Decke ein. Während es dem einen glückte, schnell aus dem Raum zu kommen, wurde der andere, der 25 Jahre alte Hermann Leidig, der gerade auf einer Leiter gestanden hatte, durch die herabstürzenden Trümmer getroffen und hinabgeschleudert. Er blieb bewußtlos auf dem Fußboden liegen. Sofort eilten jetzt mehrere Leute herbei und befreiten den Verunglückten aus dem Schuttmassen. Der Verunglückte hatte einen schweren Schädelbruch erlitten und wurde in bedenklichem Zustande nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. Die obere Schicht der eingestürzten Decke, die im zweiten Stockwerk liegt, ist erhalten geblieben. Die Ursache ist auf die Vernachlässigung der Bauarbeiten zurückzuführen. Es wird vermutet, daß das Holz geplatzt ist und daß dadurch die Erschütterung, die unmittelbar den Einsturz herbeiführte, verursacht worden ist.

**Der Zentralverband der Zimmerer** bittet uns um folgende Veröffentlichung: Der Zimmerer Paul Werner, W. 30, Ruffhäuserstr. 8, hat uns angezeigt, daß ihm auf seiner Arbeitsstelle Golzstr. 33 (Badenaubrunn) am 15. d. Mts. im Laufe des Nachmittags sein Kof gestohlen worden sei. In der Drucksache befand sich sein Mitgliedsbuch, Verbandsnummer 3700.

**Feuerwehrbericht.** Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde gestern die Feuerwehr nach 9 Uhr nach dem Gölzler Ufer Nr. 35 alarmiert. Auf mehrmaligen Alarm rückte die Wehr sofort in großer Stärke auf. Der Dachstuhl des Vorderhauses stand schon in ganzer Ausdehnung in Flammen. Der 8. und 11. Zug nahmen über die verquälten Treppen und große mechanische Leitern mehrere Schlauchleitungen von Dampfzügen vor. Durch kräftiges Wassergeben gelang es nach mehrstündiger Tätigkeit, den Brand auf das Vorderhaus zu beschränken. Der Schaden ist ausfallend groß; der ganze Dachstuhl mit allem Inhalt ist total vernichtet. Die Entsehung konnte mit Bestimmtheit nicht festgestellt werden; man vermutet vorsätzliche Brandstiftung.

In der letzten Nacht verurteilte eine Gasexplosion in den Werken der A. G. in der Voltastraße große Aufregung. Die Explosion wird auf einen schadhafte bzw. unrichtigen Gasdruck zurückgeführt. Die Gefahr konnte indes bald beseitigt werden. — Auf dem Ostbahnhof in der Warschauer Straße brannten gestern Pressklofen. Ferner hatte die Wehr in der Lebuser Straße 14, Dunderstr. 10, in der Elisabethstraße 18 und anderen Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

In einer öffentlichen Wählerversammlung der 8. Gruppe sprach am vergangenen Mittwoch Genosse Dr. Bernstein über „Unsere Tätigkeit im Stadiparlament“. Redner erläuterte unter dem Weisfall der Antwendenden die Aufgaben der Kommunen und die Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadivordeneten in denselben. Anschließend hieran schilderte der Kandidat des Bezirks Genosse Georg Leo die kommunalpolitischen Zustände Charlottenburgs und die „legendäre“ Tätigkeit der Liberalen im Rathaus, die sich darin offenbare, daß fast jeder auf Verbesserung der Lage der unteren Schichten der Bevölkerung hinstellende Antrag von ihnen einfach abgelehnt werde. Kein Arbeiter dürfe deshalb am 19. Oktober seine Stimme dem liberalen Kandidaten geben. — In der anschließenden Diskussion, an der sich die Genossen H. Dicht, Seydel, Weisheit und Gerlach beteiligten, wurde noch darauf hingewiesen, daß bei intensiver Wahlarbeit auch dieser Bezirk für die Partei erobert werden könne. Dazu gehöre aber, daß alle Parteigenossen am Wahltag nicht nur ihre Stimme abgeben, sondern sich auch eifrig an den Wahlarbeiten beteiligen.

Die erste unterirdische Bedürfnisanstalt in Charlottenburg wird heute dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Diese Anstalt ist überhaupt die erste unterirdische öffentliche Abortanlage in Groß-Weilin. In einer Reihe südwestlicher Städte gibt es schon seit einiger Zeit unterirdische Bedürfnisanstalten. In Norddeutschland dagegen ist, mit Ausnahme Hamburgs, bisher noch keine Stadt mit einer derartigen Anlage versehen gewesen. Das liegt wohl in erster Linie an den erheblichen Mehrkosten einer solchen unterirdischen Anlage, die dadurch entstehen, daß die Kanalisationsleitungen in den flachebenen Städten meist zu hoch liegen. Die bedeutend hierfür gelegenen Abortanlagen müssen darum mit besonderen Pumpwerken versehen werden, welche die Abflüsse aus der Anstalt in die höher liegenden Kanalisationsleitungen befördern.

Das ist auch der Fall bei der jetzt eröffneten Anstalt an der neuen Charlottenburger Brücke. Die Brücke selbst wird freilich erst im Februar oder März des nächsten Jahres fertiggestellt sein. Aber die Riveauarbeiten der Brücke können mit der Eröffnung der Abortanlage abgeschlossen gelten. Die Retirade ist in dem Grundsteinflügel untergebracht, der, wenn man, vom Tiegarthe kommenden, die Brücke passiert, rechts in der Berliner Straße liegt. Dadurch, daß die Brückenmauern die Umgebung der Anstalt boten, waren die Kosten für dieselbe weniger hoch. Sie belaufen sich auf 20 000 oder 25 000 M.

Die innere Ausstattung der Anlage ist der Neuzeit völlig entsprechend, der Gesamteindruck der mit fliesen getafelten Wände, des Oberlichts und der elegant eingerichteten Aborte ist zweifellos ein guter. Die Anstalt enthält außer dem Wairoir einen Koferraum für Männer und einen solchen für Frauen. Ferner ist — was als angenehme Neuerung zu begrüßen ist — eine öffentliche Waschanstalt in der Frauen- wie in der Männerabteilung vorhanden. Der Raum der Wärterin ist so angeordnet, daß er möglichst geruchfrei bleibt. Er enthält außer dem Wairoir für die Wärterin noch eine öffentliche Fernsprechanstalt, zu deren Einrichtung jurget jedoch noch die Zustimmung der Polizeibehörde aussteht. — Die Spülung in dem Wairoir wird

durch Del besorgt, aber es ist auch Wasserspülung vorgesehen. Die Beleuchtung ist elektrisch. Die Ventilationsanlage ist sehr reichlich bemessen, doch muß die Erfahrung erst lehren, ob sie trotzdem genügt.

Dieser ersten öffentlichen unterirdischen Bedürfnisanstalt werden in kürzester Zeit in Charlottenburg weitere folgen. Die nächste, die in kurzer Zeit zur Eröffnung gelangen wird, liegt an der Bismarckstraße, Ecke Seifenheimer Straße, während die dritte, noch im Bau befindliche, am Anie, im Zug der Bismarckstraße, gelegen ist. Eine vierte, ebenfalls unterirdisch angelegte Bedürfnisanstalt wird am Sophie-Charlotten-Platz errichtet werden. Die Kosten für diese Anstalten stellen sich aber wesentlich höher, als die an der Charlottenburger Brücke. Die genannten Anstalten werden jede 50 000 bis 60 000 M. kosten. — Nichtsdestoweniger ist dieser Fortschritt auf dem Gebiete der Errichtung öffentlicher Bedürfnisanstalten nur zu begrüßen.

### Rixdorf.

Die Deputation für das Feuerlöschwesen, Fuhrwesen usw. beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Antrage auf Erhöhung der Gebühren für das Abladen von Müll. Es wurde beantragt, die Abladengebühren zu verdoppeln. Die Erhöhung erscheint uns so notwendig, als sich die Kosten für die Unterhaltung des Abladepfels ganz bedeutend erhöht haben. Die Deputation stimmte dem Antrage zu, daß vom 1. Januar 1900 an für eine Ladung Müll von 750 Kilogramm Gewicht 1,50 M., für je weitere 500 Kilogramm ebenfalls 1,50 M. zu entrichten ist. Zu dem Antrage auf Einrichtung von Unterständen für die Straßenreiner, die die Kommission schon in der vorletzten Sitzung beschäftigte, wurde erklärt, daß die Beschäftigung solcher Einrichtungen in den Nachbarorten unmöglich sei, weil Berlin, Charlottenburg und Schöneberg derartige Einrichtungen noch nicht besitzen. Auch bei der diesmahligen Besprechung des Antrages vertraten einige Stadivordenete die Meinung, daß die Straßenreiner ihre Maßzeiten ganz gut hinter den Hausfluren einnehmen könnten. Wenn die Stadt derartige Vorrichtungen aufstellen würde, dann würde sich hier außer den Straßenreinern auch noch sonstiges Gefindel einfänden. Schließlich wurde der Antrag auf sechs Monate vertagt. Der Entwurf einer Dienst-, Besondere- und Strafordnung sowie die Annahmehbedingungen für die Berufsfeuerwehr lagen der Kommission vor. Nach dieser Ordnung besteht für die einzustellenden Feuermänner eine Probezeit von neun Monaten und ist während dieser Zeit eine dreitägige Kündigungsfrist vorgesehen. Die Dienstordnung ist nach den militärischen Grundsätzen erlassen und enthält neben anderen Schönheiten die Bestimmung, daß die Feuermänner auch in der dienstfreien Zeit jeden Wehrdienst ohne besondere Entschädigung auszuführen haben. An Strafen finden sich in der Ordnung Geldstrafen, Kündigungs-, sofortige Entlassung, Verweis, Strafarbeit, Strafpfosten und Antreten in Ordnungszug bei dem Vorgehen an einem dienstfreien Tage. Gemeinshafliche Beschwerden sind unstatthaft. Nur einzelne Leute können Wehrverbe führen. Wer „leichtfertig“ Beschwerde führt, wird bestraft. Wer Kameraden gegen Vorgesetzte „aufhebt“, versällt der Bestrafung, ebenso, wer sich außerhalb des Dienstes ungebührlich benimmt. Das rigorose Regulative wurde von der Deputation angenommen.

### Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Ein Dringlichkeitsantrag unserer Genossen, am 17. November mit Berlin zugleich eine Arbeitslosenzählung vorzunehmen, wurde der Wohlfahrts- und Finanzkommission zur weiteren Erledigung überwiesen. In der Diskussion herrschte volle Uebereinstimmung, daß eine solche Zählung nur für Groß-Berlin Wert habe, und sollen die obengenannten Kommissionen mit einer Vorlage für die nächste Sitzung aufwarten. — Ganz bedeutende Aufwendungen mußten bewilligt werden für Vertretungen von erkrankten Lehrern und Lehrerinnen an den höheren Schulen. Es wurde bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß man bei Einstellung von solchen Kräften vorsichtiger sein müsse. — Die Anstellung eines Vermessungstechnikers wurde beschlossen. — Auf Anraten des Schulrates werden für die hiesigen Volksschulen je ein Verbandslafete angeschafft. — Die Mittel für die Regulierung des Damms und der Bürgersteige in der Wilhelmstraße, von der Langhandstraße bis zum Kirchplatz, wurden bewilligt. Die Arbeiten werden sofort in Angriff genommen. Die östlichen Bürgersteige der Königshäuser, von der Wörthstraße bis zur Lindenallee, sollen ebenfalls noch in diesem Jahre reguliert werden, und wurden die Kosten bewilligt. Die Ausführung einer gärtnerischen Anlage am Kreuzplatz an der Gemeindegewerkschaft wurde zu einer längeren Debatte. Anfanglich war eine Kostenlamme von 18 000 M. vorgesehn. Nachdem in den Kommissionen bereits 9000 M. heruntergehandelt wurden, stellt sich nunmehr die Anlage auf 5800 M. — Die Gebühren für die Benutzung der Badeeinrichtung in der Gemeindegewerkschaft betragen für ein Brausebad 10 Pf., für ein Wannenbad 35 Pf., für die Entleerung eines Handlages werden 5 Pf. erhoben.

### Reinickendorf-Ost.

Der Gesangsverein „Weiße Rose“ (Mitglied des A. S. V.) feiert heute im Lokal Kamlow, Schönholz 14, sein Stiftungsfest. Die herangezogenen Kräfte sowie die eigenen Darbietungen des feiernden Vereins bürgen den Teilnehmenden einen angenehmen und anregenden Abend. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich zahlreich an diesem Vergnügen zu beteiligen, da auch von seiten des Gesangsvereins die Festlichkeiten des Wahlvereins durch Gesangsporträge unterstützt wurden.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Der Kriegerverein als Ritter St. Georg. Der im Jahre 1901 hier gegründete Konsumverein, der es jetzt auf 270 Mitglieder gebracht hat, hat sich das Mißfallen mancher Leute zugezogen. Als Konsumrentenunternehmen gegen ihn wurde ein Kabattsparverein gegründet, der aber nicht so recht vorwärts kommen will, trotzdem der Magistrat ein Kassenzimmer zur Ein- und Auszahlung zur Verfügung gestellt hat und der städtische Kassenrentant die Kassengebühren des Vereins führt. Trotz dieser Konkurrenz, die dem Konsumverein gemacht wurde, gedeiht er kräftig weiter und nunmehr erscheint der Krieger- und Landwehrverein auf dem Plan, als Ritter St. Georg den Konsumbrachen zu töten. In einer Versammlung des Vereins am Sonntag stand die Konsumfrage auf der Tagesordnung. Es wurde an die Mitglieder, welche Mitglieder des Konsumvereins sind, resp. deren Frauen Mitglieder sind, das Verlangen gestellt, entweder aus dem Konsumverein auszutreten, sonst gingen sie ihrer Rechte im Landwehrverein verlustig. Mit diesem Treiben gegen den Konsumverein wird sich eine Volksversammlung, die heute abend um 8 Uhr im Schützenhause stattfindet, beschäftigen. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Schriftstellers Simon Kahlenstein über Konsumvereinsbewegung und Kabattsparverein. Die Einwohner Trebbins werden ersucht, sich an dieser Versammlung rege zu beteiligen.

### Spandau.

Stadivordenetenversammlung. Zur Beschaffung von Gaszählern werden von der Versammlung bedinglos 10 000 M. bewilligt. In der Zeit von 1905 bis jetzt sind im ganzen 73 192 M. für Beschaffung von Gaszählern ausgegeben. Ebenfalls bedinglos genehmigte die Versammlung den Anschluß der Trabrennbahn Kuppelen an die Spandauer Elektrizitätsanstalt und wurden für die erforderlichen Kabelverlegungen 18 500 M. bewilligt. — Nicht so glatt sollte die nächste Vorlage abgehen, nach welcher 26 100 M. zur Anlage eines Begeß nach der Trabrennbahn sowie die Entsehung des an dem Wege liegenden Privatgeländes von rund 525 Quadratmeter gefordert werden. Nach längerer Debatte ge-

langte schließlich ein Antrag, die Vorlage an die Stadivordeneten-Deputation zu verweisen, zur Annahme. — Für die Tiefbauinspektion fordert der Magistrat die Anstellung zweier älterer Techniker mit 300 bzw. 250 M. Monatsgehalt. Auch diese Vorlage fand nicht die Zustimmung der Versammlung, weil man gar keinen Ueberblick hat, wie viel Techniker, Zeichner usw. im Bauamt und womit sie dort beschäftigt werden. Die Sache wurde daher an eine gemischte Kommission verwiesen und wählte die Versammlung gleich 8 Stadivordenete in diese Kommission. — Das Hauptaugenmerk der Versammlung richtete sich nunmehr auf die folgende Vorlage, welche die Verpachtung des Spandauer Hafens betrifft. Der Hafen, welcher in seiner Gesamtheit noch gar nicht fertiggestellt ist und der, wie der Oberbürgermeister Köhler selbst angab, aussieht wie eine Sandwüste, war nach einem Beschlusse der Versammlung ausgeschrieben worden. Es wurde darauf aber nur ein Gebot abgegeben, und zwar von dem Spandauer Speiditeur Thomas, der auch Deputierter der Hafenaubaukommission ist. Das Gebot war aber ausnehmend niedrig, es betrug nicht einmal 1 Proz. des zirkel 3 Millionen betragenden Anlagekapitals. Dieses Ergebnis war für den Oberbürgermeister derartig niederschmetternd, daß er, wie er selber sagte, beinahe auf den Rücken zu fallen wäre. Das Angebot wurde selbstverständlich nicht akzeptiert und man verhandelte weiter darüber im Magistrat. Inzwischen waren aber die Verhandlungen mit den betreffenden Behörden bezüglich des Bahnanschlusses und Enteignung soweit gediehen, daß ein Teil des Hafens, nämlich das nach Tiefwerder zu belegene Ufer 5 in Benutzung genommen werden konnte. Der Magistrat hat nun nicht etwa eine Teilverpachtung des Hafens ausgeschrieben, sondern einfach bei dem Speiditeur Thomas, der für den Magistrat einzig und allein in Frage zu kommen schien, angefragt, wieviel Pacht er für das Ufer 5 zahlen würde, wenn man es ihm auf zwei Jahre mit dem darauf befindlichen Schuppen und dem Gleisanschluß verpachtete. Der Speiditeur Thomas bot 5000 M. pro Jahr und daraufhin entwarf der Magistrat einen Vertrag mit Thomas, nach welchem dieser die Beschaffung der Betriebsmittel und den Betrieb bis auf den Gleisanschluß an die Staatsbahn auf eigene Kosten übernehmen sollte. Diesen Vertrag sollte die Versammlung genehmigen. Noch in letzter Stunde wurde dem Magistrat aber durch eine andere Speiditionsfirma (Bagner) ein Stroh durch die Rechnung gemacht. Diese Firma bot in einem an die Versammlung gerichteten Schreiben für das Ufer 5 unter denselben Bedingungen 6000 M. pro Jahr. Der Vorsteher Schröder wollte daraufhin durchaus die Beratung der Vorlage in die geheime Sitzung verlegen. Dem widersproden aber in erster Linie mit aller Energie die Stadivordeneten Genossen Piel und Schmidt I, indem sie darauf hinwiesen, daß die Steuerzahler ein Recht und ein Interesse hätten, etwas Näheres über den Hafenaubau zu erfahren. Die Genossen erreichten dem auch durch diesen Protest, daß der Referent Stadivordeneter Hülsbeck den Magistratsantrag, wie vorhin erwähnt, geschilbert, zur Vorlesung brachte. Der Referent empfahl sodann die Magistratsvorlage und Ablehnung des Angebots der Firma Wagner mit 6000 M. pro Jahr. Nunmehr versuchte der Vorsteher nochmals die weitere Verhandlung in die geheime Sitzung zu verlegen. Wieder protestierten unsere Genossen und als der Vorsteher abstimmen ließ, lehnte die Versammlung die Beratung in geheimer Sitzung ab. Stadivordeneter Piel sprach nun direkt gegen die Magistratsvorlage, deren Ablehnung er beantragte und trat für die Uebernahme in eigene Regie ein. Jetzt aber trat in längerer Ausführungen der Oberbürgermeister Köhler für die Magistratsvorlage ein. Er hält den Speiditeur Thomas für den einzigen Mann, der den Hafen in Fluß bringen kann und darauf komme es ihm in der Hauptsache an. Wer weiß, wie die Sache nach diesen Ausführungen abgelaufen wäre, wenn nicht jetzt ein Sachverständiger, nämlich der Stadivordenete Prager, der auch Speiditeur ist, aber auf den Hafen nicht reflektiert, wie er angab, und der auch der Hafenaubau-Deputation angehört, das Wort genommen hätte. Dieser Sachverständige erklärte sich zwar im Prinzip für eine Verpachtung, er gab auch zu, daß der Speiditeur Thomas ein ganz tüchtiger Pächter sei, er könne aber nicht die Verantwortung übernehmen, daß die Stadt nur mit diesem einen Manne paktiere. Man dürfe allerdings nicht nur auf Spandauer Reflektanten rechnen. Nach seiner Kalkulation wäre ein Pachtpreis von 10 000 M. im ersten Jahr und 15 000 M. im zweiten Jahre unter denselben Bedingungen angemessen. 5000 M. pro Jahr sei zu niedrig. Er beantragte deshalb, die Magistratsvorlage abzulehnen und durch die Hafenaubau-Deputation eine neue Ausschreibung resp. Ausbietung vorzunehmen. Nach diesen Ausführungen des Sachverständigen hatte der Magistrat ein verlorenes Spiel. Selbst der Referent, der erst sehr warm für die Magistratsvorlage eingetreten war, stieg um und erklärte sich für nochmalige Ausschreibung. Nach etwa zweistündiger Debatte wurde die Magistratsvorlage abgelehnt und der Antrag des Stadivordeneten Prager auf nochmalige Ausschreibung angenommen. — Es gelangte dann noch eine Vorlage, betreffend Bewilligung von 250 000 M. zum zweigleisigen Ausbau der Straßenbahnlinie Spandauerbock und zur Beschaffung des erforderlichen Betriebsmaterials sowie Genehmigung, daß zur Beschaffung der für den erweiterten Betrieb erforderlichen Mittel mit zusammen 500 000 M. eine Anleihe aufgenommen wird, unter großer Unruhe und Unaufmerksamkeit debattelos zur Annahme. Die übrigen Punkte wurden dann wegen vorgerückter Zeit verlagert.

### Potsdam.

Bei dem Zusammenstoß eines elektrischen Straßenbahnwagens mit einem mit Holz beladenen Wagen wurde der auf dem letzteren sitzende Vogelhändler Angermeyer aus der Mittelstraße 1 vom Wagen geschleudert. Er erlitt einen Schädelbruch, Schulter- und Brustquetschungen, so daß der Tod sofort eintrat.

## Gerichts-Zeitung.

### Sachspflicht des Arztes bei Mütigenbestrahlung.

Eine Schadenersachfrage von allgemeiner Bedeutung, die gegen einen berühmten hannoverschen Spezialarzt angestrengt worden war, beschäftigte kürzlich das Reichsgericht. Dr. Sch. zu Hannover hatte im Sommer 1900 die noch jugendliche Klägerin mit Röntgenstrahlen behandelt, um dadurch einen Wirt, der sich an der Oberlippe bildete, zu beseitigen. Es stellte sich jedoch heraus, daß die vorgenommenen Bestrahlungen keinen Erfolg hatten, und wurde deshalb im Oktober 1900 zu stärkeren Bestrahlungen geschritten. Infolge dieser Bestrahlungen zeigten sich Ende Oktober Abtungen im Gesicht und auf der Brust der Patientin. Trotz dieser Abtungen wurde die Behandlung seitens des Sch. fortgesetzt, so daß es schließlich zu erheblichen Hautverbrennungen kam. Diese wurden allerdings geheilt, jedoch blieben Brandnarben zurück. Die Verbrennungen und die dadurch ihr entstandenen Nachteile führt die Klägerin auf die Fahrlässigkeit des Arztes zurück. Sie verlangte deshalb in einer Klage Ersatz für Kurkosten sowie Ersatz des ihr entstandenen immateriellen Schadens infolge der dauernden Brandnarben. Sodann behauptet sie noch, einen dauernden Vermögensschaden erlitten zu haben, da es ihr unmöglich sei, sich einen Erwerb als Stütze, Hausdame oder dergl. zu verschaffen. Der Beklagte bestritt die Fahrlässigkeit und behauptet, daß er, als die milderen Anwendungen keinen Erfolg gehabt hätten, zu stärkeren Perioden greifen mußte, ohne daß er die Verbrennungen habe voraussehen können.

Das Landgericht Hannover erkannte die Ansprüche der Klägerin dem Grunde nach für gerechtfertigt an, soweit sie Ersatz für Kurkosten und immateriellen Schaden betreffen. Betreffs des dauernden Vermögensschadens wegen Unfähigkeit



eines Erwerbs sollen erst nach Verhandlungen von Tatsachenbeweisen stattfinden.

Gegen das landgerichtliche Urteil hatte der Beklagte Berufung beim Oberlandesgericht Celle eingelegt, die aber von diesem zurückgewiesen wurde. Das Oberlandesgericht erklärte nach Anhörung einer Sachverständigenkommission die Ansprache der Klägerin auf Grund der §§ 823, 829, 847 B. G. B. für rechtlich begründet. Nach den Sachverständigengutachten sollen Behandlungen mit Röntgenstrahlen dann unterbrochen werden, wenn sich rote Flecken zeigen. Das Oberlandesgericht führt nun aus, daß der Beklagte den Stand der Wissenschaft ebenso kennen mußte wie die Gutachter und daß es deshalb fahrlässig von ihm gewesen sei, die Behandlung trotz der Röntgenfortschritte. Ein Gutachten des Medizinamts nimmt ebenfalls an, daß den Beklagten möglicherweise der Vorwurf der Fahrlässigkeit treffe, wenn er die Behandlung trotz der Röntgenfortschritte, es weist aber darauf hin, daß es an Direktive gefehlt habe. Das Oberlandesgericht erklärt hierzu ferner, daß es den Beklagten trotzdem nicht von Fahrlässigkeit freisprechen könne. Wenn aber die Fahrlässigkeit des Beklagten feststehe, so müsse auch die Widerrechtlichkeit seiner Handlung bejaht werden. Ebenso sei nach den verschiedenen Gutachten der ursächliche Zusammenhang zwischen den schweren Verbrennungen und der Röntgenstrahlenbehandlung anzunehmen. Hervorzuheben sei noch, wenn man sich etwa auf einen den Beklagten günstigeren Standpunkt in dieser Beziehung stellen wolle, daß der Beklagte auch in vertraglicher Hinsicht fahrlässig sei. Es sei zwischen ihm und der Klägerin ein Dienstvertrag zustande gekommen. Und wenn jemand seine Dienste als Arzt anbiete, so verspreche er stillschweigend, daß er die ärztliche Behandlung kunstgerecht ausführen wolle. Wenn dann infolge von Kunstfehlern Schädigungen eintreten, so müsse die Behandlung so lange als nicht kunstgerecht erfolgt angesehen werden, bis der Arzt beweise, daß er keinen Kunstfehler begangen habe. Dieser Beweis sei hier aber nicht erfolgt. Das Urteil des Oberlandesgerichts Celle wurde vom Beklagten in einer Revision vor dem Reichsgericht angegriffen. Der III. Zivilsenat erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision und bestätigte somit das oberlandesgerichtliche Urteil.

### Der 18. März abermals vor Gericht.

Am 18. März hatten sich bekanntlich zeitweise größere Menschenmassen in der Nähe des Friedhofes der Märzgefallenen angesammelt, und die Polizei hatte in ihrem Eifer, die Menge zu zerstreuen, so verkehrte Mittel angewandt, daß sich die Volksmassen an manchen Stellen mitunter kauten. Wie bekannt, sind hier und da Leute aus der Menge herausgegriffen worden, die sich nach Ansicht der betreffenden Polizeibeamten irgend einer strafbaren Handlung schuldig gemacht haben sollen. Einer von denen, die die Polizei herausgriff, war der Parteigenosse Pfeiffer, der mit einigen Bekannten auf dem Wege von der Arbeit nach seiner Wohnung begriffen war und die Landberger Allee zu passieren hatte, wo er natürlich unter die angesammelte Menge geriet. Ein Polizeileutnant faßte Pfeiffer am Arm und herrschte ihn an, er solle weitergehen. Ehe Pfeiffer aber weitergehen konnte, war er bereits von einem Schutzmännchen selbigen genommen und nach der Wache geführt. Das Pfeiffer eigentlich gestrebt haben soll, das wurde ihm erst durch den Strafbefehl bekannt, der ihm eine Haftstrafe von 14 Tagen androht und ihm großen Unfug sowie Vergehen gegen die Straßenzustand-Verordnung zur Last legt. — Pfeiffer, dem der Rechtsanwalt Theodor Liebschütz als Verteidiger zur Seite stand, bestritt in der von ihm beantragten gerichtlichen Verhandlung, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben. Auch der Polizeileutnant Weiß, der die Sistierung des Angeklagten veranlaßt hatte, konnte nicht angeben, daß sich Pfeiffer der bezeichneten Straftaten schuldig gemacht habe. — Ein neuer Termin wurde anberaumt. Der Schutzmännchen, welcher die Sistierung bewirkt hatte, sollte geladen werden. — Am Freitag fand die erneute Verhandlung vor dem Schöffengericht statt. Der Schutzmännchen, welcher befunden sollte, daß Pfeiffer großen Unfug verübt und die Straßenzustand-Verordnung übertreten habe, hat nicht ermitteln werden können, und Polizeileutnant Weiß konnte auch diesmal nicht angeben, daß der Angeklagte sich der ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen schuldig gemacht habe. — Angesichts dieser Sachlage beantragte der Rechtsanwalt selbst die Freisprechung. Der Verteidiger stellte denselben Antrag unter Hervorhebung der nötigen Schuldlosigkeit des Angeklagten. Das Gericht erhob den Antrag zum Erkenntnis.

Wärden Strafbestimmungen wegen Erhebung überflüssiger Anklagen bestehen und eine zivilrechtliche Haftung der Anklageerheber für solche Fälle, so würde das Heer unbedingter Strafverfolgungen und ungerechter Verurteilungen erheblich dezimiert werden.

### Ein Noheißerzehl

kaum glaublicher Art beschäftigte gestern die 129. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte.

Wegen wörtlicher und tätlicher Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung war der Möbelkäufer Franz Krudt angeklagt. — Eines Abends im August dieses Jahres gegen 11 Uhr kam die Kassiererin F. von einem Besuch bei Bekannten von der Rosenthalerstraße her die Gassestraße entlang. Vor dem Hause Nr. 4 wurde sie von dem Angeklagten in einer nicht mißverständlichen Weise angesprochen. Die junge Dame wendete sich empört ab und bedeutete ihm, daß er sich wohl in der Person getrrt habe. Der Angeklagte ließ trotzdem nicht ab, sondern belästigte Fräulein F. durch die gemeinsten Redensarten. Als die Bedrängte schließlich mit der Polizei drohte, drang A. auf sie ein und schlug sie mehrerer Male mit der Faust in das Gesicht, so daß sie zu Boden stürzte. Diese Szene hatte der zufällig des Weges kommende Schlichter-geselle Wirsing mitangesehen. Er eilte sofort der Mißhandelten zu Hilfe. Der Angeklagte begrüßte ihn damit, daß er ihn mit einem Schimpfwort als den „Belästiger“ der jungen Dame bezeichnete. Als W. nunmehr mit einer Pistole drohte, griff Krudt in die Hosentasche und holte einen Revolver heraus, mit dem er ohne weiteres auf Wirsing einen Schuß abgab, der glücklicherweise fehl ging. Der Bedrohte warf sich sofort auf den Revolver, konnte es aber nicht mehr verhindern, daß der Angeklagte noch einen zweiten Schuß auf ihn abgab, der ihn an der Hand verletzete. Es entwickelte sich nun ein heftiges Handgemenge, bei welchem A. noch einen dritten Schuß abgab. — Das Gericht berücksichtigte bei Abmessung der Strafe, daß es sich um einen ganz unglaublich rohen und brutalen Erzech handelte und war der Ansicht, daß derartige gewalttätige Durchfälle im Interesse der öffentlichen Sicherheit auf möglichst lange Zeit unschädlich gemacht werden müssen. Das Urteil lautete deshalb dem Antrage des Rechtsanwalts gemäß auf ein Jahr Gefängnis bei

sforotiger Verhaftung — eine gegenüber der Beilägigen rohen Gefinnung immerhin noch milde Strafe.

„Aleinmeister“, eine Beleidigung! Vor dem Schöffengericht Charlottenburg spielte sich am Mittwoch ein interessanter Beleidigungsprozess ab. Am 9. April 1908 ließ der Schuhmacher Kolb als Vorsitzender der Ortsverwaltung Charlottenburg des Zentralverbandes der Schuhmacher ein Flugblatt verbreiten, worin mitgeteilt wurde, daß der Schuhmachermeister Hermann Walter die Anerkennung des Tarifs der organisierten Gehilfen mit den Worten abgelehnt hätte: „Ich erkenne diesen Lappen nicht an“, ferner, daß er auch dem Ganzeiter des Schuhmacherverbandes, der verhandeln wollte, mit den Worten: „Arbeiten Sie bei mir?“ schroff die Tür geöffnet und eine Einladung der Gewerkschaftskommission zu einer Verhandlung über die Sache abgelehnt hätte. Im folgenden war hervorgehoben, daß Walter früher selbst Mitglied des Schuhmacherverbandes gewesen wäre, daß seine Existenz von der Arbeiterkundschaft abhängig wäre, und daß er trotzdem in dieser Weise die organisierte Arbeiterkundschaft mißachtete. Dabei war seine Stellung als „Aleinmeister“ in Gegensatz zu seinem Verhalten gestellt, das mit dem eines „größten Kapitalprogen“ verglichen worden war. Wegen dieses Flugblatts klagte der Schuhmachermeister Walter den Schuhmachermeister Kolb wegen Beleidigung an. Das Gericht lehnte die Anklage, soweit es sich um die tatsächlichen Ausführungen handelte, ab und lud auch keine Zeugen, weil es von vornherein auf dem Standpunkt stand, daß der Angeklagte Kolb in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt hätte. Dagegen wurde das Hauptverfahren wegen des Wortes „Aleinmeister“ und wegen des Vergleichs mit einem Kapitalprogen als formeller Beleidigung eröffnet.

Im Hauptverhandlungstermin erklärte der Kläger durch seinen Vertreter Rechtsanwalt Gumpert-Charlottenburg, daß es „einen Tarif überhaupt nicht gäbe“. Er war nämlich der Ansicht, daß, weil er den Tarif nicht unterschrieben hatte, der Tarif überhaupt nicht existiere. Der Verteidiger Rechtsanwalt Heine-Werlin hob hervor, daß der Kläger damit ja gerade zugäbe, was behauptet wäre, daß er nämlich den von den Gehilfen aufgestellten Tarif mißachtet hätte. Der Verteidiger stellte unter Beweis, daß Walter sogar es abgelehnt hätte, von dem Tarife auch nur Kenntnis zu nehmen, daß dieser Tarif aber von vielen Meistern formell unterschrieben wäre und von anderen wenigstens tatsächlich anerkannt würden, indem sie die tarifmäßigen Löhne zahlten. Auch über das beleidigende Gebahren des Klägers dem Bevollmächtigten des Verbandes gegenüber benannte der Verteidiger Zeugen.

Der Anwalt des Klägers hielt eine längere Rede über die Räte des Mittelstandes und den Terrorismus der Gewerkschaften, worauf Rechtsanwalt Heine erwiderte, daß die Räte des Mittelstandes zum guten Teil in der Schmutzkonzurrenz lägen, die auf Kosten der Arbeiter die besseren Arbeitgeber unterhöbe und daß solche Schmutzkonzurrenz gerade durch Tarifverträge beseitigt werden sollte. In dem Ausdrucks „Aleinmeister“ läge nichts Beleidigendes, denn der Kläger gäbe ja zu, sein Geschäft nur in kleinem Umfange zu betreiben und nur Kleinarbeit zu machen. Auch der Vergleich mit einem Kapitalprogen sei so, wie er vorgebracht wäre, keine Beleidigung.

Das Gericht verurteilte aber doch wegen formeller Beleidigung, die auch in dem Ausdruck „Aleinmeister“ liegen sollte, den Angeklagten zu 40 Mark Geldstrafe.

### Von der freien „Beweiswürdigung“ durch die Richter.

Zu drei Monaten Gefängnis wurde der Fleischer Anton Bäumer verurteilt, weil er, wie das Landgericht Neustrelitz behauptet feststellte zu haben, 4 M. gestohlen hat. Er war am 28. November 1907 in einer Gastwirtschaft in einem mecklenburger Orte. Zugleich verjammelte sich dort eine Steuerveranlagungskommission. Zwei Herren davon machten ein Geldgeschäft glatt, bei dem der eine 4,75 M. zurückerhält. Er räumt angeblich nur die 75 Pf. weg und läßt die 4 M. liegen. Die Kommission geht nun ins Nebenzimmer zur Logung und als nach einer Weile der Herr sich seiner 4 M. erinnert und sie holen will, sind sie verschwunden. Nun sagt das Gericht: Das muß der Bäumer gewesen sein, denn er hatte die beste Gelegenheit, das Geld zu nehmen. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß ein Herr der Kommission nachmal in die Gaststube gekommen ist. Die Dienstadt hat aber gesagt, sie habe das Geld nicht gesehen. Nach alledem bleibt nur noch Bäumer übrig und dem ist die Tat auch zuzutrauen, denn er hat schon gestohlen! Das nennt sich ein Schuld, ein Indizienbeweis! Und dagegen kann nach dem Gesetz das Reichsgericht nicht einmal einschreiten, denn es toles die Revision zurück, weil man in die freie Beweiswürdigung des ersten Gerichts nichts hineinschieben könne und die Revision engt die Strafprozessnovelle noch ein. — Nebenbei ist die Strafe von drei Monaten Gefängnis für 4 M. wieder ein Ausfluß des draconischen Rückfallparagrafen.

### Klassenjustiz in Bayern.

„Wer im Volke den Glauben an die Gerechtigkeit untergräbt, der untergräbt das fundamentum regnorum (die Grundlage der Königreiche)“, so donnerte der Oberstaatsanwalt in Nürnberg vor zwei Jahren gegen „gewisse“ Leute. Der Oberstaatsanwalt hat reichliche Gelegenheit, in seinem engsten bayerischen Vaterlande fortwährend Urteile zu bemerken, die durch die enorm hohen Strafen gegen Arbeiter und Arme sowie durch die auffallend niedrigen Strafen gegen Unternehmer und Wohlhabende auffallen. Wir registrieren wieder zwei Fälle zur Prüfung der Frage, ob auch in Bayern, und zwar nicht minder als in Sachsen oder Ostelbien Klassenjustiz herrscht.

Am Schöffengericht in Bunsfelb (Oberfranken) hat am 14. Oktober der Vertreter der Anklage beantragt, einen wegen eines in Erregung gesprochenen Wortes angeklagten Arbeiters zu drei Wochen Gefängnis zu verurteilen, welche hohe Strafe notwendig sei, „um die Autorität der Fabrikherren zur Geltung zu bringen.“ Am gleichen Tag mußten sich vor dem Gericht der Radborsstadt Hof der Sägewerksbesitzer Schödel und sein akademisch gebildeter Sohn wegen scharfer Mißhandlung eines Arbeiters verantworten. Sie hatten die Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeiter zum Anlaß genommen, zu zweien mit Häuten und Stöden auf den wehrlosen Arbeiter wie auf ein Stück Vieh einzuhauen und der Folge, daß dem Arbeiter das Trommelfell eines Ohres zersprang und er für sein Leben lang an seiner Gesundheit schwer geschädigt ist. Wie lautet nun in diesem Fall das Urteil gegen die beiden Herren? Nicht drei Wochen Gefängnis wie bei jenem Arbeiter für ein Wort, sondern — 20 und 30 M. Geldstrafe für die ganz besondere Rohheit. Dasselbe Gericht (Hof) verhandelte kürzlich gegen einen freilebenden Tischler, der einen weiterarbeitenden Kollegen, der Invalidenrente bezog, darauf aufmerksam machte, daß er unter Umständen seine Rente verlieren könne. Der Arbeiter erhielt drei Tage Gefängnis für diesen wohlgemeinten Rat, der als „Drohung“ aufgefaßt wurde.

Gerechtigkeit und Justiz ist halt nicht daselbe!

## Vermischtes.

### 200 Menschen verbrannt.

Eine entsetzliche Katastrophe hat sich nach einer telegraphischen Meldung aus Detroit (U. St. v. N.A.) dort abgepielt. Dort wüsten an den verschiedensten Orten große Waldbrände, die die Einwohnerhaft stark gefährdeten. Ein von der Drifftat Presse 33 Le nach Mey gesandter, mit Flüssigkeiten besetzter Bahnzug entgleiste und verbrannte. 200 Personen fanden dabei den Tod.

### Die Cholera.

Innerhalb der letzten 24 Stunden, bis gestern mittag, wurden 49 Neuerkrankungen und 21 Todesfälle an Cholera gemeldet. Die Zahl der gegenwärtig Kranken beträgt 882.

### Ein Substanz.

Gestern früh 1 Uhr 30 Min. entgleiste der D-Zug Nr. 44 auf der Strecke Nüppersteg—Mülheim a. Rh. mit Lokomotive und vier D-Wagen. Die Entgleisung ist dadurch erfolgt, daß eine Schiene von ruckloser Hand auf das Gleis ausgewälzt worden ist. Eine Person ist anscheinend leicht verletzt.

### Großfeuer in einer Schule.

In der Gemeindeschule in der Oldstreet in London brach gestern Großfeuer aus. Sofort wurde Alarm geschlagen. Die Kinder, welche jede Woche zweimal auf den Feueralarm gewöhnt werden, verhielten in musterhafter Ordnung das in Flammen stehende Gebäude.

### Revolutionierung der ärztlichen Kunst.

Aus Rom wird berichtet, daß das geistliche Tribunal, welches Material zur Seligsprechung Pius IX. gesammelt hat, kürzlich das Ergebnis seiner Untersuchungen veröffentlichte. Folgende Wunderkuren werden besonders hervorgehoben. Eine französische Dame wurde durch Verätzung mit einem Strumpfe des Papstes von einem schmerzhaften Weinschaden geheilt. Eine seit vielen Jahren erblindete Frau aus Ostmo ist wieder sehend geworden, nachdem ihr ein Stückchen Stoff, daß die Leiche des Papstes bedeckt hat, auf die Augen gelegt wurde. Durch dasselbe Heilmittel genasen eine Dame aus Senigallia und ein an hochgradiger Neurosthenie leidender Kanonikus Don Gustavo Mengoni. Eine andere Dame aus Senigallia, die vor Gesichtsschmerzen fast wahnsinnig geworden war, soll dadurch geheilt worden sein, daß sie sich einen Pantoffel des Papstes um den Leib band.

Wenn gebrauchte Strümpfe und Pantoffel derartige Heilungen ermöglichen, ist jedem Jünger Kosulaps nur anzuraten, schleunigst umzuhalten und Strumpfwirker oder Pantoffelmacher zu werden.

Verein der Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin und Umgegend. Abteilung 16. Heute abend 8 Uhr bei Wollsch, Markstraße 47: Versammlung.

Handwerkerbetriebe in Berlin. Heute abend 8 Uhr bei Dröfel, Neue Friedrichstr. 35: Generalversammlung.

Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (C. S. 29.) Filiale Berlin 4: Heute abend 8 1/2 Uhr bei Beckow, Andreasstraße 25: Versammlung.

## Eingegangene Druckschriften.

Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland, von August Schmamm. Der erste Teil enthält: Die katholische Arbeiterbewegung, — der zweite: Die evangelische Arbeiterbewegung, — der dritte: Die christliche Gewerkschaftsbewegung, und der vierte Teil: Die christlich-nationale Arbeiterbewegung. Preis broschiert 9 M., gebunden 10,50 M. Verlag S. S. Dieck in Stuttgart.

Wöchentlich Marktbericht der holländischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr reichlich, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise wenig verändert. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug. Preise in Emden gedrückt, sonst gut. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise hauptsächlich.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dreiter Eingang, vier Treppen, 1007 Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Wochentags 7 Uhr Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ein Wort Sprechstunde und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Verantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

G. S. 3. Eine Forderung für geleistete Waren verjährt in zwei Jahren, wenn die Ware für den Privatgebrauch geliefert war. Die Forderung für einen im Jahre 1906 geleisteten Anzug ist daher mit dem 31. Dezember 1907 verjährt. War die Ware unter Vorbehalt des Eigentums geliefert, so tritt die Verjährung nicht ein. War die Ware zum Betrieb eines Geschäftes, zum Vorkauf und dergleichen verkauft, so beträgt die Verjährungsfrist ein Jahr. Die Art der Berechnung ist dieselbe. Es würde also die Forderung für einen im Jahre 1906 einem Schneider geleisteten Anzug mit dem Ablauf des 31. Dezember 1909 verjähren. Anerkennung, Klage und dergleichen unterbricht die Verjährung. — G. S. 1. 1. Von der Vollstreckung. 2. und 3. 1,50 M. Kosten. 4. Ja. — G. S. 22. Eine Weiterveräußerung würde in Ihrem Falle leider unmöglich sein, weil weit mehr als zwei Jahre seit dem letzten Kleben verstrichen sind. — G. S. 65. 1. Eine Adoption ist nur möglich, wenn die ehelichen Kinder haben. Sie müßten dann einen gerichtlichen oder notariellen Adoptionsvertrag mit dem Vormunde des Kindes schließen. Dieser Vertrag bedarf der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. Ferner wäre erforderlich, daß Sie bei dem Vormundschaftsgericht um Dispens von dem Alterserfordernis (30 Jahre) einkommen. 2. Das „Arbeiterrecht“ liegt in allen öffentlichen Bibliotheken an. — G. S. 100. Sie müssen mit dem Arzt sprechen. — G. S. 50. 1. Sie können sich im Verträge ausdrücklich versichern lassen, daß die gekauften Gegenstände Eigentum des Verkäufers sind und können die Zahlung der Rente im Verträge klausulieren. 2. Dafür gibt es keinen bestimmten Beweis. 3. Ein mündlicher oder schriftlicher Vertrag würde genügen; in Ihrem Falle erscheint es zweckmäßig, sich des Verkaufes eines Rechtsanwalts zu bedienen. — G. S. 25. Leider ja. — G. S. 78. 1. Ja. 2. Ballot, „Harmonie der Interessen“. — G. S. 1. 1. Ja. 2. Zunächst müßten Sie beim Amtsgericht Sühneterrain nachsuchen. Wobin beantragen Sie beim Armenkommissionsvorsitzer die Erteilung einer Sühneung, daß Sie zur Tragung der Kosten anzuhalten sind. Daraus reichen Sie dies Akt des Landgerichts ein, fügen das Akt über fruchtlosen Sühneausfall bei, schließen den Sachverhalt, geben die Beweismittel für Ihre Behauptungen an und beantragen Verurteilung des Armenrechts. 3. Falls das Armenrecht nicht bewilligt wird, ja. — G. S. 7. 1. Nein. 2. Ja. 3. Zweckmäßig ist die Erkundigung bei der Heimatsbehörde, bei dem Seemannsamt und bei der letzten Heerde, für die Ihr Bruder gejoben ist. — G. 67. Eine Beschlagnahme des auf das einzelne im Waisenhause verpflegte Kind entfallenden Teiles kann erfolgen. — G. S. 128. Die Klage wird voraussichtlich abgewiesen oder der Beklagte freigesprochen werden, weil die Versicherung in Bahnrechnung berechtigter Interessen (§ 193) gemacht ist. — G. S. 123. Eine Klage auf Schadenersatz erscheint nicht völlig aussichtslos. Lassen Sie sich zwecks Anstrengung derselben das Armenrecht bewilligen. — G. S. 16. Die Anzeigennummern sind in Berlin von 1903 an zu zahlen. — G. S. 101. 1. Ja. 2. Nein. — G. S. 31. Die Heilung wären zum vollen Erlaß der geschuldeten Gehalte verpfändet. Sie sind hierzu nicht verpflichtet, wenn nicht etwa Ihr Verpfändungsvertrag eine dahin auslegende Bestimmung enthält. — G. S. 31.

Stand 15.—.	Rabatt	<b>Billige gute Betten</b>	Rabatt	Stand 25.—.
Stand 20.—.	10 %		10 %	Stand 30.—.
<b>Jacob Golde, 119 Große Frankfurter Straße 119</b>				



**A. B. Koch**

**Kohlen-Groß-Handlung**  
gegründet 1893.  
Haupt-Restaurant und I. Geschäft:  
Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.  
II. Geschäft: O. 17, Fruchtstr. 13.  
Preise für nur in Marken ab Maß  
von 10 Ztr. an: 41732  
Prima in Halbsteine (bekannte  
Marken), pr. Str. 97 Pf.  
Herzbrand-Steinfetts  
pr. Str. 97 Pf.  
Anna od. Waldmannsbeil  
pr. Str. 99 Pf.  
Pflänersteine 101 Pf.  
in Diamant pr. Str. (110  
bis 120 Stk.) 105 Pf.  
in Zille o. Mtu. pr. Str. 105 Pf.  
in Antbragat Gabb. 235 Pf.  
Kofu, Steinkohlen usw. zu den  
billigsten Tages- und Konventions-  
preisen. Lieferung frei Keller je  
nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf.  
mehr. — Bei Originalnachfragen und  
größeren Aufträgen verlangen Sie  
meine Spezial-Offerte.

**Möbel**  
auf Kredit.  
Stube und Küche  
Anzahlung von 15,00 an.  
Eingeliegt Möbelstücke  
Anzahlung 3,00 an.  
Ratenrate 1,00.  
Teppiche, Gardinen, Portieren,  
Steppdecken, Bett- und Leib-  
wäsche, Herren- und Damen-  
Garderoben, Sport- und Kinder-  
wagen, Gas- und Petroleum-  
Kronen, Bilder, Spiegel, Uhren  
Ratenrate 50 Pf.  
**Waren-Kredithaus**  
Wedding.  
Reinickendorferstr. 118, I  
am Stadtbahnhof Wedding.

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche  
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort  
(setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben  
zahlen doppelt.

# D. Perleberg

Spezialhaus für Herren- und Knabenbekleidung

**Chausseestrasse 63, Ecke Liesenstrasse**

## Herbst- u. Winter-Neuheiten

in unübertroffener Auswahl u. unerreicht billigen Preisen.

Spezialität: Kleidung für corpulente Herren, besonders schlanke Herren, untersetzte Herren

Ich erlaube mir noch ganz besonders darauf hinzuweisen, dass ich meine gesamte  
Konfektion auf „Rosshaar“ verarbeiten lasse. Ich vermeide dadurch das hässliche  
Einfallen des Kleidungsstückes auf Schulter und Achsel und erziele eine Eleganz,  
die selbst der besten Massarbeit nicht nachsteht und sich auch durch jahrelanges  
Tragen nicht verliert.

### Herren - Sacco - Anzüge

M. 12, 15, 18, 21, 24, 27, 30, 34, 39, 44, 49, 54

### Herren-Paletot

M. 12, 14, 17, 20, 23, 26,  
30, 33, 38, 43, 48, 53, 58

### Herren-Ulster

M. 17, 20, 23, 26, 29,  
30, 33, 38, 43, 48, 53

### Jünglings-Paletot

M. 8, 10, 12, 14, 17, 20, 23, 27, 30

### Jünglings-Anzüge

M. 8, 10, 12, 15, 18, 22, 25, 28, 32

### Knaben-Anzüge u. Paletots

in hervorragender Auswahl und unerreicht billigen Preisen.

Sämtliche Neuheiten sind in meinen 7 Schaufenstern ausgestellt.

Enormes Lager in Herren-Hosen.



Loden-Joppen in allen Fassons.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Steppdecken, Bolallos und Glühlampen** 3,25, 3,85, 4,35, 5,00, 5,75.  
**Portieren, Violettblau, 2 Ehemal.** 1 Lambrequin in allen Farben 3,25, 3,85, 4,75, 5,50, 6,75. Große Frankfurterstr. 125. 13229  
**Plüsch- und Tuchdecken** mit kleinen Einzelfäden. Nierenwühl 1,65, 1,95, 2,50, 3,50, 4,85, 6,50, 7,25.  
**Tüllbettedecken** in weiß und creme 1,95, 2,25, 2,75, 3,25, 4,50. 13241  
**Englische Tüllgardinen, Meter 35,** 40, 45, 50, 60, 75. Nierenwühl. 13252  
**Abgepaßte Gardinen und Stores** 1,65, 2,25, 2,85, 3,05, 4,35, 5,25.  
**E. Weihenbergs Teppichhaus, Große** Frankfurterstr. 125. 13268  
**Teppiche, Nierenwühl,** mit kleinen Beisefäden 3,15, 3,85, 4,65, 5,85, 6,00, 7,50. 13272  
**Extraangebot! Salon- und Wohn-** zimmer-Teppiche, Brahmamuster, jetzt mit 20 Prozent Rabatt. 13283  
**Küchenrezepte** in allen Breiten und Preislisten jetzt bedeutend unter Preis.  
**Möbelstücke, Reste** in Holz und Plüsch in allen Farben. E. Weihenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstr. 125. 13308  
**100 Klischees** um Berlin mit 12 Illustrationen und 20 Karten, 1,50 Mark und 2.-Mark, Expedition, Lindenstr. 69, Laden.  
**Monatsgarderobehaus** Androsstr. 54. Elegante Monats- anzüge, Winterpaletots, einzelne Beinbeleg, wenig getragen, für jede Figur passend, sowie elegante neue Herren- und Knabengarderobe zu sehr billigen Preisen. Bitte beachten: nur Androsstr. 54, zweites Haus von der Markthalle. 12128  
**Teppiche** (sehr billige) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dachebergstr. 4, Bahnhof Böse. 264/11  
**Steppdecken** (pottblüch), Fabrik Große Frankfurterstr. 50/51. 26938  
**Herbrechen** und Prostitution als soziale Krankheitserscheinungen von Paul Nisch. Preis 2.- Mark, geb. 2,50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.  
**Warenverkauf! Hermannplatz 6.** Pfandloshaus, Großberlins Einkaufsvorteil! Stauendbilligste Fadent- anzüge! Gebrodenganze! Kleinaus- wahl! Winterpaletots! Sommerpa- letots! Herrenhosen! Enormbilliger Bettensverkauf! Gardinenverkauf! Teppichverkauf! Wäscheverkauf! Braut- geschäfte! Ladeneinrichtung! Kleinaus- wahl! Ringauswahl! Banduhren! Steppdecken! Plüschdecken! Näh- maschinen! Anerkannt allererste Billigkeit! Hermannplatz 6. Sonntags geöffnet. 7105

**Monatsanzüge und Winterpaletots,** Koppen von 5 Mark sowie Kosten von 1,50, Gebrodenganze von 12,00, Frack von 2,50, sowie für luxuriöse Figuren. Neue Garderobe zu kaumend billigen Preisen, aus Vandalen verlässliche Sachen kann man am billigsten bei Koh. Kuladstr. 14.  
**Teppiche (Herdenfehler), Stepp-** decken, Gardinen, Tischdecken, Tüll- bettedecken, Übergardinen, Sofa- kofen, pottblüch, Fabrikmiederlage Rauerhof, Große Frankfurterstr. 9, parterre. 21576  
**Nähmaschinen, Noble** hohe Ver- gütung. Alle Preiser-Normmann- Systeme; kleinste Abzahlung. Cuba, Nierenwühlstr. 19. Vollserie ge- nau. 7112  
**Bauernkrieg, Der deutsche,** von Friedrich Engels, Vorwort 1,50 Mark, gebunden 2.- Mark. Expedition, Lindenstr. 69, Laden.  
**Anzüge, Paletots nach Maß, aus** Ia Stoffen, Monats- und nicht abgeholt. Sachen kaumend billig. Wäscheverkauf! Boh. Drummstr. 3, eine Treppe, am Rosenpalast.  
**Waschkronen, dreifach** 4,50, Salongwaschkronen 7,50, Waschlampen 8,00, Waschregal 1,45, Waschwandarm 0,55, Fabriklager Große Frankfurter- str. 92, Billale Androsstr. 6.  
**Paletots, Monatsanzüge, wenig** getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Be- zugswahl, 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneider- meister Paul Harkenzell, nur Rosen- palaststr. 10. 26579  
**Sofakofen, Holle, Plüsch,** Rocquell, pottblüch, Teppichhaus Emil Keldere, Drantenstr. 168.  
**Freitisch, Rege, Rauskörben** billig, Schnele, Große Frankfurter- str. 12. 12138  
**Bederbetten** (pottblüch), Michel, Schöneberg, Hohenfriedbergstr. 20.  
**Drehrollen (Teilzahlung)** Berlin. Drehrollen-Fabrik, Bohmannstr. neundanzung. 12678  
**Kinderwagen, Sportwagen, ge-** brauchte, Androsstr. 53. 12948  
**Metallbetten, Kinder, Erwachsene** 7,00, Androsstr. 53. 12938  
**Teppiche, farblich** für halben Wert. Garmischstr. 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Dranten- str. 160, Drantenplatz. 12468  
**Plüschportieren, einzelne Fenster** (pottblüch), Formärtsler 5 Prozent Extrarabatt. Thomas, Dranten- str. 160, Drantenplatz. 12478  
**Wo kommt der beste Anzug her?** Er kommt von Herrmann Schlegler! Reinickendorferstr. 48 und Lur- mstr. 58. 12808  
**Brautwäsche, Teppiche, Gardinen,** Tischdecken, Portieren, Divandeken, Steppdecken, Wäschestücke pottblüch wegen Auflösung, Fischer, Potsdamer- str. 100. 11338

**Wandbildhaus!! Rixdorf, Berg-** str. 68. Spotbilligster Betten- verkauf! Kustenerwäge! Gardinen- verkauf! Teppichverkauf! Steppdecken! Winterpaletots! Herrengarderobe! Möbelstücke! Uhrenverkauf! Schmuck- sachen! Spottpreise! 12938  
**Vorjährige Herrenanzüge, neu,** nach Maß bestellt, nicht ab- geholt, verkaufte Hälfte Kostenpreis. Brenzlauerstr. 23, II, Alexander- platz. 8/18  
**Waschkronen, Petrolsumfrenen** ohne Abzahlung, Höhe 1,00, Nierenwühl. Louis Döhrer (selbst) Betriebsleitung Vogtstr. 32 (Babnoer- bindung) Warkauerstr. 8, Potsdamer- str. 81, Schönhauser Allee 79, Bah- str. 8a, Rixdorf, Kaiser Friedrich- str. 247.  
**Herrenhüte, Mützen** für Herren und Knaben, billige, Palm, Pul- macher, Reichenbergerstr. 60, part.  
**Wiederig Kinderwagen, Bettstellen,** allerbillig, Teilzahlung, Kottbuser Damm 12a. 186/13  
**Wandbildhaus, Bringenstr. 88.** Stauendbilligste Fadentanzüge! Gebrodenganze! Spotbilligster Betten- verkauf! Brautbetten! Großartige Kustenerwäge! Wunderbare Gar- dinen! Steppdecken! Plüschdecken! Teppichhauswahl! Goldene Damen- hosen! Herrenhosen! Freischwinger! Schmuckwaren. Bis neun geöffnet.  
**Ohne Abzahlung, Woche 50 Pfennig.** Bilder, Spiegel, Ferner: Möbel, Volkswaren, Teppiche, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Bettbezüge, Portieren, Uhren, Waschkronen, Herren- garderobe, Weber, Brenzlauerstr. 49, Deluz, eventuell Postkarte. 13378  
**Bekanntmachung, Humboldt-** leihhaus Drummstr. 88, Gebaus Straußentstr. 38. Spotbilligster Ver- kauf verfallener Plüsch. Elegante Winterpaletots, Gebrodenganze, Fadent- anzüge, reichhaltiger Bettensverkauf, Kustenerwäge, wunderbare Gar- dinenauswahl, Steppdecken, Plüsch- decken, Teppichhauswahl, goldene Tischdecken, Wanduhren, Schmuck- sachen. Geöffnet ganzen Tag, auch Sonntags. 12748

**Möbel.**  
**Billige Möbel** aus Bestelgerungen Aufkündigen, Schränke, Vertikos, Tischensel 45.-, Kiste, Schreib- tische 35.-, Bücherschranke 58.-, Bier- zugtische 68.-, Ledertische 12.-, Trumeaus 30.-, Bettstellen, Tische, Garnituren, bunte Küchen 55.-, enorm große Auswahl kompletter Ein- richtungen jeder Stilart, billiger als überall. Alles Gelegenheitskäufe. Demmer's Möbelgeschäft, Lohmstr. 55. 12708  
**Auf Teilzahlung, Möbel** Einrichtung, Stube und Küche, Abzahlung 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke 3 Mark. Verleihen gemietete Möbel (pottblüch). "Berolina", Kasernenallee 49. 20758  
**Kolonien-Allee 100, Möbel** feiner. Seltene günstige Gelegenheitskäufe. Kuchhaus Kleiderstr. 30,00. Wuschbettstelle mit gutem Feder- boden 45,00. Trumeauspiegel 40,00. Tischensel 35,00. Bunte Küchen 54,00. Komplettte Einrichtungen für Brautleute (pottblüch). Beschäftigung lohnend. Rein Kaufmann. 12658  
**Für Möbelkäufer** sehr wichtig! Bitte alles lesen! Hauptgeschäft für Verlobte! Fast kein Möbelkäufer oder Fabrikant ist imstande, diesen Monat billiger zu verkaufen als ich! Warum? Ich bin gewöhnt dazu, weil ich mehrere Lageräume räumen muß! Jetzt ist noch Zeit, eine Ein- richtung oder einzelnes Möbelstück sehr preiswert zu erwerben! Zum Beispiel: Komplettte Wohnungs- einrichtung mit moderner Küche, früher 370, jetzt 250 Mark! Bessere 325, 400, 460, 500, 530, 630 bis 1500 Mark! Speisezimmer mit Leberstühlen 530, bessere 600, 675 bis 1200. Herren- zimmer, Salons, Schlafzimmer, An- feidelschränke, Säulentrumeaus, Bett- stellen, Kiste, Schreibtische, Um- baus, feste Kleiderschränke, Vertikos, Garnituren, Plüschsessel! Moderne Küchen 68 bis 150 Mark! Geöffnet 8-1/2 Uhr. Sonntags 8-2. Freier Transport, auch weite Vororte. Aus- bezahlung frei. Hofmanns Speise- zimmer, Lohmstr. 26, Schön- hauser Tor. Keelen Leuten, welche pünktlich zahlen, gewähre auch Zah- lungserleichterung. Nur monatliche oder vierteljährliche Zahlungen! Keine Bausparpläne. 21658  
**Krautstr. 50, Möbel, Spiegel,** Volkswaren, Ausverkauf im Möbel- speicher: Kleiderschränke 28,00, Vertiko 28,00, Bettstellen, reelle Matrizen 20,00, Trumeaus 30,00, Küchensel 30,00, großartige Auswahl, (pottblüch) Preise. Krautstr. 50, kein Laden. 21998  
**1 Sofa und 1 Ausziehtisch** zu ver- kaufen - Jablonstr. 22, vorn IV recht. 22068  
**Möbel** wieder eingetroffen, de- runter mahagoni Trumeau, Bett- stellen, selbstgearbeitete Volkswärme, Schlafzettel, reelle Matrizen, bunte Küchen (pottblüch) Frankfurterstr. 129, Rogard. 13368

**Möbel, neu und gebraucht, billig.** Böler, Admiralstr. 25. 12438  
**Plüschsessel, zwei gute englische** Bettstellen, Ausziehtisch, Kleiderschränke, Vertiko, Teppich, Portieren, Stühle, Säulentrumeaus, Gaskrone, Garnitur. Sofa, moderne Küche billig, Möbel fast neu. Präulein Bölling, Chausseestrasse 52, vorn II, Huren- gang. Händler verbeten. 22178  
**Selten günstiges Angebot!** Nie wiederkehrende Gelegenheit bietet sich Käufern, da durch vielenhafte Ab- schlüsse große Posten Möbel fast zum halben Preise verkaufen kann. Darunter Wohnungs- einrichtungen von 150.- Mark an, Kleiderschränke 24.-, Vertiko 27.-, Ausziehtisch 15.-, Bettstellen mit Matrize 19.-, Woch- toilette 20.-, elegante Tisch- ensel 44.-, Kiste 100.-, eng- lische Bettstellen mit Matrize und Reißhaken 30.-, Herrenschreibtisch 28.-, moderne Küchen von 40.- an. Lagerung, Transport frei. Möbel- haus Röpenderstr. 29, Röpender- str. 47. Sonntags geöffnet.  
**Fahrräder.**  
**Fahrräder, Gramophone, Teil-** zahlungen, ohne Aufschlag, Loh- mstr. 40. 6748  
**Herrenfahrrad, Damenfahrrad** wie neu, 45,00. Coig, Blumen- str. 36 b. 9778  
**Violinunterricht** (neue, doppelt fördernde Methode bis zur Vollendung) gibt erfahrener Künstler möglichst auf Wunsch auch nur eine Lektion a 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des "Vorwärts".  
**Teilnehmer** an einem englischen Zettel (monatlich 4 Mark) werden gesucht. Privatstunden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Solvent, Schöneberg, Sedan- str. 57, III. 10038  
**Vernie die Ratterprache** bederrichte Erfolgreichen, leicht löslichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unter- richtsstunde möglichen genügt. Ge- günstige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des "Vorwärts" zu richten.  
**Matina, Gold, Silber, Gefäße,** Rehring, sämtliche gold- und silber- belegte Rückände lauft Goldschmelze Röpenderstr. 29. Telefon IV. 6968.  
**Kupfer, Messing, lauft** höchst- gehend Rob. Nibel, Blumenstr. 51.  
**Restaurateure** erhalten Einrich- tungen oder Kaufhilfsgeber von er- fahrener Großbrauerei. Offerte "Bier- pecker", Postamt 102. 21838

**Verrenten.**  
**Wohnungen.**  
**Schönebergstr. 22, Vorderwohn-** zimmer 3 und 4 Zimmer zur Kon- fektionshandlung geeignet, sofort billig zu vermieten. 7100  
**Zimmer.**  
**Möbliertes Vorderzimmer, Schlaf-** stube 13,00, Badbenutzung, Lidan- str. 65, rechter Ausgang II links.  
**Teilnehmer** an einem möblierten Zimmer (südt. Frau Jacob, Nieren- str. 10, vorn II. 22148  
**Zimmer** mit zwei guten Betten bei alleinziehender Frau in schönem, ruhigem Hause, 5 Minuten vom Bahnhof, auch schöne Straßenbahn- verbindung, zum 1. November zu vermieten. Berlin W., Hohenfried- bergstr. 27, vorn parterre. 7139  
**Mietsgesuche.**  
**Einfach möbliertes** Zimmer, fe- bruar, ohne Wis-a-Vis, im Südosten zum 1. November gesucht, inklusive 24,00 Mark. Offerten an die Ex- pedition dieses Blattes unter A. 3 erbeten. 18338  
**Arbeitsmarkt.**  
**Stellenangebote.**  
**Rechenberlin** für jedermann, Auskunft kostenlos. G. Wolf, Nudau, Nordstr. 30. 12438  
**Freiwilliger** und Monteur für Kronleuchterarbeit (sollt) gesucht. G. Banerick u. Co., Brandenburg- str. 80. 189/16  
**Wärmeschleifer** verlangt Wan- teuffelstr. 60. 719  
**Im Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.